

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom
26. September bis 4. Oktober 1984 in Straßburg**

**Während des Zweiten Teils ihrer 36. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte
die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte
die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse
zu folgenden Themen:**

**Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses
sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen
Parlamenten und zur Öffentlichkeit**

Bericht des Ministerkomitees

Politische Fragen

- Allgemeine Politik des Europarates — Zukunft der europäischen Zusammenarbeit. Empfehlung 994 (S. 36).

Hierzu sprachen: Abg. Dr. Müller (S. 33), Jäger (Wangen) (S. 35), Dr. Frhr. Spies von Büllenheim (S. 45).

Wirtschaft und Entwicklung

- Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Lateinamerika.
Empfehlung 991 (S. 16).
- Konferenz über die Rolle Europas im Nord-Süd-Verhältnis.
Empfehlung 992 (S. 23).

Hierzu sprachen: Abg. Vogt (Kaiserslautern) (S. 14), Dr. Holtz (S. 19, 22), Dr. Müller (S. 21).

Landwirtschaft

- Spanien, Portugal und die Europäische Gemeinschaft:
Landwirtschaftliche Aspekte der Erweiterung.
Entschließung 833 (S. 46).

Hierzu sprach: Abg. Dr. Frhr. Spies von Büllesheim (S. 45).

Wissenschaft und Technologie

- Europäische wissenschaftliche Zusammenarbeit.
Entschließung 832.

Rechtsfragen

- Verschwundene Personen.
Entschließung 828.
- Kampf gegen Drogenmißbrauch und Drogenhandel.
Empfehlung 989 (S. 8). Richtlinie 423.

Hierzu sprach: Abg. Antretter (S. 6).

Raumordnung und Kommunalfragen

- Umwelt und Arbeitslosigkeit.
Empfehlung 998 (S. 48).

Hierzu sprach Abg. Lemmrich (S. 47).

Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Demographie

- Illegale Wanderbewegungen in Europa.
Empfehlung 990 (S. 12).
- 23. Tätigkeitsbericht des Intergouvernementalen Komitees
für Wanderbewegungen.
Entschließung 829 (S. 50).

Hierzu sprach: Abg. Dr. Enders (S. 11, 49).

Beziehungen zu den Nichtmitgliedsländern

- Die Lage der Minderheiten in Rumänien.
Entschließung 830 (S. 18). Richtlinie 424.

Hierzu sprach: Abg. Dr. Enders (S. 17).

Kultur und Erziehung

- Europäische Zusammenarbeit im Bereich des Sports.
Entschließung 993 (S. 30).
- Tätigkeit der UNESCO und ihre Zusammenarbeit mit dem
Europarat.
Entschließung 831 (S. 32).
- Europäische kulturelle Zusammenarbeit.
Empfehlungen 995 und 996 (S. 39, 41).

Hierzu sprachen: Abg. Schwarz (S. 28), Dr. Müller (S. 29, 31),
Jäger (Wangen) (S. 32).

Die Reden der deutschen Mitglieder in der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees erstattete dessen amtierender Vorsitzender, der französische Minister für europäische Angelegenheiten, Roland Dumas.

Zu der Versammlung sprachen der Präsident der Republik Irland, Dr. Patrick J. Hillery; der spanische Staatssekretär für die Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften, Manuel Martin Gonzales; der Generalsekretär des Europarates, Marcelino Oreja-Aguirre; der Generaldirektor der UNESCO, Amadou-Mahtar M'Bow; der Präsident des Direktionsausschusses des Wiedereingliederungsfonds des Europarates für die nationalen Flüchtlinge und für Überbevölkerung, Eugène Claudius-Petit.

An den Verhandlungen der Parlamentarischen Versammlung nahmen parlamentarische Delegationen aus Australien und Brasilien sowie Delegationen des Lateinamerikanischen Parlaments und des Anden-Parlaments teil.

Bonn, den 16. Oktober 1984

Gerhard Reddemann

Sprecher

Dr. Karl Ahrens

Stellvertretender Sprecher

Mittwoch, 26. September 1984

Tagesordnungspunkt:

**Verabschiedung
von Generalsekretär Dr. Karasek**

Präsident Dr. Ahrens: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie, daß ich die nächsten Worte in meiner Muttersprache sage, weil ich weiß, daß derjenige, dem sie gelten, die gleiche Muttersprache hat.

Heute ist Generalsekretär Dr. Karasek zum letztenmal zu Beginn einer Session hier in diesem Raum unter uns. Es gilt, ihm Dank zu sagen. Für uns gilt es, uns von ihm zu verabschieden. Herr Karasek, Sie haben Europa zur Aufgabe Ihres Lebens gemacht. Ich glaube, Sie haben damit — wie mancher aus unserer Generation — eine Lehre aus den ersten 20 Jahren Ihres Lebens gezogen, an deren Ende Europa in Trümmern lag.

Sie haben Ihre Laufbahn in der Verwaltung Ihres Landes begonnen. Aber schon bald wurde die Politik auf Sie aufmerksam. Der Bundeskanzler Fiegl und anschließend Bundeskanzler Raab holten Sie zu sich. Sie waren dann als Diplomat in zwei der wichtigsten Botschaften Ihres Landes, in Paris und in Moskau, tätig. Sie wurden 1964 Kabinettschef beim österreichischen Bundeskanzler Dr. Klaus. 1956 wurden Sie Direktor der Abteilung für kulturelle Auslandsbeziehungen. Damit haben Sie — so möchte ich es einmal ausdrücken — zum erstenmal das Feld beackert, das Ihnen besonders naheliegt.

Lieber Herr Karasek, wenn man Ihren Lebenslauf verfolgt, kann man sagen: Ihr Bemühen galt der Politik, Ihr Herz schlug für die kulturellen Angelegenheiten. Sie wurden 1970 als Abgeordneter in den Nationalrat, das österreichische Parlament, gewählt. Sie wurden zur gleichen Zeit außenpolitischer Sprecher Ihrer Gruppe und ebenfalls Mitglied der österreichischen Delegation beim Europarat. Sie waren im Politischen Ausschuß tätig. Sie waren zugleich im Ausschuß für Kultur und Erziehung tätig. In den Jahren 1973 und 1974 wurden Sie zum Vizepräsidenten der Versammlung gewählt. Von 1974 bis zu Ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Versammlung waren Sie Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Erziehung. Sie haben daneben als Generalberichterstatter des Politischen Ausschusses wichtige Arbeit geleistet. Ihr Bemühen um Zypern, ein Problem, das uns leider auch jetzt noch beschäftigt, Ihr Bemühen aber auch um die kulturellen Aspekte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind Meilensteine und Marksteine in der Geschichte dieser Versammlung, die Sie 1979 zum Generalsekretär gewählt hat.

Ich kann und ich will jetzt nicht all das würdigen und erwähnen, was Sie in dieser Funktion für Eu-

ropa getan haben, Herr Karasek. Ihr Bemühen insbesondere im kulturellen Bereich, Ihre Initiativen, die Organisation der Ausstellungen, die der Europarat in Gemeinschaft mit Mitgliedstaaten organisiert hat, Ihre Bemühungen etwa um das Jahr der Musik, das im nächsten Jahr begangen wird, sind zu erwähnen.

Man sollte aber, wie ich glaube, vor allem eines sagen: daß es Ihnen in Ihrer Amtszeit gelungen ist, die Beziehungen zwischen den Organen des Europarates entscheidend zu verbessern. Sowohl die Beziehungen des Generalsekretärs zum Ministerkomitee wie die des Ministerkomitees zur Versammlung sind in diesen Jahren besser geworden. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Erfolg. Sie haben hier im Hause zudem etwas mehr an Menschlichkeit bilden helfen und schaffen können.

Herr Karasek, ich freue mich, daß ich im Namen der ganzen Versammlung und auch im Namen aller politischen Gruppen dieser Versammlung feststellen darf, daß Sie sich um Europa verdient gemacht haben. Die guten Wünsche der Versammlung, die guten Wünsche jedes Mitgliedes dieser Versammlung begleiten Sie in den nächsten Lebensabschnitt. In diese guten Wünsche schließen wir selbstverständlich Ihre Gattin und Ihre Familie ein. Wir wünschen und hoffen, daß Sie in diesem nächsten Lebensabschnitt, den Sie sicherlich nicht mit Nichtstun ausfüllen werden, die Zeit, die Muße und die Gelegenheit finden, vieles von dem nachzuholen, was im Laufe Ihres arbeitsreichen Dienstes zu kurz kommen mußte.

Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie für die Zukunft alles Gute und wir danken Ihnen.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses und des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit

(Drucksache 5282)

Berichterstatter: Abg. Frau van der Werft-Terpstra

(Themen: Tätigkeit des Präsidenten — Beziehungen zum Ministerkomitee — Beziehungen zum Europäischen Parlament — Ausschusssitzungen — Kontaktgruppe für Zypern — Berichterstatter-Reisen — Beschlüsse des Ständigen Ausschusses — Zugang zum Palais de l'Europe.)

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der umfassende und ausgezeichnete Bericht der Frau Kollegin van der Werft-Terpstra, der eine gute Übersicht über die Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung, ihrer Kommissionen und Gremien gibt,

ist eigentlich nicht Anlaß zu grundlegender Kritik und für mich eigentlich auch nicht der Anlaß, mich hier zu Wort zu melden. Anlaß hierzu ist vielmehr der Zustand dieser unserer Versammlung selbst.

Denn es gehört nach dem demokratischen Selbstverständnis einer Parlamentarischen Versammlung dazu, daß sie vollständig sei, daß sie nicht Lücken in ihren eigenen Reihen aufweist, die durch undemokratische Zustände verursacht sind. Wenn wir unseren Bürgern in Europa glaubwürdig gegenüber treten wollen, müssen wir unser eigenes Haus in Ordnung halten. Das war auch der Grund dafür, warum wir hier tage- und stundenlang über die Situation in der Türkei debattiert haben, warum wir hier oftmals über die Situation in Zypern diskutiert haben.

Herr Präsident, wenn ich die vor mir liegende Übersicht der Mitglieder dieser Parlamentarischen Versammlung anschau, dann finde ich ganz oben unser Mitgliedsland **Malta**. Da steht dreimal „Malta“, und dahinter stehen drei Punkte.

Diese Unvollständigkeit unserer Parlamentarischen Versammlung, die Nichtbesetzung der drei Sitze, die der Republik Malta zustehen, ist ein Umstand, den diese Versammlung nach meiner Auffassung wesentlich ernster nehmen muß, als wir es in der Vergangenheit getan haben.

Die verschiedenen Gründe, die von seiten Malτας dafür angegeben werden, warum eine parlamentarische Delegation nicht hierher gesandt werde, können selbst beim besten Willen nur als fadenscheinige Vorwände bezeichnet werden. Es kann kein guter und für die Versammlung auf Dauer erträglicher Zustand sein, wenn im Europarat nur im Ministerkomitee, also nur in der Vertretung der Exekutive, ein Land repräsentiert ist, nicht dagegen hier in der Parlamentarischen Versammlung.

Wenn wir diesen Gründen nachgehen, stoßen wir ja bereits bei der Absage des Ministers aus Malta, der in dieser Sitzungsperiode über die Sportkonferenz berichten sollte, auf einen der Hintergründe, warum hier keine maltesischen Kollegen unter uns sitzen und mit uns debattieren und sprechen können. Nach Berichten, die mir zugegangen sind, hat dieser Minister seine Aufgabe für den Sport in allerjüngster Zeit darin gesehen, sich mit Schülern, die gegen die Haltung seiner Regierung in der Schulfrage protestierten, in der Weise zu unterhalten, daß er sie zusammen mit einigen Helfershelfern in den Schulen prügelte, wo er mit ihnen diskutieren sollte. Das kann man bei großzügiger Auslegung vielleicht auch noch als Sport und als Aufgabe eines Sportministers bezeichnen, aber mit Demokratie und Menschenwürde und damit mit den Grundlagen, die für die Zugehörigkeit eines Landes zum Europarat maßgebend sind, hat das nichts mehr zu tun.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die besorgniserregende Entwicklung in Malta selbst ist es — nicht nur der formale Mangel einer parlamentarischen Delegation dieses Landes —, der uns auf-

horchen lassen und veranlassen muß, dieser Frage näherzutreten.

Es ist sehr bedauerlich — ich weiß, daß das nicht in die Verantwortung des Büros dieser Versammlung fällt —, daß der Bericht über die **Foreign Interference Act**, jenes abenteuerliche Gesetz, welches verbietet, daß in Malta von Europäern über Europa und die Menschenrechte geredet wird, zum Gegenstand einer Debatte hier gemacht werden kann. Ich habe gehört, daß die Berichterstatter im Herbst dort hinfahren und wir das Thema im Januar debattieren können.

Aber die Situation spitzt sich zur Zeit von Tag zu Tag zu. Wenn in den nächsten Tagen die Eröffnung des Schuljahres dort stattfindet, müssen wir erwarten, daß es zu außerordentlichen Unruhen kommen wird und daß die Situation eine dramatische Wende nehmen kann.

Einer unserer früheren Kollegen aus Malta hat uns gestern in einer sehr eingehenden Weise über die Zustände in seinem Land berichtet. Er hat uns darüber informiert, in welcher Weise dort **Menschenrechtsverletzungen** fundamentalen Umfangs vorkommen, etwa im Hinblick auf dieses Gesetz, mit dem ja auch schon Europäer aus den verschiedensten Ländern unliebsame Bekanntschaft machen mußten, im Hinblick auf den Kampf gegen Rechte und Freiheiten von Religionsgemeinschaften auf dieser Insel, im Hinblick auf den Kampf gegen das freie Schulwesen in diesem Land, das nach unserer Auffassung zu den fundamentalen Rechten gehört, die in den Menschenrechtskonventionen verankert sind.

Alle diese Zustände müssen uns der Frage näher treten lassen: Was sind die wirklichen Hintergründe dafür, daß in dieser Versammlung keine Kollegen aus Malta anwesend sind?

Ich weiß aus einer Beratung, die wir im deutschen Parlament geführt haben, daß dieser Zustand auch von sozialistischen Kollegen aus der Bundesrepublik Deutschland mit schwerer Sorge gesehen wird. Einer dieser Kollegen berichtete, daß Herr Mintoff, der Regierungschef Maltas, selbst in der Sozialistischen Internationale kaum noch auftauche, weil er es vermeiden wolle, dort zur Rechenschaft gezogen und über seine undemokratischen Praktiken befragt zu werden.

Diese Situation muß dazu führen, daß sich diese Versammlung des Problems der Unvollständigkeit der Versammlung und ihrer Hintergründe annimmt.

Ich möchte ganz herzlich darum bitten, daß alle Kollegen dieses Problem, das mit der Arbeit unserer Parlamentarischen Versammlung in einem engen Zusammenhang steht, als eine der wichtigen Aufgaben für die kommenden Monate betrachten, nicht um einer Formalität zu genügen, sondern um der Menschen in diesem Land willen, die das Recht haben, freie Europäer wie wir alle zu sein, die das Recht haben, durch Abgeordnete, die ihren Willen ausdrücken können, in dieser Versammlung zu sprechen und mitzuhandeln.

Ich danke Ihnen.

Tagesordnungspunkt:

Verschwundene Personen

(Drucksache 5273)

Berichterstatter: Abg. Verde

(Themen: Bestimmung des Begriffs „Verschwundene Personen“ als Personen, die Opfer von Regierungspraktiken gegen politische Opponenten und deren Anhänger sind. — Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf das Verschwinden von Personen — Das internationale Recht im Hinblick auf Gefangene sowie auf die Verwandten von verschwundenen Personen — Tätigkeit internationaler Organisationen — Schlußfolgerungen und Empfehlungen: Unterstützung der Arbeit internationaler Gremien, nationale Untersuchungsausschüsse, Verurteilung der Praktiken des Verschwindenlassens von Personen als Verbrechen gegen die Menschheit.)

Donnerstag, 27. September 1984

Tagesordnungspunkt:

Der Kampf gegen Drogenmißbrauch und Drogenhandel

(Drucksachen 5276, 5283 und 5284)

Berichterstatter: Abg. Wilquin, Körlof, Antretter

(Themen: Historischer Überblick zum Problem der Drogenabhängigkeit sowie frühere Arbeiten hierzu — Die Entwicklung des Drogenmißbrauchs in Europa — Internationale Zusammenarbeit bei der Überwindung des unerlaubten Drogenhandels — Internationale Drogenstraßen im Jahre 1984 — Das Problem der Verhütung und im Zusammenhang damit die Forderung einer konzertierten Aktion auf europäischer Ebene.)

Antretter (SPD): Herr Präsident! Der Kulturpolitische Ausschuß hat das Thema, mit dem wir uns hier befassen, vor allem unter dem Aspekt der Prävention und insbesondere unter dem Gesichtspunkt der pädagogischen Möglichkeiten im Bereich der **Prävention** beleuchtet. Wir haben dabei festgestellt, daß es trotz gewisser Fortschritte in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Prävention doch noch erhebliche Mängel gibt. So war man beispielsweise noch bis vor nicht allzulanger Zeit der Auffassung, eine rechtzeitige, umfassende Aufklärungsarbeit über Drogen sei der beste Weg, sozusagen der Königsweg auf diesem Gebiet. Als dann jedoch, trotz großangelegter Aufklärungskampagnen, vor allem auch in den Schulen, ein weiterer rapider Anstieg des Drogenmißbrauchs verzeichnet wurde, stellte sich zwangsläufig die Frage, ob **Aufklärung** denn der allein richtige Weg sein könne, um Kinder und Jugendliche vom Drogenmißbrauch abzuhalten.

Heute sehen wir uns in der Situation, daß Aufklärung allein möglicherweise das Gegenteil von dem erreicht hat, was angestrebt wurde. So haben wir beispielsweise davon auszugehen, daß Aufklärung über Drogen, Aufklärung über ihre Zusammensetzung und ihre Wirkung usw., das Neugierverhalten weckt und verstärkt zum Ausprobieren von Drogen anreizen kann. Wir müssen davon ausgehen, daß Kinder und Jugendliche vor allem über illegale Drogen oft mehr wissen als Erwachsene, da sie oft eher Kontakt zur sogenannten Szene, also zu den Drogenkonsumenten haben.

Herr Präsident, wir haben im Kulturpolitischen Ausschuß versucht, die Hintergründe des weltweiten und — so kann man sagen — dramatisch sich darstellenden Problems auszuleuchten. Dabei haben wir festgestellt, daß es im wesentlichen zwei Bereiche sind, die in der Prävention größere Aufmerksamkeit verdienen. Es ist zum einen der **gesellschaftspolitische Bereich**, das Umfeld des Drogenabhängigen, und es ist zum anderen der **individuelle Bereich**. Beide Bereiche sind in der Prävention nicht voneinander zu trennen. Selbstverständlich ist hier auch der Bereich der Familie einzubeziehen.

Unsere Lebensbedingungen und unser Lebensstil haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr stark verändert. Zur Sicherung der beruflichen Zukunft und zum Aufstieg wird vom Einzelnen mehr Mobilität verlangt. Dies heißt natürlich auch, daß er oftmals bestehende positive Bindungen aufgeben muß und in Anonymität und Unsicherheit gerät. Das ausgeprägte Nachholbedürfnis der Kriegs- und Nachkriegsgeneration im Hinblick auf materielle Dinge ließ einerseits unsere Wirtschaft wiederaufleben; andererseits entstand jedoch eine Haltung, die Lebenserfüllung häufig mit dem Erwerb von Konsumgütern und materiellem Wohlstand gleichsetzte.

Im übrigen ist es häufig so, daß unsere Kinder am Abend oder am Spätnachmittag im Fernsehen genau das Gegenteil von dem erfahren, was die Erwachsenen am Vormittag in der Schule postulieren. Am Nachmittag werden die eigenen ethischen Postulate der Lächerlichkeit preisgegeben. Der Ellbogen wird dann zum wichtigsten Körperteil des Menschen. Der Brutalste und Skrupelloseste erscheint sodann zugleich als der Beste in unserer Gesellschaft.

Natürlich, Herr Präsident, kommt auch den **Eltern** in der Prävention erhebliche Bedeutung zu. Eltern sind für ihre Kinder manchmal schlechte Vorbilder. Drogenabhängigkeit ist nicht nur Abhängigkeit von Heroin und Marihuana, sondern Drogenabhängigkeit ist auch die Abhängigkeit von Alkohol und Medizin. Erwachsene, die Alkohol trinken oder Medikamente einnehmen oder rauchen tun dies ja nicht selten zu dem Zweck, Alltagsprobleme zuzudecken und vor Schwierigkeiten zu fliehen.

Genauso wie sich Kinder und Jugendliche — ich sage es in Anführungszeichen — „gute“ Verhaltensweisen durch Modell-Lernen aneignen, so nehmen

sie auch die problematischen Verhaltensweisen der Eltern — beispielsweise im Umgang mit Alkohol — an.

Wir meinen deshalb, daß der Elternarbeit ganz besonderes Augenmerk zukommt. Eltern sollten motiviert und befähigt werden, miteinander und mit ihren Kindern über die eigene Situation, auch die eigenen Probleme und die Probleme der Kinder zu sprechen. Die Eltern sollten befähigt werden, ihren Kindern zu helfen, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen. Schule, Beruf, Freizeitgestaltung und Partnerschaft sind, so meinen wir, Bereiche, die dabei ganz besonders wichtig sind. Schließlich sollten die Eltern über die Funktion und die Wirkung von Drogen- und Rauschmittelkonsum informiert werden.

Herr Präsident, wir meinen, wichtiger als alle moralische Entrüstung, Angst und sogar sachliche Information ist im Bereich der Vorbeugung das Bemühen, bei Kindern und Jugendlichen **Aktivität und schöpferische Kräfte** zu wecken und zu fördern, statt passives Konsumverhalten zu unterstützen, wie es für den Suchtmittelmißbrauch und andere Abhängigkeiten charakteristisch ist. Wenn Kinder und Jugendliche das Gefühl haben, etwas Eigenes geschaffen zu haben, kann damit nur ihr Selbstwertgefühl gestärkt werden.

In diesem Sinne hat der Kulturpolitische Ausschuß einige Änderungsanträge formuliert, deren Essenz ich hier wiederzugeben versuchen darf.

Uns kommt es darauf an, in dem Bericht, den wir im übrigen sehr begrüßen und unterstützen möchten, noch auf den Zusammenhang zwischen **Streß, Arbeitslosigkeit** und den erwähnten gesellschaftlichen Umständen mit dem Drogenproblem hinzuweisen. Wir möchten fernerhin die Empfehlung 963 des Europarats aus dem Jahre 1983 in Erinnerung rufen, die, wie wir meinen, in diesen Zusammenhang gehört. Wir möchten auch zum Ausdruck bringen, daß sich die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit und der Drogenkriminalität auf langfristige Strategien gründen muß und nicht kurzatmig sein darf.

Im übrigen begrüßen wir es und halten es für angemessen, daß der Europarat durch seine Arbeit in den Bereichen Kultur, Erziehung und Bildung zu einer solchen Strategie beiträgt.

In Unterabsatz 12b würden wir gern zwei Hinweise unterbringen; das ist der Wille des Kulturpolitischen Ausschusses gestern gewesen. Wir möchten darauf hinweisen, daß das Drogenproblem nicht nur ein Problem der jungen Menschen ist; denn es kann nur in der Gemeinschaft mit den Erwachsenen gelöst werden. Außerdem würden wir gern zum Ausdruck bringen, daß beispielhaftes Verhalten der Erwachsenen ein ganz besonderes Gebot der Stunde ist.

Vielen Dank, Herr Präsident.

Abg. Antretter antwortete in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Ausschusses für Kultur und Erziehung zum Abschluß der Debatte:

Antretter (SPD): Herr Präsident! Ich darf vielleicht gleich an die letzten Worte des Vorsitzenden des Rechtsausschusses anschließen. Natürlich ist es wesentlich, daß wir, wenn wir **Aufklärungsarbeit** machen, vor allem die Pädagogen, aber auch die Eltern — die ja ebenfalls Pädagogen sein sollen — mit ihrem guten Willen nicht alleinlassen, sondern ihnen überprüfbare Informationen geben, sie qualifizieren und ihnen die Möglichkeit geben, sich für die beratende Tätigkeit zum Nutzen der Kinder und der Jugendlichen zu qualifizieren.

Horror Meldungen, wie sie häufig in den Massenmedien zu finden sind, führen, auch wenn man das Problem gar nicht überdramatisieren kann, zu der Situation, wie wir sie auf Grund aller Erkenntnisse der Wissenschaft haben, daß nämlich seit Beginn der sogenannten Aufklärung gleichzeitig ein überdurchschnittlich deutlicher Zuwachs an Drogenabhängigkeit zu verzeichnen ist. Zumindest müßte man dann sagen: Die Aufklärungsarbeit hat nicht im entferntesten die Hoffnungen gerechtfertigt, die wir in sie gesetzt haben. Aber wir werden bei den Änderungsanträgen noch darauf zu sprechen kommen.

Ich darf auf einige Beiträge in aller Kürze eingehen.

Herr Coleman hat eine stärkere Bestrafung gefordert. Ich möchte aus meiner Sicht dazu sagen: All das, was in den Bereichen der **Bestrafung** und der **Zusammenarbeit mit den drogenproduzierenden Ländern**, wie es Herr Kollege Lagorce gefordert hat, getan werden muß, wird von uns unterstützt. Aber das ist nicht das einzige, worauf wir unser Augenmerk legen sollten, auch wenn das heute im wesentlichen die Debatte wieder bestritten hat.

Herr Präsident, ich meine, wir können — um auf den Beitrag der Frau Kollegin Hubinek einzugehen — nicht genug davor warnen, die **fließenden Übergänge** zu brandmarken.

Wer wie Frau Kollegin Hubinek akzeptiert, daß es Übergänge von den weichen zu den harten Drogen geben kann, der darf sich dann aber bitte auch der Tatsache nicht verschließen, daß es Übergänge vom Alkohol- in den anderen Drogenbereich gibt. Lassen Sie mich dazu sagen, daß das nicht die einzigen Formen sind, sondern daß der Konsum von Drogen, Alkohol, Medikamenten oder Zigaretten nur eine mögliche Form der Reaktion ist, um elementare individuelle Bedürfnisse — ich sage: scheinbar — zu befriedigen oder Problemen auszuweichen.

Hinzu kommen: Flipper, Fernsehen, Musikhören, Disco oder der Kauf von Konsumartikeln. All das kann diese Funktion genauso übernehmen. Die Mittel sind oft austauschbar. Viele Jugendliche, die Drogen nehmen, probieren mal dies und mal das. Deshalb hat es relativ wenig Sinn, eine vorbeugende Erziehung gegen Drogengefährdung nur vom Stoff her, also drogenspezifisch, zu beginnen.

Wir haben heute mit heißem Herzen debattiert. Damit wird gewiß von diesem Forum der europäischen Länder ein Impuls für alle ausgehen, die in Europa im Kampf gegen diese Geißel an unserer Seite stehen.

Aber ich denke, Herr Präsident, wir müssen die Strategien mit kühlem Kopf formulieren. Dazu gehört auch Selbstkritik, auch die Selbstkritik der Politiker. Auch wir müssen unsere politische Bilanz so, wie wir es von denen erwarten, die mit den Drogenabhängigen oder den davon Gefährdeten umgehen, ziehen. Auch wir müssen in unserer politischen Arbeit schonungslos bilanzieren. Was für eine Welt sind wir denn eigentlich dabei, unseren Kindern zu hinterlassen? Sind es nicht auch unsere eigenen Widersprüchlichkeiten, die manchen in der jungen Generation verzweifeln lassen? Kann es nicht sein, daß mancher Jugendliche deshalb verzagt und sich am liebsten in irgendeiner Weise aus der Welt verabschieden würde, weil wir zu pathetisch den Hungertod von jährlich 20 Millionen Kindern in der Dritten und Vierten Welt beklagen und gleichzeitig immer neue Gründe finden, 13stellige Beträge, d. h. Billionen-Dollar-Beträge, für die Rüstung ausgeben?

Auch dies schafft diese Welt, in der Menschen keine Perspektive mehr haben. Wir sind dabei, ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der Rationalisierung und Zentralisierung beim Einzelnen ein Gefühl von persönlicher Bedeutungslosigkeit bewirken.

Wir erleben, daß die Formel „Leistung bringt Wachstum und garantiert Wohlstand“ so nicht mehr stimmt, und wir erleben, daß sich die Ausbildungs- und Berufschancen in unseren Ländern verschlechtern. Wir beklagen das Waldsterben und singen sentimentale Lieder über den Tannenbaum, die Linde und den schönen Wald, und gleichzeitig sehen wir zu — fast tatenlos —, wie in den Niederlanden über 90 % der Wälder krank sind, in der Bundesrepublik über 55 %, in den meisten anderen Ländern ähnlich. In Schweden gehen die Seen kaputt. Wir schaffen es nicht, das einzige Instrument, das dem Einhalt gebieten kann, den Katalysator zum frühestmöglichen Zeitpunkt obligatorisch Wirklichkeit werden zu lassen.

Herr Präsident, all dies trägt dazu bei, daß Jugendliche oft keine Perspektive mehr sehen. Entweder resignieren sie vor ihrer Zukunftslosigkeit, oder sie lehnen sich dagegen auf. Das eine ist Flucht in die Droge, das andere in die Gewalt.

Wir haben als Mitbürger der Betroffenen und als Eltern die Pflicht, Vorbild zu sein. Als Politiker müssen wir glaubwürdig sein, wenn wir vom Frieden reden, wenn wir von der Umwelt, von der Arbeitslosigkeit und vom Hunger in der Welt reden. Dann werden wir immer noch nicht eine Welt ohne jede Abhängigkeit machen. Aber eine Welt, in der die Regierenden glaubwürdig sind, darf keine Utopie sein, sondern sie ist ein erster Schritt in eine Welt von weniger Tränen und mehr Hoffnungen.

Vielen Dank.

Abg. Antretter begründete den von ihm im Namen des Ausschusses für Kultur und Erziehung eingebrachten Änderungsantrag Nr. 7 (Absätze 12, 13 und 14 B [ii] der nachstehenden Empfehlung 989) wie folgt:

Antretter (SPD): Herr Präsident! Wir haben es im Kulturausschuß für richtig befunden, in die Empfehlung die folgenden Punkte mit einzubauen, weil wir meinen, daß sie in besonderer Weise auf Probleme aufmerksam machen, die im Zusammenhang mit der Prävention gesehen werden müssen. Dies ist der Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Drogenproblemen und Gewalt einerseits sowie Streß und Arbeitslosigkeit andererseits. Dies ist außerdem die, wie wir meinen, wichtige Empfehlung 963, die der Europarat im Jahre 1983 bereits beschlossen hat.

Wir sind im übrigen der Meinung, wie ich es heute vormittag schon darstellen konnte, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreiche Prävention darin zu sehen ist, daß wir **langfristige Strategien** miteinander beschließen. Von der Bedeutung langfristiger Strategien her ist es, so meinen wir, notwendig, auch diese Punkte in der Empfehlung unterzubringen.

Wir sagen des weiteren — dies ist in dem vorliegenden Antrag hinter dem letzten Spiegelstrich zu finden —, daß wir es begrüßen, daß der Europarat durch seine Arbeit in den Bereichen von Kultur, Erziehung und Bildung zu einer solchen Strategie beiträgt. — Vielen Dank, Herr Präsident.

Empfehlung 989 (1984)

betr. den Kampf gegen Drogenmißbrauch und Drogenhandel

Die Versammlung,

1. ist bestürzt darüber, daß der Gebrauch von Drogen, sowohl von Rauschmitteln als auch psychotropen Stoffen, in den meisten Mitgliedsländern weiterhin ansteigt;
2. stellt fest, daß in den letzten Jahren in den Mitgliedstaaten des Europarates der Verkauf von Kokain drastisch angestiegen, und der Zugang zu Heroin durch rückläufige Preise erleichtert worden ist und daß der Gebrauch von Haschisch aufgrund einer zu großen Nachgiebigkeit seitens der Öffentlichkeit in manchen Ländern in bisher nicht gekanntem Maße zugenommen hat;
3. stellt ferner fest, daß zu den klassischen Rauschmitteln das dramatische Auftreten neuer Formen des Mißbrauchs hinzugekommen ist — wie die Abhängigkeit von mehreren Drogen, der Gebrauch psychotroper Medikamente für nicht-therapeutische Zwecke und das Inhalieren von Klebstoffen, Äther und Lösungsmitteln wie z. B. Trichloräthylen;
4. ist besorgt, daß das Durchschnittsalter der Benutzer von Drogen ständig fällt und oft zwischen 13 und 16 Jahren liegt;
5. stellt fest, daß eine große Anzahl nationaler und internationaler Gremien Möglichkeiten der Drogenbekämpfung prüft, Versuche durchführt und sich bemüht, wirksame Maßnahmen

- zu ergreifen, daß jedoch die Ergebnisse, sei es auf dem Gebiet der Strafverfolgung, der Reintegration oder der Vorbeugung im Verhältnis zu den investierten Mitteln sehr bescheiden sind;
6. vertritt die Auffassung, daß im Hinblick auf die Koordinierung sowohl auf nationaler Ebene (zwischen den verschiedenen zuständigen Stellen wie Ärzten, Richtern, Sozialeinrichtungen und Polizei) als auch auf europäischer Ebene (Forschung, Zusammenarbeit im Zollwesen, Informationsaustausch, Aufstellung gemeinsamer Kriterien) die Lage alles andere als zufriedenstellend ist und daß im allgemeinen sowohl theoretische als auch praktische Aktivitäten von jedem Land individuell durchgeführt werden, was in zunehmendem Maße zu Doppelarbeit und einer Verschwendung der Mittel führt;
 7. erinnert daran, daß der Europarat in den vergangenen 15 Jahren bedeutende Anstrengungen auf diesem Gebiet unternommen hat, die zu zahlreichen Empfehlungen der Versammlung und des Ministerkomitees geführt haben; zuletzt wurden die Empfehlung (82) 5 über Vorsorgemaßnahmen zur Verhinderung der Drogenabhängigkeit und die besondere Rolle der Gesundheitserziehung und die Entschließung (73) 6 über strafrechtliche Aspekte des Drogenmißbrauchs angenommen;
 8. stellt fest, daß
 - i. seit Beginn dieser Arbeit ein Dialog zwischen den Mitgliedstaaten in Gang gekommen ist und daß einige praktische Ergebnisse erzielt werden konnten, daß jedoch eine gemeinsame Bewertung der Wirksamkeit von Vorsorgemaßnahmen nicht möglich gewesen ist;
 - ii. es sich als unmöglich erwiesen hat, vergleichbare Daten zur Erleichterung eines Austausches über die in den einzelnen Ländern gemachten Erfahrungen zu erlangen;
 - iii. zumindest in einigen Ländern die Vorbeuge- und Erziehungsmaßnahmen verglichen mit herkömmlichen Methoden der Bekämpfung nicht ausreichend entwickelt sind;
 - iv. schließlich einige auffallende Unterschiede im Hinblick auf die Strafverfolgung zutage getreten sind;
 9. vertritt die Auffassung, daß die Entscheidung des Ministerkomitees von 1980, die „Pompidou-Gruppe“ (Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des illegalen Drogenhandels), die 1971 gegründet wurde, um eine enge interdisziplinäre Zusammenarbeit zu ermöglichen — entsprechend der Forderung der Versammlung in ihrer Empfehlung 843 (1978) in den Europarat zu integrieren, einen Fortschritt darstellt;
 10. begrüßt die Schlußerklärung der 7. Ministerkonferenz der Pompidou-Gruppe und ihre positiven Ergebnisse;
 11. nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die spanische Regierung vor kurzem beschlossen hat, sich der Pompidou-Gruppe anzuschließen, wodurch sich die Anzahl der Mitglieder auf 14 erhöht;
 12. ist der Auffassung, daß das Drogenproblem ebenso wie das Problem der Gewalttätigkeit im Zusammenhang mit den umfassenderen Problemen der modernen Gesellschaft, wie etwa zunehmender Streß, Arbeitslosigkeit, Freizeit oder Verunsicherung über die Wertvorstellungen, steht;
 13. verweist auf ihre Empfehlung 963 (1983) über kulturelle und erzieherische Mittel zur Verringerung der Gewalttätigkeit;
 14. empfiehlt dem Ministerkomitee, im Rahmen seines mittelfristigen Plans eine kohärente interdisziplinäre Strategie zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des Drogenhandels unter Einsatz aller Ressourcen des Europarats und unter besonderer Berücksichtigung folgender Vorschläge auszuarbeiten:
 - A. *Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels*
 - i. zu bekräftigen, daß sowohl der Handel mit „harten“ als auch mit „weichen“ Drogen eine strafbare Handlung darstellt, da erstere zwar ohne Zweifel in ihren Auswirkungen verheerender sind, die weichen Drogen aber viel leichter zu beschaffen und anzuwenden sind und daher die Zahl ihrer Konsumenten beträchtlich höher und deren durchschnittliches Alter erheblich niedriger ist, wodurch das Problem eine quantitative Dimension erhält; zwischen beiden Arten des Drogenhandels sollte die Gesetzgebung eines jeden Landes unterscheiden und eine Bestrafung in beiden Fällen vorsehen;
 - ii. den Kampf gegen den internationalen Drogenhandel zu verstärken, insbesondere:
 - a) durch nachdrückliche Betonung der internationalen Dimension dieses Handels und seiner nachweislichen Verbindung zu den Netzen des Waffenschmuggels und des Terrorismus, und — angesichts der äußerst beunruhigenden Tatsache, daß durch den illegalen Drogenverkauf erzielte umfangreiche Geldsummen zur Finanzierung des internationalen Terrorismus verwendet werden —, durch die Ergreifung von Maßnahmen zur Unterstützung der Bemühungen, die auf internationaler Ebene unternommen werden, um den destabilisierenden Auswirkungen dieses Handels Einhalt zu gebieten;
 - b) durch Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden, indem der Informationsaustausch über den internationalen Kapitalfluß in Verbindung mit den Drogen und, ganz allgemein, über die Aufdeckung, Blockierung und Konfiszierung des Vermögens der Drogenhändler verbessert wird;

- c) durch Prüfung der Möglichkeit, in bestimmten Fällen Schiffe, die der Beteiligung am Drogenhandel verdächtigt werden, außerhalb der Territorialgewässer zu durchsuchen, ohne dabei Artikel 108 des Seerechtsübereinkommens außer acht zu lassen, in dem es heißt: „Alle Staaten arbeiten bei der Bekämpfung des unerlaubten Verkehrs mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen zusammen, an dem Schiffe auf hoher See unter Verletzung internationaler Übereinkünfte beteiligt sind.“
- iii. dringend die Möglichkeiten zur Bekämpfung des Inhalierens von Klebstoffen, Lösungsmitteln und Äther zu prüfen, indem zum Beispiel der Verkauf dieser Produkte an Minderjährige ohne ausdrückliche Genehmigung der Eltern verboten wird, die Geschäftsinhaber informiert und ermutigt werden, mit den Eltern und der Polizei zusammenzuarbeiten;
- B. Vorsorge, Behandlung und Reintegration*
- i. konkrete Maßnahmen durchzuführen, um das erklärte Ziel der Empfehlung (82) 5 des Ministerkomitees zu verwirklichen, d. h. Primärvorsorge als vorrangige Politik im Hinblick auf eine Verbesserung der Gesundheitserziehung, um junge Leute zu einer gesünderen Lebensweise zu veranlassen;
- ii. die Politiken zur Bekämpfung solcher Probleme wie Drogen oder Gewalttätigkeit mit langfristigen konkreten Strategien zu verbinden, um somit die jungen Menschen darauf vorzubereiten, eine konstruktive und kreative Rolle in einer demokratischen Gesellschaft zu spielen, und die ständige kulturelle Weiterentwicklung der Jugendlichen zu ermutigen;
- iii. in diesem Zusammenhang die Aufnahme dieses Problembereiches in die Programme und Lehrpläne von schulischen Einrichtungen und bestimmten Gruppen in den Gemeinden zu erwägen, wobei der Schwerpunkt darauf liegen sollte, den jungen Menschen ihre Verantwortung für ihr eigenes Wohlergehen, aber auch die strafrechtlichen Folgen ihres Handelns bewußt zu machen;
- iv. Ausbildungsprogramme für die im Erziehungs-, Gesundheits-, Sozial- und Rechtsbereich Tätigen durchzuführen, um schrittweise eine Komplementarität dieser Bereiche zu erzielen, die es gegenwärtig zwischen Lehrern und Familien, Richtern und Ärzten, zwischen der Polizei und den Sozialeinrichtungen nicht gibt;
- v. besonderen Wert auf die Informationen zu legen, die die allgemeine Öffentlichkeit, damit sie ihre tolerante Einstellung zum Drogenkonsum ändert, und die Eltern und Kinder erhalten sollten, damit sie Anfangssymptome des Drogenmißbrauchs erkennen;
- vi. mehr Nachdruck auf die nützliche Rolle der Massenmedien bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu legen;
- vii. die Entwicklung therapeutischer Gemeinschaften zu untersuchen, in denen junge Menschen Hilfe von Erwachsenenteams erhalten, die eine ausreichende Ausbildung für eine vielseitige Tätigkeit — die Kenntnisse auf den Gebieten des Gesundheitswesens, der Psychologie und der Sozialarbeit erfordert — besitzen und in der Lage sind, ein aktives Verständnis für die in Schwierigkeiten geratenen Jugendlichen aufzubringen, weil diese traditionelle Institutionen, wie etwa psychiatrische Kliniken, häufig ablehnen;
- viii. einen Mittelweg zwischen den extremen Positionen der Zwangsbehandlung für jeden jungen Drogenabhängigen unter 18 Jahren einerseits und einer Therapiemethode, die auf einem Übermaß an freiwilliger Mitarbeit beruht, andererseits zu finden; dieser neue Ansatz könnte z. B. in einer Strafaufhebung oder -aufschiebung bestehen, wenn der Drogenabhängige einer Behandlung zustimmt;
- ix. die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden der Länder, die Medikamente herstellen und verbrauchen, zu verbessern und dabei die Tatsache zu berücksichtigen, daß eine große Anzahl der in die Entwicklungsländer exportierten psychotropen Produkte und Schlafmittel zu einer Medikamentenabhängigkeit führt;
15. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten aufzufordern, sofern sie dies nicht bereits getan haben, sich der „Pompidou-Gruppe“ anzuschließen und den politischen Willen zu bekunden, diese Gruppe in ein echtes europäisches Zentrum zur Koordinierung, Selektion und Verwirklichung der Bewertungsmethoden umzuwandeln. Dieses könnte ferner Systeme des Informationsaustausches, der Kontakttherstellung zwischen Forschern und Sachverständigen und der Übermittlung von Fachliteratur und einschlägigen Dokumenten entwickeln — in diesem Zusammenhang wäre es notwendig, eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift für die auf diesem Gebiet Tätigen vorzusehen;
16. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, im Rahmen der internationalen Organisationen, die Aktionsprogramme auf weltweiter Ebene durchführen, konzertierte Schritte zu unternehmen und darauf hinzuwirken, daß die verschiedenen angestrebten Maßnahmen dem allgemeinen Geist des Nord-Süd-Dialogs entsprechen, wie etwa die Vorschläge über die Diversifizierung und Substituierung von Pflanzenzüchtungen, aus denen natürliche Rauschmittel gewonnen werden;

17. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, die einschlägigen Empfehlungen des Ministerkomitees gemäß Anhang I dieser Empfehlung voll zu verwirklichen;
18. wiederholt ihre Empfehlung an das Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, sofern sie dies nicht bereits getan haben, die Konventionen gemäß Anhang II dieser Empfehlung zu unterzeichnen und zu ratifizieren;
19. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, die Durchführung interdisziplinärer epidemiologischer Studien mit dem erklärten Ziel zu ermutigen, eventuell vorhandene Beziehungen zwischen den verschiedenen Arten des Konsums von Drogen und psychotropen Stoffen nachzuweisen zu versuchen, sowie die Durchführung soziologischer Studien über die Verbreitung von Drogen zu unterstützen, wobei die Bereiche für die stärkste Gefährdung der Bevölkerung und die Risikofaktoren in den einzelnen Bevölkerungsgruppen aufgezeigt werden sollten.

Anhang I

— Entschließung (78) 11

Über die Unterstützung, die die diplomatischen und konsularischen Dienste der Mitgliedstaaten gegebenenfalls bei der Lösung von Problemen leisten können, die durch den Drogenmißbrauch ihrer Staatsangehörigen im Ausland entstehen;

— Entschließung (78) 12

Über Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten gegebenenfalls im Bereich der Information und Erziehung ergreifen können und die auf die Probleme junger Menschen, die in Gebiete reisen, in denen Drogen leicht verfügbar sind, ausgerichtet sind;

— Empfehlung (80) 10

über Maßnahmen gegen den Transfer und die sichere Verwahrung von Kapital kriminellen Ursprungs;

— Empfehlung (82) 5

Über die Verhütung der Drogenabhängigkeit und die besondere Rolle der Aufklärung im Gesundheitswesen;

— Empfehlung (82) 6

Über die Behandlung und Resozialisierung von Drogenabhängigen.

Anhang II

a) Übereinkommen der Vereinten Nationen:

- i. Einheitsübereinkommen aus dem Jahre 1961 über Suchtstoffe;
- ii. Protokoll aus dem Jahre 1972 zur Änderung dieses Übereinkommens;

iii. Übereinkommen aus dem Jahre 1971 über psychotrope Stoffe;

b) Übereinkommen des Europarates:

- i. Europäisches Auslieferungsübereinkommen aus dem Jahre 1957 und seine Protokolle aus den Jahren 1975 und 1978;
- ii. Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahre 1959 und das Protokoll aus dem Jahre 1978;
- iii. Europäisches Übereinkommen über die internationale Geltung von Strafurteilen aus dem Jahre 1970;
- iv. Europäisches Übereinkommen über die Übertragung von Strafurteilen aus dem Jahre 1972;

c) Übereinkommen des Rats für Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten über gegenseitige Amtshilfe, um Zollverstöße zu verhüten, zu ermitteln und zu bekämpfen — die sog. Nairobi-Konvention, die im Jahre 1980 in Kraft getreten ist, wobei vor allem Anhang 10 über die gegenseitige Hilfe im Kampf gegen das Schmuggeln von Rauschgiften und psychotropen Stoffen von Bedeutung ist.

Tagesordnungspunkt:

Illegale Wanderbewegungen in Europa

(Drucksache 5265)

Berichtersteller: Abg. Foschi

(Themen: Zusammenhang zwischen illegaler Wanderbewegung und illegaler Beschäftigung, Vorkommen, Umfang, Methoden und Wirkungen — Industrielle Wirtschaft, Schattenwirtschaft und illegale Arbeit — Rechtsmittel zur Abhilfe: gegenwärtige Lage, Schwäche nationaler Politiken, Rolle der internationalen Zusammenarbeit, Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.)

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen wurde die deutsche Öffentlichkeit von der Meldung aufgeschreckt, daß während eines großen Volksfestes in München ein Wirt 23 ausländische Arbeitskräfte illegal beschäftigt habe. Dies wird nicht der einzige offenbar gewordene Fall von unsozialen Machenschaften sein, die tagtäglich passieren. Durch eine zufällige Kontrolle wurde hier die Spitze eines Eisberges entdeckt, dessen eigentliche Masse jedoch unsichtbar bleibt.

Die **illegale Beschäftigung** von ausländischen Arbeitskräften ist an Verwerflichkeit nicht zu überbieten. Oft kommen viele von ihnen ohne ausreichende Sprachkenntnisse und Ausbildung in die Fänge von üblen Geschäftemachern. Um das Leben fristen zu können, müssen sie schwarz eine schnelle Mark verdienen. Die Verführer sitzen am längeren Hebel, bezahlen ihnen nur einen Minimallohn und melden sie nach der Weitergabe an Firmen weder zur Kranken- noch zur Sozialversicherung an. Steuern wer-

den natürlich auch nicht entrichtet. Die Menschenhändler haben nur ihren Vorteil im Auge und stecken den Reibach ein. Die illegalen Einwanderer und Arbeitskräfte stehen im Krankheits- und Unglücksfall ungesichert da und bleiben in ihrem Elend allein.

Angeichts der Hilflosigkeit ausländischer Schwarzarbeiter und ihres Schicksals ist es erfreulich, daß sich dieses Hohe Haus mit diesem Problem befaßt. Ich danke Herrn Kollegen Foschi ganz besonders für den vorzüglichen Bericht, den er erstellt hat, und weise auch darauf hin, daß er als Mitglied unseres Ausschusses in Verbindung mit unserem Vorsitzenden, Herrn Dejardin, bereits im Herbst des vorigen Jahres auf der Ministerkonferenz in Rom diese Problematik vorgetragen und dazu Stellung genommen hat.

Im übrigen kann ich darauf verweisen, daß das Ministerkomitee bereits im Jahre 1978 eine Entschlie-ßung betreffend illegale Einwanderung und Beschäftigung verabschiedet und Maßnahmen zur Kontrolle gefordert hat. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Situation der illegal Beschäftigten seit dem 1. Januar 1982 dadurch verbessert, daß wir ein Gesetz zur Bekämpfung illegaler Arbeitskräfte verabschiedet haben. In dem Fünften Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, der dieser Tage veröffentlicht wird und der sich auf die Jahre 1980 bis 1983 bezieht, wird auf die strengen Bestimmungen über den Erwerb einer Verleiherlaubnis durch die Bundesanstalt für Arbeit sowie auf die Überprüfung der Einhaltung dieser strengen Bestimmungen hingewiesen.

Die Zahl der legalen Arbeitnehmerüberlassungen sank im Berichtszeitraum, also von 1980 bis 1983, von rund 51 000 auf 27 000. Zu diesem Rückgang verhalten das völlige Verbot der Arbeitnehmerüberlassung im Bereich des Baugewerbes und natürlich auch die nachlassende Konjunktur.

Die illegale Beschäftigung entzieht sich der **statistischen Erfassung**. Auf Grund konkreter Hinweise muß aber befürchtet werden, daß sie in erheblichem Umfang weiterbesteht.

Die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung haben die Bundesanstalt für Arbeit und die zuständigen Behörden aufgenommen. Bei 25 Arbeitsämtern in der Bundesrepublik Deutschland sind Bekämpfungsstellen eingerichtet worden. Das Personal dafür wurde verstärkt und in Schulungsveranstaltungen auf die neuen Aufgaben vorbereitet.

Zusätzlich fanden auch gemeinsame Aktionen von Bundesanstalt für Arbeit, Polizei, Steuerfahndung und Einzugsstellen der Sozialversicherung statt, um die illegale Beschäftigung einzudämmen.

Ins Netz gehen natürlich, wie schon mein Vorredner sagte, die Kleinen, die letzten von Armut Betroffenen. Die großen Fische, die wirklich Schuldigen, sind als Schlepper im Ausland oder als Vermittler im Inland nur schwer zu fassen.

Es genügt jedoch nicht, die Information allein zwischen den Ämtern und die Verfolgung jener Schwarzarbeit innerhalb der Landesgrenzen vorzunehmen, sondern es müssen in internationaler Zusammenarbeit Abstimmungen gefunden werden. Längst haben die Menschenhändler grenzüberschreitende Organisationen geschaffen und sind mit dubiosen Etiketten schwer greifbar und kaum zu überführen.

Daher appelliere ich an die Staaten, die das Übereinkommen Nr. 143 der Internationalen Arbeitsorganisation noch nicht unterschrieben haben, dieses Dokument bald zu ratifizieren. Ich unterstütze diesen Antrag; denn es geht um die Überwindung von Mißständen, die unseres Jahrhunderts unwürdig sind.

Danke.

Empfehlung 990 (1984)

betr. illegale Wanderbewegungen in Europa

Die Versammlung

1. ist sich der negativen Auswirkungen illegaler Wanderbewegungen bewußt, die sich aus der Ungerechtigkeit, daß Arbeitskräfte zu niedrigen Löhnen und/oder ohne Sozialabgaben eingestellt werden, und aus der Verzerrung der den Arbeitnehmern zustehenden Garantien und der Wettbewerbsregeln zwischen den Unternehmen ergeben;
2. stellt fest, daß die illegalen Wanderarbeitnehmer Opfer eines Prozesses sind, der aus dem Zusammenwirken mehrerer Faktoren entstanden ist, und zwar insbesondere dem Arbeitskräftebedarf bestimmter Arbeitgeber in den Aufnahmeländern, der Rolle der in den Handel mit Arbeitskräften verwickelten Personen und der Notwendigkeit, daß die Wanderarbeitnehmer der Armut in ihren Herkunftsländern entfliehen müssen, um ihren Lebensunterhalt verdienen zu können;
3. stellt fest, daß
 - a) die gesetzlichen Maßnahmen, die in einigen Ländern in den Jahren 1973—74 tatsächlich ergriffen wurden, um die legalen Wanderbewegungen einzudämmen oder sogar zum Stillstand zu bringen, als indirekte Folge eine Zunahme der illegalen Wanderbewegungen hatten;
 - b) diese Entwicklung sich weiter fortsetzte, obwohl das Ministerkomitee im Jahre 1978 die Entschlie-ßung (78) 44 über die illegale Einwanderung und die illegale Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer verabschiedete, in der insbesondere Maßnahmen zur Kontrolle der Wanderbewegungen und eine internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel, diesen Maßnahmen erhöhte Wirksamkeit zu verleihen, empfohlen wurden;

4. bedauert, daß
 - a) das Übereinkommen 143 (1975) der Internationalen Arbeitsorganisation über Mißbräuche bei Wanderbewegungen und die Förderung der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung der Wanderarbeitnehmer bisher nur von vier Mitgliedstaaten des Europarates (Italien, Portugal, Schweden und Zypern) ratifiziert worden ist;
 - b) die Behörden in bestimmten Aufnahmелändern unter dem Druck ausländerfeindlicher Bewegungen dazu veranlaßt worden sind, administrative Maßnahmen zu ergreifen, die zur Folge hatten, daß bisher nicht ordnungswidrige Verhältnisse sich dazu entwickelten und Neuankömmlinge sich Verfahren unterziehen mußten, die grundlegende Menschenrechte nicht berücksichtigten;
5. bekräftigt, daß jeder, auch ein illegaler Wanderarbeitnehmer, im Hinblick auf die Menschenrechte den gleichen Rechtsschutz wie die eigenen Staatsangehörigen eines Landes genießen muß;
6. stellt fest, daß es in einigen Mitgliedstaaten aufgrund unterschiedlicher Gesetze und Verfahren und in anderen aufgrund fehlender Gesetze zu Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt und bei den Bevölkerungsbewegungen kommt;
7. vertritt die Auffassung, daß angesichts der Mobilität der Wanderarbeitnehmer eine europäische und internationale Zusammenarbeit nicht nur auf dem Gebiet des Informationsaustausches über die in den Arbeitskräftenhandel verwickelten Personen (vgl. Entschließung (78) 44), sondern auch bei der Konzipierung von Maßnahmen, durch die der Strom illegaler Wanderarbeitnehmer unter Kontrolle gebracht werden soll, erforderlich ist;
8. unterstützt die Vorschläge für eine europäische Zusammenarbeit zur Bewältigung des Problems der illegalen Wanderbewegungen, die von der Konferenz der europäischen, für Fragen der Wanderbewegungen zuständigen Minister (Rom, 25.—27. Oktober 1983), formuliert worden sind;
9. erinnert an die Verbindung, die zwischen der Unterentwicklung im Herkunftsland, der Expansion des illegalen Arbeitsmarktes und den wirtschaftlichen und insbesondere industriellen Bedürfnissen der entwickelten Länder (siehe Absatz 2) besteht;
10. ist daher überzeugt, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten nur dann zu entscheidenden Fortschritten führt, wenn die Regierungen der Mitgliedstaaten gleichzeitig zusammen mit den Herkunftsländern auf bilateraler und vor allem auf multilateraler Ebene geeignete entwicklungspolitische Maßnahmen durchführen, durch die Arbeitsplätze in den Herkunftsländern geschaffen werden;
11. empfiehlt dem Ministerkomitee,
 - a) die Regierungen derjenigen Mitgliedsländer, die das Übereinkommen Nr. 143 der ILO bisher noch nicht unterzeichnet und ratifiziert haben, aufzufordern, dies zu tun;
 - b) als ersten Schritt die gesetzliche Regelung der Lage derjenigen Wanderarbeitnehmer, die bereits ansässig sind, vorzusehen, wobei diese Regelung jedoch nur Ausnahmecharakter haben und nicht wiederholbar sein kann;
 - c) auf der Grundlage folgender Prinzipien der Erstellung gemeinsamer Normen für die Frage der illegalen Arbeitnehmer zu fördern:
 - i. Garantie der Menschenrechte für alle Wanderarbeitnehmer, einschließlich derjenigen, deren Status ungesetzlich ist, und de facto-Einwanderern;
 - ii. Festlegung strenger administrativer und strafrechtlicher Sanktionen für Arbeitgeber, die illegale Arbeitnehmer beschäftigen, sowie für Vermittler und Händler, damit allen Unternehmen die gleichen Lasten auferlegt und durch Gleichbehandlung und gleiche Arbeitsbedingungen für Wanderarbeitnehmer illegale Wanderbewegungen verhindert werden;
 - iii. Erarbeitung internationaler Definitionen der wichtigsten Straftatbestände, wie dem Delikt des Handels mit Arbeitskräften;
 - d) die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, in eine aktive Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern einzutreten, mit dem Ziel:
 - i. gemäß Absatz (xiii) der Empfehlung 981 (1984) über die Beschäftigungslage in Europa (siehe Anhang), illegale Wanderbewegungen zu verhindern;
 - ii. in den Herkunftsländern eine Aufklärungskampagne über die Gefahren und Auswirkungen der illegalen Einwanderung durchzuführen.

Anhang

Auszug aus der Empfehlung 981 (1984)

betr. die Beschäftigungslage in Europa

Die Versammlung

....

16. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Gemeinschaft aufzufordern:

....

- xiii. in verstärktem Maße den Europarat zu nutzen, um sowohl die Zusammenarbeit zwischen den

europäischen Ländern, den übrigen Industriestaaten und den Entwicklungsländern zu verbessern, damit vermieden wird, daß einige Staaten oder Staatengruppen versuchen, ihre eigenen Probleme auf Kosten anderer Länder, insbesondere derjenigen der Dritten Welt, zu lösen, als auch die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Nord- und Südeuropas neu zu beleben, um die Probleme der Wanderarbeitnehmer zu lösen:

- a) durch Intensivierung der Zusammenarbeit im sozialen und im Rechtsbereich, insbesondere durch die Unterzeichnung und Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtsstellung der Wanderarbeitnehmer durch diejenigen Länder, die dies bisher noch nicht getan haben;
- b) durch Ausweitung der Interventionsmöglichkeiten des Wiedereingliederungsfonds, damit dieser in verstärktem Maße arbeitsplatzschaffende Projekte in denjenigen europäischen Regionen, die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen sind, insbesondere in den Herkunftsländern der Wanderarbeitnehmer, finanzieren kann;
- c) durch Erhöhung der Kapazität des Fonds, Darlehen zu günstigen Zinssätzen zu gewähren: diese machen zur Zeit nur einen kleinen Teil aller Darlehen aus, während die meisten Darlehen zu Marktsätzen vergeben werden;
- d) durch Erhöhung der Mittel der bestehenden Berufsbildungsprogramme für die Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal aus den am wenigsten entwickelten Mitgliedsländern.

Freitag, 28. September 1984

Tagesordnungspunkt:

**Antwort auf den 23. Tätigkeitsbericht
des intergouvernementalen Komitees
für Wanderbewegungen**

(Drucksachen 5223 und 5267)

Berichterstatter: Abg. Grussenmeyer

(Themen: Beeinflussung der Wander- und Flüchtlingsbewegungen durch politische, wirtschaftliche, soziale und demographische Ereignisse in verschiedenen Teilen der Welt mit Schwerpunkten in Südostasien, Osteuropa, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Afrika — Entwicklung der Flüchtlingsbewegungen von 1980 bis 1983 — Informationszentrum über Wanderungsbewegungen in Lateinamerika — Hilfsprogramme für afrikanische Länder — Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen.)

Tagesordnungspunkt:

**Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa
und Lateinamerika**

(Drucksache 5277)

Berichterstatter: Abg. Mendes, Abg. Frau af Ugglas

(Themen: Geschichtliche Hintergründe der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika — Der gegenwärtige Stand der wirtschaftlichen Entwicklung der größeren und der kleineren Länder Lateinamerikas, Mittelamerikas und der karibischen Region — Entwicklungsanstrengungen im kontinentalen Bereich — Wirtschaftsbeziehungen mit der übrigen Welt — Beiträge Europas einschließlich eines Rahmens der Erweiterung der Beziehungen und der Skizzierung künftiger Aktionen.)

Vogt (Kaiserslautern) (DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sollten noch ein bißchen bei dem beschämenden Sachverhalt verweilen, daß eine politische Konferenz unter Beteiligung europäischer Außenminister zur Zeit in San José/Costa Rica stattfindet und daß diese Versammlung nicht in der Lage war, es auszuhalten, in einer polarisierten Diskussion parallel zu dieser Konferenz über die politischen Beziehungen und die **politische Verantwortlichkeit der Europäer auch für die Verhältnisse in Lateinamerika** zu debattieren.

Damit hat sich die Versammlung sozusagen politisch kastriert. Wir sollten in Zukunft eine Reduzierung der Verhältnisse auf eine rein wirtschaftliche und technizistische Betrachtung nicht zulassen.

Es ist völlig verfehlt, im Zusammenhang mit den Verhältnissen in Lateinamerika hier das Kriterium der Ausgewogenheit in den Vordergrund zu rücken. Wenn Sie immer fordern werden, daß man über Lateinamerika nur ausgewogen reden kann, dann wird es nicht möglich sein, den Ursachen der Misere Lateinamerikas auf den Grund zu gehen. Mit anderen Worten: Wir hätten es hier aushalten sollen, das Wagnis der Polarisierung in der Berichterstattung und in der Debatte tatsächlich einzugehen.

Ich meine, wir können dieses Problem nicht dadurch lösen, daß wir hier interfraktionelle Schuldzuweisungen vornehmen, wie es geschehen ist. Vielmehr sollten wir das, was geschehen ist, auch der **Schwachstruktur des Europarats** zuschreiben und uns schleunigst daranmachen, die Verhältnisse zu ändern, d. h. zunächst einmal den Europarat in den Stand zu setzen, sich adäquat mit Problemen überall auf der Welt auseinanderzusetzen.

Wir haben von den Berichterstattern hier alarmierende Fakten gehört. U. a. haben wir gehört, daß in Lateinamerika Menschen in Millionenzahl Hunger leiden und unterernährt sind. Wir haben die Klagen über die schwache Infrastruktur der Länder Lateinamerikas gehört. Wir haben eben von dem Kollegen

Akarçali dankenswerterweise auch gehört — deshalb kann ich mich in diesem Punkt kurzfassen —, daß die Europäer eine Verantwortung haben, die schon vor dem Inslebentreten der Europäischen Gemeinschaft begonnen hat.

Der Berichterstatter Herr Mendes hat uns gesagt, daß die Europäische Gemeinschaft infolge ihres handelsablenkenden Charakters eine erhebliche Verantwortung hat. Daher sollten wir aber auch anerkennen, daß die **Europäer** sowohl aus der Zeit ihres Verhaltens als Kolonisatoren und ganz plumpe Ausbeuter als auch aus der Zeit der Gründung der EG eine **Garantenpflicht** haben. Es ist also eine doppelte Garantenpflicht. Dies festzustellen ist nicht moralisierend, sondern das entspricht ganz einfach der strafrechtlichen Garantenpflicht aus vorangegangenen Taten. Wir haben diese Verantwortung und sollten ihr politisch gerecht werden.

Von Herrn Fourné ist gesagt worden — auch hier kann ich mich deshalb kurzfassen —, daß wir die Handlungsfreiheit der lateinamerikanischen Länder stärken müssen. Aber was heißt das faktisch? Sollen wir die Handlungsfreiheit der dortigen Grundeigentümer oder der dortigen Industrieherrn stärken? Oder sollen wir zunächst einmal Anstrengungen machen, die **Infrastruktur**, die dort sehr schwach entwickelt ist, sozusagen für den einfachen Menschen zu **stärken**? Ich meine, wir sollten den Akzent auf den zweiten Punkt legen. Wir sollten alles tun, was wir sowohl als Nationalstaaten wie auch als gesellschaftliche Gruppen tun können, um die Infrastruktur dieser Länder zu stärken.

Es ist bekannt, daß der einzige — das klingt makaber — leistungsfähige **Faktor** in den meisten Ländern Lateinamerikas in vielfacher Hinsicht das **Militär** ist. Es gibt keine zivile Institution, die auch nur annähernd die Organisationsleistung des Militärs dort vollbringen kann. Als Pazifist muß ich betonen: Das ist eine makabre Situation. Wir können nicht davon ausgehen, daß dem beispielsweise Organisationen und gewachsene Institutionen gegenüberstehen, wie es bei uns z. B. mit der Post und dem Transportwesen usw. der Fall ist. Das bedeutet, daß dort das Militär nicht nur im Hinblick auf Herrschaftsmechanismen, sondern auch wegen faktischer Verhältnisse im Alltag eine dominierende Rolle spielt.

Wir müssen auch darauf achten, daß wir die Infrastruktur dieser Länder wirklich stärken, d. h. wir müssen an den Bedürfnissen der einfachen Menschen dort ansetzen. Wir können die Infrastruktur in den Ländern Lateinamerikas — das trifft natürlich genauso für andere Entwicklungskontinente zu — nicht dadurch stärken, daß wir rücksichtslos Absatzmärkte für Produkte schaffen, die dort entweder nicht gebraucht werden oder gefährliche Nebenwirkungen haben.

Ich kann das an einem Beispiel kurz andeuten. Aus der Bundesrepublik wird in benachbarte Schwellenländer mitunter gleichzeitig der **geschlossene Brennstoffkreislauf** auf der Grundlage der **Atomkernspaltung** geliefert. Dazu muß man zum einen sagen, daß diese Energieerzeugungsmethode nicht

den Bedürfnissen dieser Länder entspricht. Es gäbe dort sanfte und mittlere Technologien, die den landwirtschaftlichen Verhältnissen durchaus angepaßt sind. Zum zweiten muß man sagen, daß wir damit eine Kraft entfesseln, die nicht mehr kontrollierbar ist. Ein kluger Beobachter hat einmal gesagt: Mit dem Export des geschlossenen Brennstoffkreislaufs an das Land A — Sie können raten, welches Land ich meine — erzeuge ich im Land B den Bedarf, die Atombombe zu haben. Denn das Land A hat nun den geschlossenen Brennstoffkreislauf, und die bloße Angst, es könnte auf dieser Grundlage die Atombombe entwickeln, bringt das Land B zu der panischen Anstrengung, den geschlossenen Brennstoffkreislauf auf der Ebene der Kernspaltung ebenfalls haben zu wollen, um die Atomwaffe auch produzieren zu können.

Das heißt, wir haben nicht nur die simple wirtschaftliche Verpflichtung, nach den ökologischen Erfordernissen dieser Länder und nach deren Bedürfnissen — nicht nach den Bedürfnissen der Großunternehmer bei uns — zu handeln, sondern wir müssen auch die **Folgen einer rücksichtslosen Exportpolitik** kennen.

Es ist einiges gesagt worden — insofern kann ich mich auch bei diesem Punkt kurz fassen — zu der Abholzung der tropischen Regenwälder. Wir müssen wissen, daß das ein ungeheuer unsolidarisches Verhalten ist, nicht nur von irgendwelchen unverantwortlichen Eliten dort, sondern auch von Großkonzernen. Wir sollten uns in unseren Ländern mit diesen Großkonzernen auseinandersetzen. Das würde in der Bundesrepublik heißen: insbesondere mit Siemens und Volkswagen do Brasil. Die Feigheit — das sage ich anerkennend Mr. Garrett — sollten wir uns abschminken. Unserer Verpflichtung diesen Ländern gegenüber können wir nur nachkommen, wenn wir in unseren eigenen Ländern gegenüber solchen multinationalen Konzernen die notwendige Zivilcourage an den Tag legen, um ihnen in den Arm zu fallen, wenn sie gegenüber diesen Ländern ihre rücksichtslose Exportpolitik betreiben.

Sofortmaßnahmen sind natürlich wichtig. Wir sollten nicht Hilfsmaßnahmen, die dem akuten Hunger und der Unterernährung dort abhelfen sollen, als bloß karitativ denunzieren — wie das manchmal im sogenannten linken oder alternativen Milieu geschieht — und sagen: Weil das nicht ausreicht — daß das strukturpolitisch keineswegs ausreicht, wissen wir ja —, ist dies zu denunzieren. Auf diese Weise wird die Motivation in unseren Ländern verringert.

Diese Sofortmaßnahmen müssen gefordert werden. Sie müssen durchgesetzt werden. Es müssen gesellschaftliche Gruppen ermutigt werden, die das machen. Es müssen aber auch — das möchte ich deutlich machen — die gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen gestärkt und ermutigt werden, die **wirkliche Strukturhilfe** leisten, etwa durch Landwirtschafts-, Siedlungs- oder Konsumkooperativen.

Zum Beispiel hat der DGB so etwas in Ostbrasilien mit der Siedlung Pindorama gemacht. Solche Kooperativen müssen unterstützt werden.

Ein letztes Wort. In der Umschuldungsfrage sollten wir es uns nicht zu leicht machen. Es ist nichts geholfen durch bloße **Umschuldung**. Das mindeste, was geschehen muß, ist ein politischer Beschluß zur Verringerung der Schuldenlast oder wenigstens zum Erlaß der Zinsen. Sonst bleibt diese Verschuldung ein Faß ohne Boden. Mit einer bloßen Umschuldung haben wir vielleicht Zeit gewonnen, aber wir haben nicht wirklich geholfen.

Ich danke Ihnen

Empfehlung 991 (1984)

betr. die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Lateinamerika

Die Versammlung,

1. nimmt den von ihrem Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 5277) vorgelegten Bericht über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Lateinamerika sowie die Stellungnahme ihres Landwirtschaftsausschusses (Dok. 5278) zu Kenntnis;
2. nimmt Bezug auf die Entschließung 814 (1984) über die kulturellen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika und die Empfehlung 976 (1984) über den Beitrag des Europarates zur kulturellen Zusammenarbeit mit Lateinamerika;
3. stellt fest, daß sich die Schwierigkeiten Lateinamerikas, ungeachtet der Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, in einem allgemeinen, auf dem ganzen Kontinent zu verzeichnenden Rückgang des Lebensstandards und einer Verschlechterung der sozialen Lage widerspiegeln;
4. vertritt die Auffassung, daß die enorme Verschuldung des Kontinents, die sich mittlerweile auf fast 350 Milliarden Dollar beläuft, wobei für die Zinsen 35 Prozent der Exporterlöse des Kontinents aufgewendet werden müssen, ein Hindernis für dessen wirtschaftliche Erholung und eine Gefahr für die Stabilität des internationalen Finanzsystems darstellt;
5. berücksichtigt die Schlußfolgerungen der lateinamerikanischen Wirtschaftskonferenz, die im Januar 1984 in Quito stattfand, und der Konferenz von Cartagena über die Verschuldung der Region (Juni 1984) sowie die Verpflichtungen, die die wichtigsten westlichen Industrieländer bei ihrem 10. Wirtschaftsgipfeltreffen in London im Juni 1984 eingingen;
6. begrüßt die Anstrengungen Lateinamerikas im Hinblick auf seine wirtschaftliche Integration sowie die mit der Europäischen Gemeinschaft geschlossenen Abkommen, insbesondere das Kooperationsabkommen, das im Dezember 1983 in Cartagena von den fünf Ländern des Andenpaktes und den Zehn der EG unterzeichnet wurde;

7. ist überzeugt, daß Europa ein politisches und wirtschaftliches Interesse hat, seine Handelsbeziehungen zu Lateinamerika zu verbessern, und daß Spanien und Portugal dabei eine entscheidende Rolle spielen können und begrüßt in diesem Zusammenhang die Ministertagung von San José;
8. unterstützt ferner die jüngsten Bemühungen der Europäischen Gemeinschaft, Spaniens und Portugals um eine Verbesserung ihrer Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralamerikas und der Contadora-Gruppe;
9. begrüßt ferner, daß es Lateinamerika in den letzten Jahren gelungen ist, seine Agrarproduktion und seine landwirtschaftlich genutzte Fläche beträchtlich zu vergrößern;
10. ist sich jedoch bewußt, daß sich hinter der Gesamtzunahme große Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen Regionen verbergen, von denen einige unter ernster Nahrungsmittelknappheit leiden, die teilweise auf die Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Familienbetriebe zurückzuführen sind, und ist sich ferner bewußt, daß ein immer größerer Teil der Produktion für den Export anstatt für den inländischen Verbrauch bestimmt ist;
11. ist sich darüber hinaus bewußt, daß das Wachstum der in großem Rahmen betriebenen, exportorientierten Landwirtschaft oft zu Lasten der traditionellen landwirtschaftlichen Familienbetriebe geht, denen immer schlechteres Land zugewiesen und deren Grundbesitz zunehmend verringert wird;
12. ist besorgt darüber, daß diese Entwicklungen — die zu einer Zeit auftreten, in der der Weltmarkt für landwirtschaftliche Produkte eine Depression erlebt und viele lateinamerikanische Staaten hochverschuldet sind — die Armut in den ländlichen Gegenden vergrößert und die betreffenden Länder in einen Teufelskreis immer größerer Abhängigkeit von importierten Nahrungsmitteln gestürzt haben;
13. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Gemeinschaft aufzufordern:
 - a) sich durch Umorientierung und Koordinierung ihrer Handels- und Industriepolitiken darum zu bemühen, Europa zu einem wichtigen Wirtschaftspartner Lateinamerikas zu machen, dessen Bevölkerung bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf über 550 Millionen Menschen anwachsen wird;
 - b) ihre Bemühungen um einen Abbau oder die Beseitigung ihrer quantitativen Handelsbeschränkungen zu verstärken und mit einer neuen Runde multilateraler Verhandlungen über Handelsfragen zu beginnen;
 - c) zu prüfen, welchen spezifischen Beitrag Europa im Geiste der Erklärung von Lissabon zur Lösung der bestehenden Schuldenprobleme beitragen könnte;

- d) auf eine Verbesserung des Weltwährungssystems hinarbeiten, um
 - i. eine neue internationale Liquidität zu schaffen, ohne die Inflation anzukurbeln;
 - ii. die Zinssätze auf den Weltmärkten zu senken;
 - iii. die besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder stärker zu berücksichtigen; der Weltwährungsfonds (IMF) ist dazu nicht entsprechend ausgestattet;
- e) ihre öffentliche Entwicklungshilfe an die lateinamerikanischen Länder zu erhöhen;
- f) den privaten Sektor zu ermutigen, seine Investitionen in diesen Ländern zu verstärken, beispielsweise durch Erleichterungen bei der Durchführung von Gemeinschaftsunternehmen (joint ventures);
- g) alle Anstrengungen zu unternehmen, um der massiven Zerstörung der Wälder Einhalt zu gebieten, die durch das Streben nach Gewinnen, die kurzfristig zu erzielen sind, verursacht und durch das Nichtvorhandensein einheitlicher Forstpolitiken verstärkt wird und zu schweren ökologischen Ungleichgewichten wie Dürrekatastrophen und Überschwemmungen, Erdbeben und der Ausdehnung der Wüsten in den subtropischen Regionen führt;
- h) Agrarpolitiken zu fördern, die insbesondere die kleinen landwirtschaftlichen Familienbetriebe unterstützen, und die Produktion vorrangig darauf auszurichten, den Inlandsbedarf zu decken;
- i) zur Bekämpfung des Analphabetentums in den ländlichen Gebieten und zur Einführung moderner Agrar- und Fischereitechniken in diesen Regionen beizutragen;
- j) ihre Zusammenarbeit mit den Ländern und regionalen Organisationen Lateinamerikas zu verstärken und dabei folgenden Bereichen Vorrang einzuräumen:
 - i. Anregung von Studien über die kulturelle und ökologische Lage in Lateinamerika und die Relevanz europäischer Erfahrungen, damit im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika die kulturellen Identitäten dieses Kontinents geachtet werden;
 - ii. Handel (besserer Zugang zum europäischen Markt, insbesondere durch eine wirksamere Nutzung des Allgemeinen Präferenz-Systems);
 - iii. Erziehung und Berufsbildung (insbesondere mit dem Ziel, das Analphabetentum zu beseitigen, die Qualifikationen der Arbeitskräfte und die Arbeitsbedingungen zu verbessern und den Demokratisierungsprozeß zu erleichtern);
 - iv. menschliche und technische Infrastrukturen (die europäischen Erfahrungen könnten für die Länder Lateinamerikas

von Nutzen sein, insbesondere im Rechts-, Kultur-, Verwaltungs- und Sozialbereich sowie im Hinblick auf die Städteplanung und die Erhaltung industrieller Anlagen);

- v. Technologie (insbesondere angesichts der Tatsache, daß Lateinamerika eine zentrale Rolle als Vermittler zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern spielt);
- vi. Landwirtschaft (z. B. rationelle Nutzung des Bodens) und Umweltschutz;
- vii. Tourismus (Planung von Infrastrukturen für den Tourismus);
- viii. finanzielle Hilfe insbesondere für die ärmsten Länder, und direkte Privatinvestitionen, wobei der rückläufigen Tendenz dieser Investitionen entgegenzuwirken ist.

Sonnabend, 29. September 1984

Tagesordnungspunkt:

Die Lage der ethnischen Minderheiten in Rumänien

(Drucksache 5259)

Berichterstatte: Abg. Blaauw

(Themen: Beachtung und Schutz der Menschenrechte in Rumänien im allgemeinen sowie gegenüber ethnischen Minderheiten — Die Lage der Ungarn, Zigeuner, Deutschen und Juden in Rumänien — Maßnahmen der rumänischen Regierung zur Verhinderung von Auswanderungen)

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Wilfried Böhm, Berichterstatter des Ausschusses für Wanderbewegung, Flüchtlinge und Bevölkerungsfragen zu dem Bericht des Kollegen Blaauw, ist leider kurzfristig daran gehindert, seine Stellungnahme hier selbst vorzutragen. Aus diesem Grunde habe ich die Ehre, in diesem Hohen Hause für ihn das Wort zu ergreifen.

In Rumänien lebte einst eine **deutsche Minderheit** von rund 600 000 Personen. Diese hatten jedoch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Durch die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs wurde ihre Zahl auf die Hälfte reduziert. Heute leben sie mit anderen ethnischen Gruppen in einem Staat, dessen Souveränität sie respektieren.

Die rumänischen Nationalitätenpolitik zielt darauf ab, Verschmelzung der Minderheiten in einem Einheitsstaat zu fördern. Dennoch erhielten zahlreiche Deutschstämmige im Rahmen der Familienzusammenführung die Erlaubnis zur Auswanderung. In den Jahren 1950 bis 1981 fanden rund 119 000 Auswanderer aus Rumänien Aufnahme in der Bundesre-

publik Deutschland. Seitdem liegt der Monatsdurchschnitt der Aussiedler, die in die Bundesrepublik kommen, etwas über 1000 Personen.

Eine Erschwerung der Aussiedlung trat im Herbst 1982 ein, als ein rumänisches Dekret die Rückzahlung von Ausbildungskosten in Devisen von den Ausreisewilligen verlangte. Damit wurde dem Ersuchen nach Ausreise eine hohe finanzielle Hürde vorgesetzt, die von den Petenten kaum zu überwinden war.

Es ist verständlich, daß auf diplomatischer Ebene nach Wegen zur Erleichterung für die Betroffenen gesucht wurde. Wenn dies für die deutsche Volksgruppe auch erfolgreich verlief, unterstützen wir doch weiterhin nachdrücklich die Bemühungen anderer Volksgruppen um Beseitigung der Erschwerisse der Ausreise aus Rumänien.

Das Problem hat jedoch zwei Seiten und sollte auch aus der Sicht der dort Verbleibenden beurteilt werden.

Im Herbst vergangenen Jahres hatte ich Gelegenheit, mit einer Delegation des Deutschen Bundestages Rumänien zu besuchen. Wir hatten alle Listen mit Namen von Ausreisewilligen dabei, die wir mit der Bitte um Befürwortung bei den Regierungsstellen abgaben. Dafür erhielten wir jedoch nicht das ungeteilte Lob aller Seiten. Die Vorsitzenden der deutschen Volkstumsgruppen und ein evangelischer Bischof baten uns in Gesprächen eindringlich, den allgemeinen Wunsch nach Ausreise nicht vorbehaltlos zu unterstützen; die Volksgruppe verliere nämlich nicht nur ihre Mitglieder, sondern auch die Träger der überlieferten Kultur und somit ihre Identität; es bestehe schließlich keine Eigenständigkeit mehr und es drohe die Isolierung. Dieser Argumentation kann man sich nicht verschließen.

Was jedoch verurteilt werden muß, sind die Machenschaften sogenannter Vermittler. Sie kassieren beträchtliche Geldbeträge für die angebliche Erteilung der Ausreisegenehmigung, können jedoch ihre Versprechungen nicht halten. Gegen diese an Betrug grenzenden Schmiergeldforderungen müssen die staatlichen Stellen auf beiden Seiten schärfstens vorgehen.

Für die Bundesregierung ist der Wille des einzelnen Betroffenen maßgebend. Die Deutschen in Rumänien werden weder gegen ihren Willen zum Bleiben aufgefordert noch zur Ausreise ermuntert. Es wird versucht, die Ausreise offenzuhalten und die Lebensbedingungen der dort Bleibenden zu verbessern.

Danke sehr.

Entschließung 830 (1984)

betr. die Lage der Minderheiten in Rumänien

Die Versammlung

1. verweist auf das Recht ethnischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten, ihr eigenes

kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen;

2. erinnert daran, daß diese Menschenrechte im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in der Helsinki-Schlußakte und im Schlußdokument des Madrider KSZE-Folgetreffens feierlich garantiert werden;
3. ist sich bewußt, daß die oben genannten Rechte nicht nur das Recht eines Menschen, in seinem eigenen Land zu bleiben, sondern auch sein Recht, dieses Land jederzeit zu verlassen, einschließen;
4. ist sich ferner bewußt, daß Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen dazu führen können, daß Bürger ihr Land zu verlassen versuchen;
5. erinnert an die beunruhigenden Berichte, denen zufolge Angehörigen von ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten in Rumänien das Recht vorenthalten wird, ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen;
6. weist darauf hin, daß die Politik der rumänischen Behörden zu schwerwiegenden Ungerechtigkeiten gegenüber dem betroffenen Personenkreis führt und in vielen Fällen eine Ausreise dieser Personen aus Rumänien unmöglich macht;
7. begrüßt jedoch die Freilassung des rumänischen orthodoxen Priesters Pater Georghe Calcu, die vor kurzem (am 20. August 1984) nach einer für ihn durchgeführten internationalen Kampagne und auf Druck der Regierungen von Mitgliedstaaten hin erfolgte; fordert die rumänischen Behörden dringend auf, ebenfalls Ovidin Podborshi, Gaben Dinn, Refec Cornel und Marianec Petru freizulassen, die derzeit inhaftiert sind, weil sie eine öffentliche Kampagne für die Achtung der Rechte der Christen und für die Freilassung von Pater Calcu organisiert haben;
8. unterstreicht insbesondere die Tatsache, daß die KSZE-Teilnehmerstaaten in Korb III der Helsinki-Schlußakte übereingekommen sind, Ausreisegesuche ihrer Bürger aus Gründen der Familienzusammenführung oder Eheschließung wohlwollend zu prüfen, die Verfahren zu vereinfachen und die erforderlichen Gebühren zu senken;
9. hat mit tiefer Besorgnis das Dekret des rumänischen Staatsrates vom 1. November 1982 zur Kenntnis genommen, demzufolge eine Ausreiseerlaubnis — selbst im Falle der Familienzusammenführung oder Eheschließung — nur erteilt werden kann, nachdem empfangene Stipendien und Sozialleistungen an die rumänische Regierung in ausländischer Währung zurückgezahlt worden sind, während andererseits der Besitz von Devisen eine strafbare Handlung darstellt;

10. stellt fest, daß die Politik der rumänischen Regierung in all diesen Angelegenheiten eine offenkundige Verletzung der Abkommen von Helsinki darstellt;
11. fordert den rumänischen Staatsrat auf:
 - a) die Achtung und tatsächliche Ausübung der Rechte von Angehörigen ethnischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten sicherzustellen sowie die legitimen Interessen dieser Minderheiten nach den Bestimmungen der internationalen Abkommen und der rumänischen Verfassung zu schützen;
 - b) die Verletzung grundlegender Menschenrechte der nationalen Minderheiten, wie sie derzeit in Rumänien in den sozialen, ethnischen, kulturellen, wirtschaftlichen und religiösen Bereichen praktiziert wird, zu beenden und in Rumänien Verhältnisse zu schaffen, die allen Menschen ein Leben ohne Diskriminierung ermöglichen und niemanden zu dem Entschluß treiben, sein eigenes Land zu verlassen;
 - c) das Dekret vom 1. November 1982 abzuschaffen und die Ausreise von Personen, die ein entsprechendes Gesuch eingereicht haben, in Übereinstimmung mit den Abkommen und Verträgen zu genehmigen, die Rumänien abgeschlossen hat oder denen es beigetreten ist;
12. nimmt zur Kenntnis, daß der Vorsitzende, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden und der Berichterstatter des Ausschusses für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedsländern bereit sind, auf Einladung der rumänischen Behörden dieses Land zu besuchen, um die Entwicklung der Lage dort zu prüfen.

Montag, 1. Oktober 1984

Tagesordnungspunkt:

Konferenz über die Rolle Europas im Nord-Süd-Verhältnis

(Drucksache 5270)

Berichterstattung: Abg. Aarts und Dr. Holtz

(Themen: Erklärung von Lissabon über die Rolle Europas im Nord-Süd-Verhältnis.)

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, daß, wie schon gesagt wurde, auch Gäste hier sind, die nicht dem Parlament eines Mitgliedslandes des Europarates angehören. Sie kommen aus Australien. Ebenso freue ich mich, daß ich gerade eine ganze Reihe von lateinamerikanischen Kollegen gesehen habe. Dies beweist, daß wir dabei sind, ein wichtiges **parlamentarisches Forum für den Nord-Süd-Dialog** zu werden. Ich hoffe, daß wir solche Gespräche

miteinander fortsetzen können und daß es nach den Gesprächen dann auch zu den entsprechenden Handlungen in unseren nationalen Parlamenten, aber auch im Ministerkomitee des Europarates kommt.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem unbefriedigenden Zustand. In einigen Entwicklungsländern ist die Situation dramatisch schlecht. 15 Millionen Kinder — ja, Sie haben richtig gehört: 15 Millionen Kinder — sterben jährlich an Hunger und Krankheiten in Ländern der Dritten Welt. Die Nord-Süd-Beziehungen stecken in vielen Bereichen in einer Krise, was zu einem Teil auf den Egoismus des Westens, aber auch auf die Gleichgültigkeit des Ostens zurückzuführen ist. Die Rüstungsausgaben steigen weltweit.

In dieser Situation hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates eine bedeutende Initiative ergriffen, um die Nord-Süd-Beziehungen zu revitalisieren. 250 Parlamentarier haben der Lissabon-Erklärung zu Europas Rolle im Nord-Süd-Verhältnis zugestimmt, und zwar aus menschlicher und geschichtlicher Verantwortung, aus friedenspolitischen und wirtschaftlichen Gründen, aus Solidarität und wohlverstandenen Eigeninteresse. Die zwei wichtigen Schlüsselbegriffe dieser Lissabon-Erklärung sind „**Interdependenz**“ — also gegenseitige Abhängigkeit und Verflechtung — und „**globales Überleben**“. Diesem Konzept liegt die Erkenntnis zugrunde: Nirgendwo auf dieser Welt kann es einen Separatfrieden mit dem Wohlstand geben. Deshalb bitten Herr Aarts und ich im Namen des Wirtschafts- und Entwicklungsausschusses um Zustimmung zu den drei folgenden Empfehlungen, die Ihnen vorliegen:

Erstens. Das Ministerkomitee soll die Beratungen über Nord-Süd-Fragen fortsetzen und intensivieren — mit dem Ziel, die nationalen Entwicklungspolitiken besser zu koordinieren, soweit das geht und gleiches auch im multilateralen Bereich, so bei der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen anzustreben.

Liebe Freunde — auch aus Lateinamerika —, ich meine, daß ein konkreter Prüfstein dafür insbesondere die Zusammenarbeit mit Lateinamerika und Zentralamerika, aber auch die Zusammenarbeit zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer in Südafrika sein wird.

Zweitens. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates braucht die nötige Unterstützung für die Organisation einer öffentlichen Kampagne zum Thema „**Interdependenz und globales Überleben**“.

Dazu hat der Commonwealth-Generalsekretär Sir Ramphal in Lissabon angemerkt: Die reichen Länder anerkennen zwar das Konzept der Interdependenz, aber sie verwerfen die Implikationen, wenn es zum power sharing, zur Teilung der Macht kommt. — Ich glaube, wir sollten uns diesen Kritikschuh nicht einfach anziehen, sondern mit überlegen, wie es wirklich zu einer faireren Ausgestaltung der Nord-Süd-Beziehungen auch zum eigenen Vorteil kommen kann.

Drittens. Das Ministerkomitee soll aufgerufen werden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele — nicht jeden einzelnen Punkt — der Lissabon-Erklärung zu verwirklichen, und zwar auf nationaler und Europaratsebene.

Die Lissabon-Erklärung nennt ein wichtiges allgemeines Ziel. Dabei wendet sie sich nicht nur an uns selbst, sondern auch an die Verantwortung der Entwicklungsländer, die ihre Ärmel natürlich auch aufzukrempeln haben.

Dieses allgemeine Ziel lautet: Alle Menschen sollten frei von Hunger, Unterdrückung und Diskriminierung sein. Wir fügen dann hinzu, daß es eingedenk der wesentlichen Rolle, die Europa im Nord-Süd-Dialog zu spielen hat, auf einen neuen Anfang bei den Nord-Süd-Verhandlungen ankommt und daß sich unsere Staaten für ein konstruktives Nord-Süd-Verhältnis einsetzen sollen.

Ich möchte kurz etwas zum Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe, also zu derjenigen, die aus Steuergeldern finanziert wird, und dann zum Thema Reform der Nord-Süd-Beziehungen sagen.

Zunächst zur **öffentlichen Entwicklungshilfe**. Wir schlagen in der Lissabon-Erklärung vor, daß sich die öffentliche Entwicklungshilfe auf die Förderung einer eigenverantwortlichen, sich selbst tragenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Dritten Welt konzentrieren sollte. Nachdruck sollte auf Programme in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Ausbildung, Beschäftigung und ländliche Entwicklung gelegt werden. Es gilt mehr als bisher, die besondere, wichtige Rolle der Frauen im gesamten Entwicklungsprozeß zu erkennen und ressourcensparende Lebensweisen und Produktionsmethoden zu fördern.

Wir rufen unsere Regierungen und uns selbst, die nationalen Parlamentarier, auf, in unseren Parlamenten mit dafür zu sorgen, daß die Entwicklungshilfe nicht abgesenkt, sondern möglichst erhöht wird. Wir wünschen auch, daß die Mittel für Bevölkerungsprogramme und Familienplanung — ich füge hinzu: nicht zur Abtreibung — erhöht werden und der Umweltzerstörung und der Wüstenbildung in der Dritten Welt Einhalt geboten wird.

Eine große Bedeutung messen wir dem **Schutz des kulturellen Erbes** und der **Förderung der kulturellen Institutionen** in Entwicklungsländern bei und verweisen dabei auch auf die Rolle der europäischen Universitäten. Der Umfang der technischen Hilfe soll weiter gesteigert werden, weil die wichtigste Investition natürlich diejenige in den Menschen selbst ist und nicht etwa in Maschinen; letztere können nur Mittel zum Zweck sein, nämlich zu dem Zweck, das globale Überleben zu sichern.

Wenige Anmerkungen zur **Reform der Nord-Süd-Beziehungen**. Wir treten für eine Lösung des Schuldenproblems sowie für eine Ausweitung der Entwicklungsländerexporte und damit gegen den Protektionismus ein. Gerade auch Harry Aarts und ich, die wir aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft kommen, wissen was es bedeutet: Im Agrar-

bereich wird gegenüber den Entwicklungsländern einiges praktiziert, was für sie nicht von Vorteil ist. Darüber hinaus wird eine Exporterlösstabilisierung gefordert.

Wir sprechen dann kurz den Zusammenhang von Rüstung und Entwicklung an und fordern die europäischen Länder auf, Studien zu fördern, mit denen der Zusammenhang von Rüstungsausgaben und Weltwirtschaft näher untersucht wird und mit denen auch untersucht wird, wie durch eine ausgewogene beiderseitige Abrüstung Mittel frei gemacht werden können. Wir erwarten, daß der Europarat, daß wir also selber einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit Politikern aus anderen, außereuropäischen Industrieländern und insbesondere aus Ländern des Südens führen, was wir hiermit jetzt beginnen.

Ich will noch drei Dinge aufgreifen, die wir in unserem gemeinsamen Bericht kurz antippen und die auf Ergebnissen der Lissabon-Konferenz fußen:

1. Osteuropäische Länder sind aufgerufen, ihre Verantwortung für die Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen zu übernehmen.
2. In Lissabon wurde in der Arbeitsgruppe bezüglich der Bedeutung der weltwirtschaftlichen Erholung von mehreren Teilnehmern eine Parallele zwischen dem Marshallplan und der Entwicklungshilfe von heute gezogen.
3. Internationale Maßnahmen im Hinblick auf eine effektive ausgewogene Détente und Abrüstung müssen ergriffen werden.

Mir scheint, daß wir uns über das, was wir heute als Text bereits vorliegen haben, hinausgehend in der Tat bemühen müssen, eine dem **Marshallplan** ähnlich große Anstrengung der Industrieländer gegen **Hunger und Krankheit**, Ausbeutung und Naturzerstörung, Energie- und Rohstoffverschwendung, Unwissenheit und Arbeitslosigkeit in Gang zu setzen. Dabei kann es jedoch nicht darum gehen, die begünstigten Länder in das politische und wirtschaftliche System der Industriestaaten zu zwingen. Notwendig ist vielmehr eine globale Zusammenarbeit, die die kulturelle und soziale Identität und die politische und wirtschaftliche Selbstverantwortung der Entwicklungsländer respektiert.

Ein solches Programm, ein Zukunftsprogramm für die Länder der Dritten Welt, wie es auch von meiner Fraktion entwickelt wurde, muß sich dann noch stärker, als es bisher in der Lissabon-Erklärung deutlich wird, auf drei Felder konzentrieren:

1. Entschuldungsaktion für die Länder der Dritten Welt,
2. Förderung des Handels, gegen Protektionismus, Verbesserung der Austauschbeziehungen,
3. massive Hilfe zur Befriedigung der Grundbedürfnisse durch eine Entwicklung von unten.

Wir müssen dabei die **Länder des Ostblocks** dazu kriegen — vielleicht ist das konkret utopisch; aber ich möchte keine Landkarte sehen, auf der das

Land Utopia nicht verzeichnet ist, um den deutschen Philosophen Bloch zu zitieren —, daß sie stärker als bisher in den Nord-Süd-Ausgleich eingebunden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir ihnen vorlegen, ist weder ein christdemokratisches noch ein sozialdemokratisches hundertprozentiges Programm. Einiges wurde bewußt ausgeklammert, z. B. die Rolle von Befreiungsbewegungen. Anderes wurde nicht angesprochen, so die Bedeutung der Blockfreiheit für die außenpolitische eigenständige Entwicklung. Aber was wir hier haben — mit unserer Empfehlung, mit dem Bericht, mit der Lissabon-Erklärung —, ist so etwas wie ein europäisch-parlamentarischer Grundkonsens in Nord-Süd-Fragen. Auf diesen Grundkonsens kann man dann aufbauen und versuchen, dort auch noch mehr Fleisch dazuzugeben.

Wir haben uns vorgenommen, jedes Jahr im Europarat eine intensive Diskussion zu den Nord-Süd-Fragen zu führen und nach vier Jahren, also 1988, eine Evaluierung, eine Überprüfung, durchzuführen. Man muß dann sehen, was sich von dieser Erklärung, von unseren Vorschlägen als sinnvoll herausgestellt hat, was intensiviert werden sollte oder wo wir uns korrigieren müssen.

Die Behandlung hier kann eine wichtige parlamentarische Debatte werden und zugleich ein Anstoß zu einer bedeutenden Nord-Süd-Politik des gesamten Europarats und unserer Mitgliedsstaaten zugunsten der Länder der Dritten Welt, zugunsten unseres gemeinsamen Überlebens, sein.

Danke schön.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundespräsident meines Landes, Herr von Weizsäcker, hat am Wochenende die Kampagne für die **Woche der Welthungerhilfe** in meinem Lande mit einer Rundfunk- und Fernsehansprache eröffnet. Er hat unterstrichen, daß Hunger die Würde der Menschen verletzt. Ich bin der Meinung, liebe Freunde, daß der Hunger nicht nur die Würde der betroffenen Menschen verletzt, also derjenigen, die hungern, sondern auch die Würde derjenigen verletzt, die es zulassen, daß Menschen hungern. Auch deren Würde wird verletzt, weil sie nicht bereit sind, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Liebe Kollegen, wir kennen ja einige Zahlen. Wir wissen, daß 40 000 Kinder pro Tag verhungern. Wir wissen, daß es in einer Zeit, die sich so aufgeklärt gibt, in der so viel über Menschenrechte gesprochen wird, immer noch Sklaven in einzelnen Ländern gibt, wenn sie auch nicht mehr Sklaven im klassischen Sinn sind. Ein Beispiel aus Südasien: Dort werden mitunter Kinder in Zwangshaft genommen, weil ihre Väter, die kleine Bauern sind, die hohen Zinsen der Geldverleiher nicht zahlen können.

Wenn man das hört, dann scheint es sehr einfach zu sein, wenn man sagt: Die Reichen haben Geld zu geben, um den Armen zu helfen. Nur, meine Damen und Herren, ich glaube, so einfach ist das Ganze

nicht. Wir sollten gerade in Anwesenheit von Kollegen aus Übersee als Europäer durchaus stolz sagen, daß z. B. die Länder der Europäischen Gemeinschaft mehr Entwicklungshilfe geben als alle übrigen Industriestaaten dieser Welt, die USA, Japan und die Ostblockstaaten eingeschlossen. Bei letzteren kann von Entwicklungshilfe kaum die Rede sein, weil sie sich im wesentlichen auf den militärischen Bereich beschränkt.

Ich glaube, es ist nicht allein die Frage der Weggabe von Geld der Reichen an die Armen, sondern es ist auch ein großes Problem der Verwendung dieser Gelder in den betroffenen Ländern. Ich glaube, ein großer Fehler der Entwicklungshilfe ist, daß viel zu viel in Großprojekte gesteckt wird. Ich möchte ein deutsches Sprichwort umdrehen: Es ist besser zu klettern als zu klotzen. Es gibt einen Bericht der Weltbank, der feststellt, daß überall in der Dritten Welt eine Ausbeutung des flachen Landes zugunsten der Metropolen stattfindet. Das ist richtig. Wir haben in den Entwicklungsländern die **Landflucht**. Ich glaube, das Entscheidende zur Bekämpfung des Hungers in den Entwicklungsländern müßte und würde sein, die **kleine Landwirtschaft zu fördern**, wegzukommen von den sogenannten cash crops der großen Plantagenwirtschaft, die in erster Linie den Regierungen zur Besorgung von Devisen dient, nicht aber der Ernährung der Bevölkerung. Das, was wir gelegentlich an Getreide über die Welthungerhilfe an solche Länder spenden, trägt mit dazu bei, daß sich die Ernährungsgewohnheiten ändern und die ursprünglichen Nahrungsmittel überhaupt nicht mehr angebaut und gepflegt werden.

Ich glaube, hier sollte man an ein chinesisches Sprichwort erinnern — Sie kennen es sicher alle —, das besagt, man solle dem Hungernden nicht einen Fisch geben, sondern ihn lehren zu fischen. So ähnlich ist es mit Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt. Ich bin der Meinung, daß die Förderung der kleinen bäuerlichen Landwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt auch unter ökologischen Gesichtspunkten von ganz großer Bedeutung ist. Wir wissen alle, welcher Mißbrauch heute in der modernen Agrarchemie, die dann ja gar nicht zur Verfügung steht, getrieben werden kann.

Lassen Sie mich einen letzten Gedanken aufgreifen, der mir wichtig erscheint, das Problem der **Erziehung**. Ich sage das als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Erziehung hier in dieser Versammlung. Wir wissen, daß die Zahl der Analphabeten in der Welt zunimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist in dieser aufgeklärten Gesellschaft, die heute das Satellitenfernsehen, den Rundfunk und alle möglichen technischen Erfindungen zur Verfügung hat, eine Schande für die gesamte Menschheit. Ohne Erziehung, ohne den Menschen dort in den Ländern bestimmte Grundbegriffe, auch zur Verwirklichung ihrer eigenen Kultur, beizubringen, wird es nicht möglich sein, die Probleme der Dritten Welt, die Probleme des Hungers in den Griff zu bekommen.

Lassen Sie mich zur Erziehung einen zweiten Punkt anmerken. Genauso wie ich vorhin sagte,

nicht nur die Würde derer, die hungern, werde verletzt, sondern auch derer, die den Hunger zulassen, sage ich jetzt: Wir in unseren Ländern müssen uns dazu erziehen, mit den Ressourcen sparsam umzugehen und die Verschwendungswirtschaft in unseren Ländern zu bekämpfen. Denn wir wissen, daß es in der Welt Not gibt. Wir müssen auch dazu beitragen, unseren Mitbürgern in unseren Ländern die Problematik der Dritten Welt klarzumachen. Wir müssen ihnen sagen, daß es mit einer einmaligen Spende oder der Erinnerung an hungernde Kinder in irgendeinem afrikanischen Staat nicht getan ist, sondern daß es darauf ankommt, das eigentliche Problem in dieser Welt bewußtzumachen. Diese Welt ist ja eine Einheit. Sie wächst auch immer mehr zu einer Einheit zusammen. Das 19. Jahrhundert ist vorbei. Wir leben kurz vor dem Jahre 2000. Wir leben in einer Welt. Wir sind in dem Raumschiff Erde, wie das einmal jemand formuliert hat. Wir können aus diesem Raumschiff nicht aussteigen.

Deshalb begrüße ich besonders, was in dem Empfehlungsentwurf im letzten Abschnitt enthalten ist, daß in den Ländern des Europarats eine Kampagne gemacht werden sollte, um über diese Probleme aufzuklären. Ich hoffe, daß diese Debatte ein Beitrag und ein Auftakt für eine solche Kampagne sein kann.

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will in fünf Minuten fünf kurze Bemerkungen machen.

Erstens. Auch ich möchte allen danken, die dieser Debatte folgen und aktiv an ihr teilgenommen haben, aber auch jenen, die uns mahnen, diese Arbeit und die Empfehlung nicht zum „lettre morte“, nicht zum toten Buchstaben verdorren zu lassen, sondern die Empfehlung als Ausgangspunkt für unsere weitere Arbeit zu betrachten. Ich bin sicher, daß Sir John Osborn mit seiner souveränen und auch inspirierenden Leitung des Unterausschusses weiterhin dazu beitragen wird, daß wir diese Arbeit sowohl für den Europarat als auch für die in der Dritten Welt betroffenen Menschen erfolgreich fortsetzen können.

Die verschiedenen Ausschüsse haben bereits wichtige Beiträge geleistet. Wir haben uns sehr gefreut, zu hören, daß das Migrationskomitee eine umfassende Studie zum Problem der Weltbevölkerung in Angriff nehmen wird. Ich hoffe, auch der Kommunalausschuß wird dazu beitragen, daß über die verschiedenen Gemeinden in den Europaratsstaaten mit überlegt wird, wie man diese **öffentliche Kampagne über Nord-Süd-Interdependenz** an der Basis vorantreiben kann.

Zweitens. Diese öffentliche Kampagne, so sagte ein Kollege, ist in den Zeiten der Rezession schwierig zu führen. Ich will dazu nur einige kurze Bemerkungen machen.

Wenn wir erkennen und es uns gelingt, den Arbeitnehmern in unseren Ländern klarzumachen, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt auch im eigenen Inter-

esse liegt, dann wird es nicht mehr so schwer sein, die Bevölkerung von der Nord-Süd-Interdependenz und einem gerechten Nord-Süd-Ausgleich zu überzeugen. Außerdem ist **Entwicklung heute der andere Name für Frieden** in der Welt geworden. Damit ist eine zusätzliche Dimension der Friedenspolitik eröffnet. Jeder, der vom ökologischen Gleichgewicht, von Umweltschutz spricht, muß wissen, daß das nicht nur für die Bundesrepublik, für Frankreich oder für die Europastaaten gelten kann, sondern daß man Umweltschutz weltweit betreiben muß. Wenn die Wüsten weiter voranschreiten, wenn die grüne Lunge des Amazonas abgeholzt wird, dann hat das Auswirkungen auch auf uns.

Meine dritte Bemerkung mache ich bezüglich der **Ostblockstaaten**. Wir verweisen in unserem Dokument darauf, daß die Ostblockstaaten mehr zu leisten haben, als es bislang geschieht. Ich möchte aber die Kollegen, die sich mehrfach darauf beziehen haben, daß die Ostblockstaaten nur Waffen liefern, daran erinnern, daß wir, zumindest wenn wir den ernsthaften Dialog mit dem Ostblock suchen, auch die Fakten zur Kenntnis nehmen müssen. Die Fakten lauten nach der Definition der westlichen Staaten in der OECD, daß die **Sowjetunion** 1982 2 Mrd. US-Dollar an Entwicklungshilfe — nicht an Waffenlieferungen, die kommen noch dazu — geleistet hat. Das ist immerhin so viel, wie Großbritannien gegeben hat oder wie alle skandinavischen Staaten an öffentlicher Entwicklungshilfe geben. Wir sollten aber, wie ich meine, ein solches potentes Land wie die Sowjetunion in der Tat dazu ermuntern, weniger Waffen zu liefern — in dieser Hinsicht haben wir uns übrigens auch an die eigene Brust zu schlagen; dies gilt nämlich auch für die westlichen Industrieländer —, und sollten somit dazu beitragen, daß die Berge von Rüstung abgetragen werden, damit auch die Berge des Elends abgebaut werden können.

Meine vierte Bemerkung bezieht sich auf **bilaterale und multilaterale Hilfe**. Ein britischer Kollege hat darauf hingewiesen, daß bilaterale Hilfe viel besser und effizienter sei als die multilaterale Hilfe, die ineffizient, ja sogar korrupt sei. Ich weiß, wie schwierig es ist, den multilateralen Organisationen — auch den UN-Hilfswerken — gerecht zu werden und daß Kritik in vielerlei Hinsicht angebracht ist. In diesem Sinne hat sich der Deutsche Bundestag etwa gegenüber der Welternährungsorganisation — FAO — geäußert. Ich weiß aber auch, daß das UN-Kinderhilfswerk UNICEF wirklich keine korrupte internationale Organisation ist. Das Kinderhilfswerk bemüht sich vielmehr wirklich um eine hervorragende Arbeit zugunsten der Kinder insbesondere in der Dritten Welt.

So wie es Argumente gegen die multilaterale Hilfe und für die bilaterale Hilfe gibt, so gibt es natürlich auch Argumente für die multilaterale und gegen die bilaterale Hilfe. Für die multilaterale Hilfe spricht, daß man Verwaltungsaufwand bei uns sparen kann. Wenn man etwa erfahrenen Institutionen wie dem UN-Entwicklungsprogramm — von einem ehemaligen amerikanischen Parlamentarier, nämlich Bradford Morse, geleitet — Geld gibt, muß man nicht

eigene Verwaltungsstrukturen bei uns aufbauen. Wenn es um das sensible Gebiet der Bevölkerungsplanung, der Familienplanung, geht, ist es manchmal sehr schwer, wenn man nur von der bundesdeutschen Seite aus agiert. Hat man aber eine erfahrene Institution wie den UN-Bevölkerungsfonds, so ist es, wie ich glaube, sinnvoller, die Entwicklungshilfe über diesen zu leisten.

Bei der bilateralen Hilfe besteht die Gefahr, daß man zu sehr nationale, egoistische, kurzfristige Eigeninteressen verfolgt und dem Entwicklungsland auch zu sehr seinen eigenen Willen aufzwingt. Manche Entwicklungsländer freuen sich, wenn sie ihre Verhandlungen mit einer multilateralen Institution führen können. Sie wissen dann, daß nicht nur ein bestimmtes Land seinen Willen durchsetzen will. Von daher die Referenz in unserem Papier im Hinblick auf die multilaterale Hilfe bei einigen UN-Programmen — aus der Einsicht, daß wir Entwicklungspolitik wirklich nicht paternalistisch oder neokolonialistisch, sondern in partnerschaftlichem Sinne betreiben wollen.

Eine fünfte und letzte Bemerkung. Wir sind dabei, einen **parlamentarischen Grundkonsens** im Nord-Süd-Bereich zu entwickeln. Ich gehöre dieser Parlamentarischen Versammlung jetzt seit über elf Jahren an. Ich meine, daß für uns im Rahmen der Nord-Süd-Diskussion in dieser Parlamentarischen Versammlung jetzt die wichtigste Etappe darin besteht, daß wir der vorliegenden Empfehlung mit der Lissabon-Erklärung im Annex und mit dem Bericht, den wir beide vorgelegt haben, zustimmen. Bitte unterstützen Sie dieses Dokument, damit die Arbeit weitergehen kann. — Danke.

Empfehlung 992 (1984)

betr. die Konferenz „Nord-Süd-Verhältnis: Europas Rolle“

Die Versammlung

1. wiederholt ihre Besorgnis über die andauernden Probleme der Armut, des Hungers und der Unterentwicklung, mit denen viele Entwicklungsländer konfrontiert werden, und betont die Notwendigkeit, daß die Mitgliedstaaten des Europarates — zusammen mit anderen entwickelten Nationen — eine größere Verantwortung bei der Förderung einer nachhaltigen und eigenverantwortlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern und eines internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems, das besser auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist, übernehmen;
2. ist sich der Bedeutung der Erziehung und der Erweiterung der Fachkenntnisse des Menschen bei jeder Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklung bewußt;
3. ist sich der kulturellen Auswirkungen eines raschen wirtschaftlichen und sozialen Wandels und der Bedeutung bewußt, die ein offener und gleichwertiger Austausch auf kultureller und intellektueller Ebene sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die entwickelten Länder hat;
4. nimmt Bezug auf die Ergebnisse der Konferenz „Nord-Süd-Verhältnis: Europas Rolle“, die vom 9. bis 11. April 1984 in Lissabon stattgefunden hat, und insbesondere auf die Erklärung, die von den an der Konferenz teilnehmenden Parlamentariern aus den Mitgliedstaaten des Europarates angenommen worden ist und deren Wortlaut im Anhang zu dieser Empfehlung wiedergegeben ist;
5. betont die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der Politiken der Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen der Mitgliedstaaten des Europarates und der Europäischen Gemeinschaft, die zusammen einen erheblichen Einfluß auf die äußeren wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen der Entwicklungsländer haben;
6. begrüßt in diesem Zusammenhang die im April 1983 im Ministerkomitee erzielte Einigung, die Diskussion über Nord-Süd-Probleme fortzusetzen, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß dies zu den notwendigen Initiativen und Maßnahmen führen wird, um die derzeitige Stagnation im Nord-Süd-Dialog zu überwinden;
7. stellt mit Genugtuung fest, daß die Konferenz in Lissabon zum ersten Mal Regierungs- und Parlamentsmitgliedern aus den Mitgliedstaaten des Europarates eine Gelegenheit bot, die Rolle Europas in den Nord-Süd-Beziehungen im Lichte der Ansichten von führenden Persönlichkeiten aus den Entwicklungsländern und den zuständigen internationalen Organisationen zu erörtern;
8. sieht es als äußerst wichtig an, daß konkrete Folgemaßnahmen zu der Konferenz ergriffen werden, um die Ziele der Lissaboner Erklärung zu verwirklichen;
9. begrüßt die Schlußfolgerungen der im August 1984 in Mexiko veranstalteten Internationalen Bevölkerungskonferenz, die die Zielsetzung der Lissaboner Erklärung widerspiegeln und erweitern;
10. bekräftigt, daß der Europarat, zu dessen wichtigsten Zielen der Schutz der Menschenwürde gehört, weder die immer größer werdende Kluft zwischen reichen und armen Ländern noch den andauernden Hunger in der Welt hinnehmen kann;
11. empfiehlt dem Ministerkomitee:
 - i. die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Ziele der Lissaboner Erklärung, sowohl im Rahmen des Europarates als auch durch Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu verwirklichen;
 - ii. seine Diskussionen über die Nord-Süd-Beziehungen fortzusetzen und zu intensivieren mit Blick auf eine bessere Koordinierung

der bilateralen Politiken seiner Mitgliedstaaten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie der multilateralen Hilfe im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen;

- iii. die Versammlung bei der Organisation einer Kampagne in der europäischen Öffentlichkeit über die Nord-Süd-Interdependenz und das globale Überleben in der erforderlichen Weise zu stärken und zu unterstützen und zu diesem Zweck eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft einzuleiten.

Anhang

Die Lissabonner Erklärung zum Nord-Süd-Verhältnis: Europas Rolle

Präambel

1. Wir sind in der Überzeugung zusammengekommen, daß alle Menschen — durch Geburt und Arbeit — das Recht haben, auf einem das Leben ermöglichenden Planeten zu wohnen und an den Schätzen des Bodens und den Reichtümern des Meeres teilzuhaben, daß alle Menschen frei von Hunger, Unterdrückung und Diskriminierung und alle Kinder in der Lage sein sollten, zu gegebener Zeit ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.
2. Wir sind in der Überzeugung zusammengekommen, daß alle Regierungen — die der Entwicklungsländer ebenso wie die der Industrieländer — eine gemeinsame Verantwortung tragen und ihren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten müssen. Eine kreative Zusammenarbeit, welche die Rechtsstaatlichkeit, die Traditionen und die Möglichkeiten eines jeden achtet, muß auf die Stärkung einer Weltwirtschaft abzielen, die auf den gemeinsamen Interessen aller Völker und nicht auf egoistischen Eigeninteressen beruht, und die Länder der Dritten Welt in die Lage versetzen, ihre eigene Entwicklung zu fördern.
3. Europa kommt — zusammen mit anderen einkommensstarken Nationen — eine entscheidende Rolle bei der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu, denen sich die Menschheit gegenüber sieht. Dies ist in Europas Vergangenheit, in der führenden Rolle europäischer Nationen bei der Schaffung der heutigen internationalen Institutionen und in der traditionellen europäischen Führungsrolle bei der Entwicklung von Demokratie, Recht und den Menschenrechten begründet. Hinzu kommen die wirtschaftliche Stärke Europas, die derjenigen der Supermächte ebenbürtig ist, sowie seine engen Beziehungen zu den Nationen des Südens.
4. In den vergangenen Jahren ist das Bewußtsein dafür gewachsen, daß das Schicksal Europas und anderer Industrieländer mit dem Wohl und Wehe der Dritten Welt verbunden ist. Ein besseres Nord-Süd-Verhältnis und ein expandierender Weltmarkt werden das wirtschaftliche Wachstum und den Rückgang der Arbeitslosigkeit in Europa beschleunigen. Die Solidarität des internationalen Finanzsystems, in dem Europa eine bedeutende Rolle spielt, ist eng verknüpft mit den Schuldenproblemen der Entwicklungsländer. Im internationalen Handel, beim Umweltschutz, bei der Energieversorgung, durch weltweite Nachrichtenverbindungen und transnationale Unternehmen bekommt jede europäische Nation ständig die Auswirkung von Ereignissen im Süden zu spüren.
5. Die Gefahren einer Weltwirtschaftskrise traten in jüngster Zeit deutlich in Erscheinung; sie sind weiterhin gegeben, auch wenn nun wieder ein Produktionswachstum zu verzeichnen ist. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch. Die Rohstoffpreise haben sich erholt, allerdings nur teilweise. Die Außenverschuldung ist weiterhin ein ernstes Problem. Die Zinssätze sind immer noch zu hoch. Die Gesamternährungslage hat sich verbessert, aber in bestimmten Regionen herrscht Hungersnot. Wir sollten uns verstärkt um eine internationale Lösung dieser Probleme bemühen unter Vermeidung der für jedes Land bestehenden Versuchung, sich selbst zu schützen und dabei die Folgen für andere außer acht zu lassen. Wir dürfen unser Blickfeld nicht gerade dann einengen, wenn eine globale Sicht verlangt ist.
6. Wir rufen daher zu einem Neubeginn im Nord-Süd-Dialaog auf. Wir sind der Auffassung, daß der derzeitige Stillstand bei den globalen Verhandlungen ohne eine konzertierte europäische Anstrengung nicht überwunden werden wird und daß es unsere Pflicht ist, keine Mühe zu scheuen, um ein wirklich globales Vorgehen und ein konstruktives Nord-Süd-Verhältnis zu entwickeln.

Vorschläge

7. Die internationale Hilfe sollte sich auf die Förderung einer selbstbestimmten, sich selbst tragenden sozialen und ökonomischen Entwicklung konzentrieren. Sie sollte daher Nachdruck auf Programme legen, welche Gesundheit, Bildung und Ausbildung auf jeder Ebene fördern, Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und die ländliche Entwicklung stärken. Die wichtige Rolle der Frauen im gesamten Entwicklungsprozeß sollte ausdrücklich anerkannt und vorrangig gefördert werden. Ressourcensparende Lebensweisen und Produktionsmethoden sollten gefördert werden.
8. Zur Verminderung von Hunger und Unterernährung, wovon derzeit ungefähr ein Achtel der Menschheit betroffen ist, ist es notwendig, sowohl unmittelbare Hungerkatastrophen vermeiden zu helfen als auch langfristig die Nah-

rungsmittelerzeugung in den Entwicklungsländern zu erhöhen.

Die Landwirtschaft sollte in stärkerem Maße, als dies derzeit der Fall ist, als die wichtigste Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen werden. Die Regierungen der Entwicklungsländer sollten zu strukturellen Maßnahmen ermutigt werden, welche die inländische Nahrungsmittelproduktion stimulieren und so die Abhängigkeit von Nahrungsmiteleinfuhren verringern. Echte Agrar-Reformen sollten durchgeführt werden, die der besonders wichtigen Rolle kleiner landwirtschaftlicher Erzeuger — Männer wie Frauen — Rechnung tragen. Parallel dazu sollten Investitionen im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensmittel- und Wasserhygiene, die ländliche Infrastruktur (unter anderem zur Verringerung von Nachernteverlusten), die Wiederaufforstung und die Berufsbildung in der Landwirtschaft, die Aquakultur und das Fischereiwesen erfolgen. Industrie- und Entwicklungsländer sollten zusammen für eine vorsichtigeren Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und anderen gefährlichen Produkten Sorge tragen und ihr Bestes tun, um eine weitere Verengung der genetischen Grundlage von Getreide und Pflanzen im allgemeinen zu vermeiden.

Zu diesem Zweck sollten die europäischen Staaten ihre Beiträge an multilaterale Organisationen wie die FAO, den Internationalen Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), das Welternährungsprogramm (WEP) und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) substantiell erhöhen oder alternativ die bilaterale Hilfe verstärken. Sie sollten sich nach Kräften bemühen, spätestens 1990 das international akzeptierte Ziel, 0,7% des Bruttosozialprodukts für die öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, zu erreichen. Ein Teilziel von 0,15% des Bruttosozialprodukts als Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder wurde von der Sonderkonferenz in Paris 1981 angenommen; es soll bis 1985 verwirklicht werden.

Unterdessen sollten die europäischen Länder als Teil eines integrierten Programms ihre Notstandshilfe im Rahmen des Welternährungsprogramms und anderer Maßnahmen drastisch erhöhen. Dies ist notwendig, um der katastrophalen Lage in verschiedenen Gebieten der Dritten Welt, insbesondere in Afrika, zu begegnen, eine Lage, die durch Dürre, innere Unruhen und Konflikte noch verschärft wird. Ziel der Notstandshilfe ist die Rettung von Millionen von Menschen in vielen Entwicklungsländern, wo die Sterberate am höchsten ist.

9. Schnelles Bevölkerungswachstum ist ein schweres Hindernis für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Entwicklungsländern; es führt zu einer immer stärkeren Beanspruchung der Ressourcen der Welt. Das Bevölkerungswachstum als solches erfordert ein konzertiertes internationales Vorgehen im

Rahmen des Weltaktionsplans für Bevölkerungsfragen. Die europäischen Länder sollten ihre multilaterale und bilaterale Hilfe für Bevölkerungsprogramme, insbesondere für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen erhöhen. Sie sollten sich auf Schwerpunktbereiche und vorrangige politische Maßnahmen konzentrieren, die gemeinsam mit den Entwicklungsländern und den einschlägigen Organisationen festgelegt werden und sich unmittelbar auf die demographischen Variablen auswirken. Dabei sollten sie besonderen Nachdruck legen auf:

- i. die Einhaltung der Menschenrechte;
- ii. das Recht von Ehepaaren und Einzelpersonen, die Zahl ihrer Kinder und den Altersabstand zwischen ihren Kindern frei und verantwortungsbewußt zu bestimmen;
- iii. Gesundheitseinrichtungen, darunter auch Familienplanungsstellen;
- iv. den Umweltschutz.

Der Europarat und seine Mitglieder sollten die Zusammenarbeit zwischen den demographischen und ähnlichen Institutionen — insbesondere in Europa — fördern und erleichtern, um den Informationsaustausch zu verbessern und die Schulung von Fachkräften für die Entwicklung, Durchführung und Bewertung von Bevölkerungsprogrammen zu unterstützen.

10. Das zweite Lomé-Abkommen, das im März 1985 ausläuft, sollte von einem neuen verbesserten Abkommen abgelöst werden, das auch Angola und Mosambik umfaßt. Das neue Abkommen sollte die in Lomé II enthaltenen progressiven Elemente konsolidieren: dazu gehören STABEX, die regionale Zusammenarbeit und vorrangige Hilfe für die weniger entwickelten Länder. Es sollte sich unmittelbar auf die Förderung einer sich selbst tragenden, eigenverantwortlichen Entwicklung der AKP-Staaten konzentrieren und dabei den Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Hunger und Unterernährung legen.

Die Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaft sollte — von Notfällen abgesehen — immer mehr in die entsprechenden allgemeinen Entwicklungsanstrengungen eingegliedert werden und nicht Selbstzweck sein.

11. Der Europarat und seine Mitglieder sollten der Stärkung der Fähigkeiten der Entwicklungsländer auf den Gebieten der Ausbildung sowie der technischen und wissenschaftlichen Forschung verstärkt Vorrang einräumen und sie dadurch in die Lage versetzen, die für ihre Entwicklung am besten geeigneten Technologien zu beherrschen.

Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- eine konzertierte europäische Unterstützung für das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienst der Entwicklung (UNFSSTD);

- eine Einigung über universelle Regeln und Normen für den Technologietransfer durch die rasche Fertigstellung des vorgeschlagenen internationalen Verhaltenskodexes der Vereinten Nationen;
 - die Förderung und, wo notwendig, die Gründung örtlicher wissenschaftlicher Vereinigungen und Berufsverbände;
 - den Einsatz hochentwickelter Technologie, insbesondere im Energiebereich und im Weltraum (für die Beobachtung der Erde, Bewirtschaftung der Naturschätze, Nachrichtenmittel und Rundfunk in ländlichen Gebieten);
 - mit den Entwicklungsländern gemeinsame Planung von Projekten wie eine internationale Organisation für Erderkundungssatelliten zur Sicherung des weltweiten Zugangs zu Erd-Fernerkundungsdaten, die durch Satelliten gewonnen werden.
12. Die Europäischen Länder sollten den regionalen und nationalen Programmen in der Dritten Welt zur Bekämpfung der Umweltschädigung und zur Förderung einer sparsameren Nutzung der Naturschätze Priorität geben. Insbesondere muß die Wüstenbildung aufgehalten werden, die vor allem in Afrika südlich der Sahara alarmierende Ausmaße angenommen hat. Unterstützt werden sollten die Programme zur Förderung einer besseren Nutzung des Bodens und anderer Ressourcen; dazu gehören eine bessere Bewirtschaftung von Weideland und Aufforstungsprogramme. Größere Hilfe wird auch für die Förderung des Einsatzes alternativer Energiequellen benötigt, um die Abhängigkeit von Brennholz zu vermindern und den Ölverbrauch zu drosseln.
13. Der Europarat ist sich der kulturellen Auswirkungen eines schnellen sozialen und wirtschaftlichen Wandels voll bewußt. Er hält es daher für überaus wichtig, daß dem kulturellen Aspekt in der gesamten Entwicklungszusammenarbeit Rechnung getragen wird. Es liegt ihm daher besonders am Schutz des künstlerischen Erbes und der Förderung der kulturellen Einrichtungen in den Entwicklungsländern.
14. Die Weltbank sollte einen größeren Finanzrahmen für Entwicklungsprojekte haben, um mit der Ausweitung des Bedarfs und der Möglichkeiten in der Dritten Welt Schritt halten zu können. Zu diesem Zweck sollten die europäischen Staaten durch eine substantielle Kapitalerhöhung eine verstärkte Darlehenskapazität der Weltbank unterstützen. Dies würde die Weltbank auch in die Lage versetzen, ihre Kreditaufnahme auf den internationalen Kapitalmärkten zu erhöhen, wodurch der Großteil der von ihr vergebenen Darlehen finanziert wird. Die Bank sollte auch zu einer stärkeren gemeinsamen Finanzierung mit privaten Bankinstituten ermutigt werden. Die europäischen Staaten sollten sich weiterhin für die Schaffung einer Energiefazilität bei der Weltbank einsetzen.
- Die europäischen Länder sollten gemeinsam darauf hinwirken, daß die Vereinigten Staaten ihre Entscheidung, ihren Beitrag zur siebten IDA-Aufstockung auf 750 Millionen Dollar zu begrenzen (entsprechend einem Gesamtvolumen von 9 Milliarden Dollar für drei Jahre), rückgängig machen, und sich auf jeden Fall gemeinsam um ein Gesamtaufstockungsvolumen von 12 Milliarden Dollar für IDA bemühen.
- Den regionalen Entwicklungsbanken kommt eine wichtige Rolle zu, und die europäischen Länder sollten diese Institutionen auch weiterhin und, soweit möglich, in verstärktem Maße unterstützen.
15. Die technische Hilfe ist ein oft vernachlässigter, aber entscheidender Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit. Bildung und die Erweiterung der menschlichen Fähigkeiten sind für eine wirksame Nutzung des investierten Kapitals und für Selbstständigkeit unerlässlich. Den Entwicklungsländern muß der Zugang zu objektiven und unbeeinflussten Quellen technischer Hilfe gewährleistet werden, die auf ihre besonderen Bedürfnisse ausgerichtet sind. Dementsprechend muß die integrierende Rolle des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen — das zentrale Organ des Systems der Vereinten Nationen für die technische Zusammenarbeit — durch verstärkte Bemühungen zur Erreichung des UNDP-Ziels von 6,5 Milliarden US-Dollar für 1982 bis 1986 gefördert und gleichzeitig die Kontinuität und Zuverlässigkeit der Mittelbereitstellung durch die Mitgliedsregierungen gewährleistet werden.
- Die europäischen Universitäten mit ihrem vielfältigen kulturellen Reichtum und ihrer Eigenständigkeit sollten in der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Entwicklungsländern eine wichtige Rolle spielen. Eine solche Zusammenarbeit ist für die Entwicklungsländer von großer Bedeutung, da sie ihre Kenntnisse erweitert und ihre Abhängigkeit von importierten Technologien verringert.
- Die europäischen Regierungen können auch dadurch einen nützlichen Beitrag leisten, daß sie ihrer nationalen Industrie einen Anreiz für den Transfer von Technologie bieten und Gemeinschaftsunternehmen und eine exportorientierte Produktion in den Entwicklungsländern unterstützen. Die Regierungen der Entwicklungsländer sollten ihrerseits keine Gesetze erlassen, die auf solche Investitionen eine abschreckende Wirkung haben.
16. Ein ernstes und ständiges Anliegen sollte die Linderung der Schuldenprobleme sein, die viele Entwicklungsländer belasten. Ihre Fähigkeit, die derzeitige Schuldenlast zu tragen, hängt im wesentlichen von einer Verbesserung ihrer „terms of trade“, der Ausweitung ihrer Exporte in die Industrieländer und von niedrigeren Zinssätzen auf dem Weltmarkt ab.
- Die europäischen Regierungen sollten sich um eine Stärkung der Rolle der Sonderziehungsrechte als einer echten internationalen Reserve

bemühen und auf eine regelmäßige Zuteilung von Sonderziehungsrechten unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der ärmsten Entwicklungsländer hinwirken. Die Rolle des IWF als der zentralen Währungsinstitution sollte gestärkt werden. Um wirkungsvoller operieren zu können, muß der Fonds über erhöhte Mittel verfügen und seine Funktion als politischer Ratgeber der Regierungen der Entwicklungsländer in flexibler, differenzierter und verständnisvoller Weise erfüllen. Der Fonds sollte auch eine aktivere antizyklische Rolle spielen, indem er das Volumen und die Bedingungen seiner Hilfe der Entwicklung der Weltwirtschaft anpaßt und damit dem Produktionswachstum und der Beschäftigung wie auch der Bekämpfung der Inflation und Zahlungsbilanzdefizite größeres Gewicht beimißt.

Mit dem Ziel einer dauerhaften und umfassenden Behebung der derzeitigen Schwächen des internationalen Finanzsystems sollten sich die europäischen Staaten für eine Weltkonferenz zur Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems einsetzen. Eine solche Konferenz bedürfte jedoch der sorgfältigen Vorbereitung; Vorschläge dafür könnten am zweckmäßigsten von einer Sonderarbeitsgruppe hochrangiger Experten des Nordens und des Südens erarbeitet werden.

17. In der Erkenntnis, daß die Erlöse aus dem Handel für die Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung sind, sollten die europäischen Staaten a. protektionistischem Druck widerstehen, b. protektionistische Maßnahmen abbauen, die den Entwicklungsländern eine zusätzliche Last aufbürden, c. sich bei der Gestaltung ihrer Außenhandelspolitik an die Grundsätze des multilateralen Handels, der Nichtdiskriminierung und Transparenz halten und d. die Vorzugsbehandlung der Entwicklungsländer, insbesondere der ärmsten unter ihnen, verstärken.

Die Erlöse aus Rohstoffexporten sollten stabilisiert und erhöht werden, und zwar durch eine konstruktive Haltung bei den Verhandlungen über internationale Rohstoffübereinkommen, durch die Förderung einer schnellen Verwirklichung des integrierten Programms und des gemeinsamen Rohstoff-Fonds der UNCTAD und durch die Stärkung internationaler Mechanismen wie der Ausgleichsfinanzierungsfazilität des IWF sowie des STABEX-Programms der Europäischen Gemeinschaft.

18. Die europäischen Länder sollten eine handlungsorientierte und positive Einstellung zu den globalen Wirtschaftsverhandlungen annehmen und anerkennen, daß die Entwicklungsländer eine wichtige und wachsende Rolle im internationalen Wirtschaftsgeschehen spielen. Wenn im Nord-Süd-Verhältnis eine dauerhafte Verbesserung erzielt werden soll, ist in diesem Zusammenhang folgendes von grundlegender Bedeutung:

- i. Die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen, wie die OECD und die Europäische Gemeinschaft müssen enger zusammenarbeiten und ihre Tätigkeit besser koordinieren.
 - ii. Damit die Verhandlungen so erfolgreich wie möglich sind, sollte denjenigen Themen und Problemen Vorrang gegeben werden, die reif für eine Lösung sind. Die europäischen Staaten sollten den Vorschlag unterstützen, die Verhandlungen in zwei Phasen zu führen, ein Vorschlag, der 1983 auf dem Gipfeltreffen in Neu-Delhi und auf der Ministertagung der Gruppe der 77 in Buenos Aires gemacht und von der informellen Nord-Süd-Sondierungsgruppe im Februar 1984 in Umrissen dargelegt wurde. Die europäischen Länder sollten zu detaillierten Verhandlungen und zur Durchführung bereit sein, auch wenn ein vollständiger globaler Konsens nicht gegeben ist.
 - iii. Regierungschefs in Nord und Süd sollten zu geeigneten Zeitpunkten zu informellen Treffen im kleinen Kreis zusammenkommen, um konkrete Fragen zu erörtern und somit in den Verhandlungsprozeß Schwung und politischen Willen einzuführen.
 - iv. Die Koordinierung neuer Verhandlungen sollte von den Vereinten Nationen vorgenommen werden, die zu diesem Zweck ein repräsentatives und leistungsfähiges Gremium einsetzen könnten, in dem auch die Leitung der Bretton-Woods-Institutionen vertreten ist.
 - v. Die europäischen Länder sollten die Leistungsfähigkeit der Weltwirtschaft stärken, indem sie in Wirtschaftsfragen eine unabhängige Position einnehmen und ihre Politik systematischer untereinander abstimmen, unter gebührender Beachtung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen von Entwicklungsländern. Sie sollten auch eine verstärkte Zusammenarbeit der Entwicklungsländer fördern.
19. Die wachsenden Militärausgaben verschlingen viele Mittel, die in den Industriestaaten wie auch in der Dritten Welt konstruktiv verwendet werden könnten. Die europäischen Länder sollten sich für eine effektive und ausgewogene weltweite Entspannung im Interesse des Friedens und mit dem Ziel einer allgemeinen und nachprüfaren Verringerung der Rüstungsausgaben einsetzen.

Die Länder Europas sollten die Ausarbeitung umfassender Studien über den Zusammenhang zwischen dem Rüstungswettlauf und den Hemmnissen der Entwicklung der Weltwirtschaft nachdrücklich fördern und die konkreten Mittel und Wege zur Verwendung der Mittel für andere Zwecke prüfen.

20. Kein Wandel kann ohne politische Maßnahmen gefördert werden, Europa muß eine zentrale Rolle bei der internationalen Zusammenarbeit übernehmen und die obengenannten politischen Ziele fördern. In diesem Zusammenhang nehmen wir die von dem Ministerkomitee erzielte Einigung zur Kenntnis, seine Beratungen über Nord-Süd-Fragen im Rahmen des Europarates fortzusetzen, wie dies im Kommuniqué vom 28. April 1983 festgestellt wird.

Wir betonen die wichtige politische Rolle des Europarates bei der Erörterung der Nord-Süd-Fragen zwischen Regierungen und Parlamentariern der Mitgliedstaaten. Das traditionelle Eintreten des Europarates für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit sollte auch den Völkern der Dritten Welt gelten.

Es ist besonders wichtig, die Entwicklungspolitik der europäischen Staaten sowohl auf Minister- als auch Parlamentariersebene besser aufeinander abzustimmen und hierfür geeignete Mechanismen zu schaffen. Ein umfassender Informationsaustausch über bestehende Hilfspolitiken und eine verbesserte Koordinierung dieser Politiken sowohl in den Mitgliedstaaten als auch der Staaten untereinander sind erforderlich.

Der Europarat sollte einen regelmäßigen Austausch auf regionaler Grundlage zwischen führenden Politikern Europas und des Südens fördern. Darüber hinaus sollten die osteuropäischen Staaten ermuntert werden, sich aktiver an der Entwicklung der Dritten Welt zu beteiligen.

Eine europäische öffentliche Kampagne zum Thema „Nord-Süd-Interdependenz und globales Überleben“ sollte vom Europarat und der Europäischen Gemeinschaft durchgeführt werden; dabei sollten auch Gewerkschaften und andere nichtstaatliche Organisationen, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit befassen, mitwirken.

Die Umsetzung der in dieser Erklärung enthaltenen Vorschläge sollte im Europarat systematisch bewertet werden. Eine umfassende Überprüfung wird in vier Jahren im Rahmen einer zu diesem Zweck einberufenen Sonderkonferenz vorgenommen. In der Zwischenzeit sollte jährlich eine gründliche Diskussion erfolgen.

21. Wir rufen die Völker, Parlamente und Regierungen Europas auf, sich mit aller Kraft um den Aufbau eines neuen internationalen Systems zu bemühen, das durch stärkere globale Institutionen eine Welt schaffen hilft, in der jeder Bürger frei von Hunger und Unterdrückung ist und in der alle Kinder die Möglichkeit haben, ihr zukünftiges Leben zu meistern.

Tagesordnungspunkt:

Europäische Zusammenarbeit im Bereich des Sports

(Drucksache 5270)

Berichterstatter: Abg. Worrell

(Themen: Sport und öffentliches Interesse, wirtschaftliche und politische Implikationen — Strukturen und Zusammenarbeit — Europa und die Olympischen Spiele — Europäische Sportministerkonferenz und andere intergouvernementale Aktivitäten — Möglichkeiten für die europäische Zusammenarbeit im Bereich des Sports.)

Schwarz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gern ein Wort aufgreifen, das mein Fußballfan-Kollege Brown gebraucht hat. In den drei Debattenbeiträgen wurde von den schrecklichen **Gewalttätigkeiten** gesprochen, die sich im Sport vollziehen. Es entspricht meiner Meinung nach dem Verhalten von Politikern, sich mit solchen Dingen auseinanderzusetzen. Ich selbst bin — wie auch der Kollege Brown — Vizepräsident eines regionalen Fußballverbandes. Wir wissen, daß es eine kleine Minderheit — ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie dieses Wort gebraucht haben — von kriminellen oder radikalisierten jungen Leuten ist, die dem Sport hier großen Schaden zufügen. Es ist nicht wahr, daß sich der Sport deshalb in einer Krise befindet.

Wir hatten nie — ich spreche von der Bundesrepublik Deutschland, aber auch von den europäischen Nationen und der Welt insgesamt — mehr Leute, die sich am Sport aktiv beteiligen, aber nicht Olympiateilnehmer sind, nicht Weltmeister werden, nicht nationaler Meister werden. Sie wollen einfach Sport betreiben, weil es ihnen Spaß macht und weil sie meinen, es helfe ihrer Gesundheit. Ich warne uns in der Politik davor, den Sport in eine Krise hineinzureden, in der der Sport insgesamt nicht ist. Wir sollten vielmehr festhalten, daß es nur eine kleine Minderheit ist, die die Chance nutzt, sich über Medien selbst darzustellen, und die damit den Sport insgesamt in Verruf bringt.

Meinem griechischen Kollegen möchte ich dies sagen: Ich weiß nicht sicher, ob es bei den Olympischen Spielen der Antike nur der Ölzweig war, um den man gekämpft hat. Ich glaube, Ruhm und Ehre haben für den damaligen Olympiasieger eine soziale Sicherstellung bedeutet, wie das hin und wieder heute auch der Fall sein soll. Ich will damit deutlich machen, daß der Leistungssport und der Spitzensport — in der Vergangenheit wie auch in jüngster Zeit — von denen, die siegen wollen, immer viel verlangt haben.

Wenn von der **Kommerzialisierung** gesprochen wird — insbesondere in unserer Gesellschaft —, so sollten wir, wie ich meine, genau wissen, daß der Begriff „Kommerzialisierung“ ein Begriff ist, der aus der kommunistischen Welt kommt. Ich sage dies deshalb, weil ich meine, daß die Bürger aus

unseren Nationen ein Recht haben, zum Wettkampf mit den gleichen Startchancen wie die Bürger aus Ostblocknationen antreten zu können. Wer sich mit Sport und Sportentwicklung befaßt, weiß, daß in den Ostblockstaaten im Bereich des Sports von Kindesbeinen an eine Auswahl und Förderung bis hin zur beruflichen Sicherung stattfinden. Es gibt dafür ausreichende Zeugnisse. Ich glaube, das sollten wir deutlich sehen.

Die Sorge, die ich hier während der Debatte im Rahmen des Europarates über den Sport ansprechen möchte, ergibt sich aber aus unserem eigenen Feld. Wir vertreten hier im Europarat das Europa der 23 oder der 21. Im Europäischen Parlament hat man eine große Initiative im Bereich des Sports ergriffen. In der Entschließung heißt es ganz großzügig, daß das Parlament auf die Möglichkeit verweist, in diesem Bereich mit dem Europarat zusammenzuarbeiten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der Sport ist weltweit zu betrachten. Den Sport in Europa gewissermaßen noch einmal in Europäische Gemeinschaft und Europarat zu teilen, hielte ich angesichts der Aufgaben, die wir dem Sport in Europa zuweisen, schlechthin für ein fatales Ereignis. Zu fordern, daß bei alledem, was den europäischen Sport ausmacht, eine Einteilung erfolgen müsse, hat keinen Zweck. Der Sport läuft erfreulicherweise nicht über die Politik, sondern über die europäischen Sportorganisationen, über den Leichtathletikverband, über den Fußballverband, über den Europa-Cup. Gott sei Dank geht er noch über die Grenzen zwischen dem freien Europa und dem Europa des Ostblocks hinweg. Es hat keinen Zweck, den Sport noch einmal zu teilen in den Sport der Europäischen Gemeinschaft, den Sport der Europaratsstaaten und den Sport in Europa.

Es genügt schon, wenn wir hin und wieder mit unserer Sportkonferenz der Staaten des Europarats den Versuch unternehmen, in den Ländern des Europarats eine Gemeinsamkeit an Spielregeln, an Begegnungen und an Möglichkeiten herauszustellen. Das ist eine konkrete Aufgabe, ein konkreter Appell an uns und das Ministerkomitee. Denn die gleichen Minister, die im Ministerkomitee sitzen, oder zumindest die gleichen Regierungen, die dort vertreten werden, befinden sich auch in der Europäischen Gemeinschaft.

Wenn das Europäische Parlament mit anderen Zuständigkeiten — auch bezüglich der Ressourcen — es möglich machen würde, daß in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann würde das bedeuten, daß wir von den Möglichkeiten der staatlichen Förderung her zwei Europa innerhalb des Europarats bekämen, das Europa der Gemeinschaft und wir. Auch im Bereich des Sports ist der Europarat eine Institution, die Europa noch als eine geschlossene Einheit halten kann.

Ich meine, dies ist für uns in der aktuellen Situation und Diskussion mit dem Europäischen Parlament konkret wichtiger als die Frage, ob die Olympiade in Seoul stattfindet. Letztere Frage ist sicherlich

sehr wichtig, aber diese Entscheidung entzieht sich unseren konkreten Möglichkeiten. Ich halte auch dafür, daß wir die Frage, wo die Olympischen Spiele stattfinden, dort lassen, wo sie hingehört, nämlich beim Internationalen Olympischen Komitee.

Meine Bitte wäre, daß der Kulturausschuß, der eine erfreuliche Arbeit geleistet hat, diesem Gesichtspunkt besondere Aufmerksamkeit widmet. In der Entschließung muß gefordert werden, daß die CDDS mehr Möglichkeiten bekommt, damit wir uns helfen und darauf achten, daß wir bezüglich des Sports nicht zwei Europa kriegen: das Europa der Europäischen Gemeinschaft und das Europa des Europarats. Soweit die Sportangelegenheiten staatlich zu regeln sind, sollten sie in diesem Gremium, in der Parlamentarischen Versammlung, sowie im Ministerkomitee der Länder des Europarats gefördert werden. Ich glaube, dies wäre ein guter Beitrag zur Förderung des Sports in unserer Gemeinschaft.

Dr. Müller (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kollegen! Wir haben heute nachmittag bei dieser Sportdebatte ein Beispiel erlebt, wie fair play auch unter Politikern angewandt werden kann. Man hat sich Bälle zugespielt. Es war kein Boxkampf. Es war auch kein Kopfschutz notwendig — über Boxen und über Gewalt wurde ja gesprochen —, sondern es war ein Kombinationsspiel derjenigen, die am Sport interessiert sind.

Ich habe festgestellt, daß hier eine Reihe von Fußballkollegen vertreten sind. Ich weiß nicht, wie viele noch aktiv sind. Ich selber spiele noch aktiv in der Fußballmannschaft des Bundestages, vielleicht zur Überraschung des einen oder anderen als linker Verteidiger. Der Kollege Worrell hat Zweifel; aber es stimmt. Im Sport gelten andere Maßstäbe als in der Politik, lieber Kollege Worrell.

Ich glaube, daß Sport eine Sache ist, die nicht theoretisch erörtert werden kann, sondern sich in der Praxis zeigen muß.

Da wir gehört haben, daß die Anwendung von Gewalt im Sport heute gelegentlich eine negative Rolle spielt, muß ich eine Geschichte erzählen, was selbst Parlamentariern passieren kann. Wir haben in Europa ein Fußballturnier zwischen Parlamentsmannschaften aus Österreich, der Schweiz, Finnland und der Bundesrepublik, das jedes Jahr stattfindet. Dort geht es meistens sehr freundschaftlich zu. Aber wenn knapp vor Schluß noch recht unsicher ist, wer gewinnt, dann kann einem Sportler, einem Fußballer doch schon einmal — ich gebrauche jetzt eine deutsche Redewendung — der Gaul durchgehen. So ist es einmal bei einem Turnier in Baden bei Wien passiert. Ein finnischer und ein österreichischer Spieler mußten vom Platz gestellt werden. Ein Parlamentarier, der die rote Karte bekommt, ist ein sehr schlechtes Beispiel. Aber man hat sich sehr schnell wieder versöhnt. Es war eben in der Leidenschaft des Spieles passiert.

Ich glaube, wenn wir von der Anwendung von Gewalt im Sport reden, dann sollten wir weniger die Sportler selbst sehen und mehr das, was am Rande

der Sportplätze stattfindet, was auf den Tribünen und vor den Sportstadien stattfindet, was leider gelegentlich von den Medien aufgeheizt wird, wenn man vor einem wichtigen Spiel Feuer macht.

Liebe Kollegen, es ist einiges zu den **Olympischen Spielen** gesagt worden. Ich bin nicht wie der griechische Kollege der Meinung, daß die Kommerzialisierung als solche abgelehnt werden muß. Man sollte da sehr vorsichtig sein. Der griechische Kollege hat gesagt, daß hier einzelne die Gelegenheit benutzen, den Sport auszubeuten. Man darf nicht vergessen, daß auch der Sport davon profitiert. Olympische Spiele wären heute ohne die Zahlungen der Fernsehgesellschaften wahrscheinlich gar nicht mehr durchführbar. Auch das muß man in aller Nüchternheit sehen, wenn man das Problem der Olympischen Spiele betrachtet.

Man darf auch nicht in den einen Fehler verfallen, daß man die antiken Olympischen Spiele zu sehr in den Himmel hebt. Es gab schon in der Antike einen Verfall der Olympischen Idee. Ich erinnere an einen der Olympiasieger; der hieß Nero. Es war der bekannte Nero, der Kaiser aus Rom, der es mit Manipulationen zum Olympiasieger gebracht hat. Auch in der Antike war nicht alles Gold, was glänzte. Außer dem Olivenzweig gab es noch anderes, was damals eine Rolle spielte.

Was den Standort der Olympischen Spiele betrifft, so gehen die Meinungen weit auseinander. Ich will Ihnen hier etwas mitteilen, was vielleicht ganz interessant ist. Es wurde in den wichtigsten Ländern, in denen Sport betrieben wird, unter der Bevölkerung eine repräsentative Untersuchung gemacht, ob die Spiele in Griechenland ausgetragen werden sollten oder nicht. In nur zwei Ländern war man dafür, daß die Spiele ständig in Griechenland sein sollten. Das waren zum einen Griechenland und zum anderen Großbritannien mit 52%. Aber in allen anderen Ländern war keine Mehrheit dafür vorhanden. Ich möchte nicht sagen, wie die Türkei oder wie Korea abgestimmt haben; denn dabei spielen natürlich besondere Interessen eine Rolle. Aber auch in einem sportlich so engagierten Land wie Österreich haben sich nur 25% der Bevölkerung dafür ausgesprochen, die Olympischen Spiele ständig in Griechenland abzuhalten. Das wäre ein Punkt, den wir im Rahmen unserer Arbeit zu diskutieren und zu besprechen haben. Wir sollten ihn auf jeden Fall im Auge behalten.

Lassen Sie mich noch etwas zur Sportministerkonferenz sagen. Wie der Kollege Worrell in seinem Bericht ausführt und wie auch ich in dem Bericht zur Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet sage, ist die Sportministerkonferenz ein positives Beispiel europäischer Zusammenarbeit, vor allem, weil sie den ständigen Dialog mit zwei Gruppen sucht, nämlich mit uns Parlamentariern und — was auch sehr wichtig ist — mit den Nichtregierungsorganisationen, also mit den Sportverbänden, den non governmental organisations. Mir ist aufgefallen, daß wir kaum über die **Gefahren** sprechen, die heute aus dem **Hochleistungssport** resultieren. Auf einem Sportärztekongreß in der Bundesrepublik wurde in

der vergangenen Woche festgestellt, daß es auch die Menschenwürde berührt, was mit den Sportlern gemacht wird, um sie für einen bestimmten Wettkampf fit zu machen. Es handelt sich dabei — um dies ganz klar zu sagen — nicht allein um Doping, sondern auch um ganz „normale“ andere Vorgänge. Dies ist ein Thema, mit dem wir uns vielleicht auseinandersetzen sollten.

Als letztes möchte ich noch dies sagen: Wichtig scheint mir — damit kehren wir an die Anfänge der Sportdiskussion hier in diesem Hémicycle zurück — auch das Thema „Sport für alle“ zu sein. Der erste Bericht, der hier in diesem Saal zum Thema des Sports verabschiedet wurde, betraf den Sport für alle. Dieser Bericht ist von mir vor 15 Jahren erstattet worden. Inzwischen haben wir eine europäische Charta „Sport für alle“. Wir kennen die Bedeutung des Breitensports. Ich sehe aber auch heute gewisse Gefahren, die damit verbunden sind. Wir müssen also aufpassen. Allzu viele Menschen werden angeregt, sich selbst Höchstleistungen zuzumuten, auf die sie nicht vorbereitet sind. Es ist fast symbolisch, daß der Erfinder des Joggens am Herzschlag nach dem Joggen gestorben ist.

Was heißt das? Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin nicht gegen Sport für alle. Im Gegenteil! Wir müssen aber dafür sorgen, daß die Menschen auf die sportlichen Aktivitäten vorbereitet werden. Derjenige, der in dieser Zivilisation dem Alkohol und dem Nikotin — die Drogen will ich in diesem Zusammenhang gar nicht nennen — erliegt, jahrelang herumgesessen hat und im Alter plötzlich auf die Idee kommt, er müsse Sport treiben, begibt sich in eine große Gefahr, wenn er nicht ärztlich und von Sportorganisationen begleitet wird. Damit sind wir wieder bei dem Punkt, daß bis hinaus in das kleinste Dorf die Nicht-Regierungsorganisationen, die Sportvereine eine große und bedeutende Rolle spielen, um auch unter Aspekten des soziokulturellen Zusammenlebens in unseren Völkern einen Gemeinschaftsgeist zu schaffen, der in vielerlei Hinsicht nur durch Sport, durch die Erfahrung von fair play, aber auch von Wettkampf erreicht werden kann. In diesem Sinne danke ich dem Kollegen Worrell nochmals für seinen Bericht.

Empfehlung 993 (1984)

betr. die europäische Zusammenarbeit im Bereich des Sports

Die Versammlung

1. hat den Bericht ihres Ausschusses für Kultur und Erziehung über die europäische Zusammenarbeit im Bereich des Sports (Dok. 5270) zur Kenntnis genommen;
2. ist über die Ergebnisse der 4. Europäischen Konferenz der für den Sport zuständigen Minister (Malta, 15.—16. Mai 1984) unterrichtet;
3. begrüßt das politische Interesse der Minister an einer Zusammenarbeit im Bereich des Sports auf dieser Ebene und teilt ihre Überzeugung, daß „der Europarat und das Europäische Kultur-

übereinkommen ... der wichtigste Rahmen für die europäische intergouvernementale Zusammenarbeit in Sportfragen bleiben sollten“;

4. erkennt die Notwendigkeit, die Sportgremien und die auf dem Gebiet des Sports tätigen Nicht-regierungsorganisationen stärker in diese Zusammenarbeit einzubeziehen;
5. unterstützt den Wunsch der Konferenz der für den Sport zuständigen Minister nach mehr Autonomie und zieht in diesem Zusammenhang einen Vergleich zu der Ständigen Konferenz der europäischen Bildungsminister, die als übergreifendes Organ der europäischen Zusammenarbeit im Erziehungs- und Bildungsbereich tätig ist;
6. begrüßt die Empfehlung (84) 8 des Ministerkomitees über den Abbau der Gewalttätigkeit von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und das gemeinsam von den für den Sport zuständigen Ministern und der Versammlung in ihrer Empfehlung 963 (1983) bekundete Interesse an Maßnahmen auf diesem Gebiet und erinnert an die Bedeutung einer Erziehung zur Fairneß;
7. macht auf die zahlreichen anderen Bereiche der Zusammenarbeit in Sportfragen aufmerksam, insbesondere auf die Probleme der Finanzierung sportlicher Aktivitäten, die nicht zu den Veranstaltungen des Hochleistungssports zählen;
8. erinnert an ihre Empfehlung 900 (1980) und die Entschließung 738 (1980) über die Olympischen Spiele und ihre Zukunftsaussichten und bringt erneut ihre Besorgnis über die zunehmende Kommerzialisierung und Politisierung der Olympischen Bewegung zum Ausdruck;
9. empfiehlt dem Ministerkomitee,
 - a) den Entschließungen der Konferenz von Malta in konstruktiver Weise Folge zu leisten, insbesondere durch die Bereitstellung entsprechender Mittel, um die Vorschläge der Konferenz im intergouvernementalen Lenkungsausschuß für die Entwicklung des Sports zu verwirklichen;
 - b) den ministeriellen Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit im Bereich des Sports als Modell für die europäische Zusammenarbeit auf anderen Gebieten des kulturellen Bereichs zu betrachten.

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeit der UNESCO und ihre Zusammenarbeit mit dem Europarat

(Drucksache 5274)

Berichterstatter: Abg. Beix

(Themen: Ziele, Grundlagen und Hauptleitlinien ihrer Tätigkeit — Der gegenwärtige Konflikt in der UNESCO — Das Haushaltsprogramm 1984/85 — Künftige Aktivitäten, insbesondere die Ost-West-

Kooperation, die intellektuelle Rolle der UNESCO und die Beziehungen zwischen dem Europarat und der UNESCO.)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Ich glaube, wir haben heute eine sehr lebhafteste Debatte erlebt. Ich muß sagen, dies paßt auch zu der Debatte über Intellektuelle. Es ist heute viel über Intellektuelle gesagt worden. Es hieß, die UNESCO sei eine Organisation, in der Intellektuelle wirken. Zu Intellektuellen gehört — wenigstens nach meinem Selbstverständnis — auch der Streit, die Auseinandersetzung, allerdings nicht im Sinne von Feindschaft, sondern in dem Sinne, daß verschiedene Meinungen ausgetragen werden. Wir haben dies in der Debatte und vor allem in der — wenn ich es einmal so formulieren darf — Fragestunde mit dem Generaldirektor erlebt.

Lassen Sie mich zunächst eine grundsätzliche Bemerkung machen. Persönlich gehe ich davon aus — das hat gar nichts mit der UNESCO zu tun; dies würde für jede andere Organisation genauso gelten —, daß ein **großer bürokratischer Apparat** — ein solcher ist die UNESCO ohne Zweifel — ganz zwangsläufig mit Schwierigkeiten zu rechnen hat. Es muß in großen bürokratischen Apparaten auf nationaler und noch mehr auf internationaler Ebene Doppelarbeit, Leerlauf, Schwachstellen geben. Das gehört gewissermaßen einfach dazu. Wir als Parlamentarier haben auch die Aufgabe, den Finger auf gewisse Wunden zu legen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir — wie es gestern einer unserer Kollegen ausgedrückt hat — als **Europarat** nicht das Recht hätten, eine andere internationale Organisation zu kritisieren. Ich bin der Meinung, wir sind in gewisser Weise eine einmalige parlamentarische Versammlung, die **größte parlamentarische Versammlung in der Welt**. Wir haben, wie ich glaube, als Parlamentarier ein gewisses Recht, hier unsere kritischen Anmerkungen zu machen. Ich habe das Gefühl gehabt, daß der Generaldirektor im Laufe des heutigen Vormittags in dieser Richtung gewisse Einsichten gewonnen hat, denn seine Antworten unterschieden sich durchaus von dem, was er vorher von diesem Podium aus gesagt hat. Als er vom Podium aus sprach, war er — erlauben Sie mir, es so zu formulieren — eigentlich sehr rechthaberisch, während er bei der Beantwortung von Fragen durchaus etwas Selbstkritisches anklingen ließ. Ich glaube, das ist bei großen Organisationen wichtig. Dies gilt im übrigen für uns selber auch. Auch wir müssen gelegentlich bereit sein, uns selbst zu kritisieren, selbst zu überprüfen, ob wir immer alles richtig oder falsch machen.

Natürlich ist heute vormittag einiges auch etwas flapsig formuliert worden. So kam auf die Kritik hin, daß 60 oder 70% der Mitarbeiter der UNESCO in Paris sitzen, etwa die Antwort, die Putzfrauen seien mit einzurechnen. Es wäre sicher manipuliert, wenn man jetzt sagen würde: Das Zentrum der UNESCO in Paris besteht in erster Linie aus Putzfrauen. — Wir wissen ganz genau, daß das nicht so zu verstehen ist. Das zeigt, daß man bei der Unter-

suchung der Probleme sicher ohne große Leidenschaft, aber in aller Nüchternheit feststellen muß, was verbesserungswürdig ist.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum **Verhältnis zu den Journalisten** machen. Ich bedaure sehr, daß der Herr Generaldirektor jetzt nicht mehr anwesend ist. Er ist gerade auf einer Pressekonferenz mit Journalisten, mit denen, die so manipulieren, wie es hier dargestellt wurde. Der Herr Generaldirektor hat hier wörtlich gesagt, bei den Medien werde grundsätzlich manipuliert. Ich will dies jetzt gar nicht erörtern. Eines will ich aber feststellen — dies zeichnet unsere Demokratien, die wir hier vertreten, aus —, nämlich daß selbst dann, wenn man annimmt, daß grundsätzlich manipuliert wird, die Vielfalt der Presse, die Freiheit der Presse und der Medien die Garantie dafür gibt, daß es nicht einseitige Manipulation geben kann. In der Vielfalt der Demokratie ergibt sich vielmehr von vornherein ein Ausgleich.

Hier sind Anmerkungen zur **Weltinformationsordnung** und zu diesbezüglichen Plänen gemacht worden. Ich will darauf jetzt nicht im einzelnen eingehen. Ich bin persönlich der Meinung, daß wir diesen Bereich als freie Parlamentarier sehr aufmerksam, kritisch begleiten und beobachten sollten, weil die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Medien, die Freiheit der Presse — für mich wenigstens — eine Grundvoraussetzung für eine existierende und sich bewährende Demokratie sein müssen.

Eine letzte Bemerkung. Wir können, wie ich glaube, auch darüber alle einig sein, daß die heutige Debatte eine sehr wertvolle und nützliche Debatte war, daß sie aber nur dann Sinn hat, wenn wir die Arbeit der UNESCO auch in Zukunft verfolgen. Sie wissen, daß im Februar nächsten Jahres die Generalversammlung der UNESCO in Sofia stattfindet. Dort wird von den Mitgliedsländern auch über die Reform und über den Zustand der UNESCO diskutiert. Liebe Kollegen, ich würde es als sinnvoll betrachten, wenn wir nach der Generalversammlung der UNESCO dieses Thema hier in unserer Versammlung wieder aufgreifen würden und uns auf Grund der Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, auf Grund der Entwicklung, die seit unserem heutigen Gespräch mit dem Generaldirektor eingetreten ist, erneut mit dieser wichtigen Frage beschäftigen würden. — Ich danke Ihnen.

Abg. Jäger (Wangen) gab im Anschluß an die Annahme der Entschlieung 831 durch die Parlamentarische Versammlung folgende Erklärung zur Abstimmung:

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident, ich habe der Resolution trotz schwerer und tiefgreifender Bedenken gegen verschiedene Einzelbestimmungen meine Zustimmung gegeben, weil ich die Hoffnung teile, daß der Bericht einen Beitrag dazu leisten kann, die UNESCO dorthin zurückzubringen, wo ihre Gründer sie haben wollten, und sie von einem Instrument, das umstritten ist, wieder zu ei-

ner gemeinsamen und allen Völkern gleichermaßen dienenden kulturellen Weltorganisation werden zu lassen. Trotz dieser vielen Bedenken habe ich deswegen meine Stimme für diese Resolution abgegeben.

Entschlieung 831 (1984)

betr. die Tätigkeit der UNESCO und ihre Zusammenarbeit mit dem Europarat

Die Versammlung

1. hat den Bericht ihres Ausschusses für Kultur und Erziehung über die Tätigkeit der UNESCO und ihre Zusammenarbeit mit dem Europarat zur Kenntnis genommen (Dok. 5274);

Zur Tätigkeit der UNESCO

2. unterstreicht die Bedeutung der UNESCO und ihren universalen Charakter und erkennt den Beitrag an, den die UNESCO weltweit zum gegenseitigen Verständnis zwischen Völkern und Personen, zur Achtung der kulturellen Identität und zu einer größeren Ausgewogenheit zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft und Kultur leistet;
3. bedauert, daß es aufgrund mangelnden inneren Zusammenhalts und tiefgreifender politischer Meinungsverschiedenheiten innerhalb der UNESCO zu Konfliktsituationen gekommen ist, die auch in den administrativen Verfahrensweisen ihren Niederschlag finden;
4. unterstützt alle Bemühungen, um sicherzustellen, daß die UNESCO sowohl politische Realitäten als auch intellektuelle Werte widerspiegelt, ist sich jedoch auch der ernsthaften Schwierigkeiten bewußt, die sich aus den unvereinbaren Ideologien auf internationaler Ebene ergeben;
5. nimmt mit Interesse die Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit innerhalb der UNESCO und die Einrichtung von Regionalbüros, die für vielfältige Programme zuständig sind, zur Kenntnis;
6. begrüßt zwar die konkreten Vorschläge, die die UNESCO selbst in bezug auf Personalangelegenheiten, Haushaltsverfahren und Rationalisierung der Programmaktivitäten gemacht hat, fordert jedoch eine bessere Abstimmung zwischen politischen, diplomatischen und intellektuellen Kreisen, um ausgewogenere und weniger kontroverse Aufgabengebiete für die UNESCO festzulegen, und macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, in diesem Zusammenhang die Rolle der nationalen Kommissionen der UNESCO zu stärken;
7. bedauert die Drohung der Vereinigten Staaten, 1985 aus der UNESCO auszutreten, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Entscheidung neu überdacht wird, die immerhin die UNESCO dazu veranlaßt hat, einige ihrer

Aufgaben zu präzisieren und auf neue Schwerpunkte auszurichten;

8. fordert die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten auf, besondere Aussprachen über die UNESCO und die internationale kulturelle Zusammenarbeit durchzuführen;

Zur Zusammenarbeit mit dem Europarat

9. erinnert an das Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der UNESCO und dem Europarat aus dem Jahre 1952;
10. erinnert daran, daß die Beiträge der Mitgliedstaaten des Europarates zum ordentlichen Haushalt der UNESCO insgesamt ein Drittel dieses Haushalts ausmachen;
11. begrüßt, daß diese Zusammenarbeit durch die Koordinierung der intergouvernementalen Aktivitäten, regelmäßige Treffen der Sekretariatsmitglieder und regelmäßig stattfindende Aussprachen in der Versammlung fortgeführt wird;
12. vertritt die Auffassung, daß die Werte und Grundsätze der demokratischen Staaten des Europarates innerhalb der UNESCO weiterhin Gehör und Achtung finden sollten;
13. stellt insbesondere fest, daß die UNESCO einzigartige Möglichkeiten für den Ost-West-Dialog und für eine freiere Meinungsäußerung durch alle Staaten bietet;
14. beschließt, im Rahmen der Arbeitsprogramme der UNESCO und des Europarates eine Reihe von Tagungen zu Themen von gemeinsamem Interesse zu organisieren, wie z. B.:
 - Kommunikation
 - kulturelle Identität und kulturelle Entwicklung
 - Nord-Süd-Zusammenarbeit
 und fordert ihren Ausschuß für Kultur und Erziehung auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen;
15. vertritt die Auffassung, daß die konstruktive Zusammenarbeit mit der UNESCO weiterentwickelt werden sollte, und fordert den Generalsekretär des Europarates auf, Bereiche für eine solche Zusammenarbeit ausfindig zu machen, wenn möglich vor der nächsten Vollkonferenz, die 1985 in Sofia stattfinden wird.

Dienstag, 2. Oktober 1984

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Republik Irland, Dr. Patrick H. Hillery

(Themen: Erinnerung an die Beweggründe der Gründungsmitglieder des Europarates, zu denen Irland gehörte — Würdigung der Europäischen Men-

schenrechtskonvention, der Europäischen Sozialcharta und des substantiellen Fortschritts bei der Entwicklung des internationalen Rechts durch die Arbeit des Europarates — Befürwortung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Europäischer Gemeinschaft und Europarat — Suche nach einer friedlichen Lösung der Lage in Nordirland — Das Problem der Arbeitslosigkeit in Europa.)

Tagesordnungspunkt:

Allgemeine Politik des Europarates — Zukunft der Europäischen Zusammenarbeit, Europäische wissenschaftliche Zusammenarbeit und Europäische kulturelle Zusammenarbeit

(Drucksachen 5268, 5287, 5288)

Berichterstatte: Abg. Lied, Bassinet, Dr. Müller

(Themen: Wiederbelebung des Europa der Einundzwanzig als pragmatische operationale Ergänzung zur Europäischen Gemeinschaft — Gegenwärtige institutionelle Entwicklungen, u. a. Widerspruch zwischen einem Europa der zwei Geschwindigkeiten und der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft — Die sich wandelnden Beziehungen von Wissenschaft und Technologie in den letzten zehn Jahren und die allen Ländern gemeinsamen Bestrebungen bei der Verfolgung von langfristigen Forschungsvorhaben — Die Stärkung der Rolle des Europarates bei der europäischen kulturellen Zusammenarbeit: Entwicklungen im Bereich von Kultur und Erziehung seit 1982, neue Tätigkeiten des Europarates in Zusammenhang mit der Vorbereitung des mittelfristigen Plans 1987 bis 1992 sowie die Zusammenarbeit der Parlamentarischen Versammlung mit dem Ministerkomitee.)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Als dritter Berichterstatter zu den Fragen der Zusammenarbeit in Europa habe ich die Aufgabe, speziell die Frage der **kulturellen Zusammenarbeit** zu erörtern. Ich darf dabei an die wertvolle Arbeit anknüpfen, die in unserem Ausschuß immer wieder erledigt wurde, zuletzt durch den Bericht meines Vorgängers, des Kollegen Aano. Ich darf sagen, daß die Berichte zur kulturellen Zusammenarbeit, die immer wieder eine Art Momentaufnahme der Situation in Europa sind, bereits zu dem Standard dieser Versammlung gehören.

Wenn ich Ihnen diesen Bericht in dieser Versammlung wieder vorlegen kann, dann möchte ich jetzt nicht auf seine Details eingehen. Sie zu wiederholen ist in der Kürze der Zeit gar nicht möglich. Aber ich empfehle den Bericht dem angelegentlichen Studium unser parlamentarischen Vertreter, weil er in vielen Dingen aufschlußreich ist über das, was auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit in Europa passiert oder vielleicht auch nicht passiert.

Meine sehr verehrten Kollegen, der Europarat wird in Europa immer wieder unmittelbar mit der Politik

auf dem Gebiet der Kultur und der kulturellen Zusammenarbeit identifiziert. Es gibt keinen Zweifel, daß die Fragen der Kultur in der Beurteilung der Tätigkeit des Europarats im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen und daß auch die Öffentlichkeit draußen, wenn sie etwas über den Europarat weiß, am ehesten über Probleme der Kultur informiert ist. Das hängt auch damit zusammen, daß der **Europarat** eine ganze Reihe sehr populärer **Kampagnen** begründet hat. Ich erinnere nur an eine, an das Europäische Denkmalschutzjahr, das für alle in Europa ein Begriff geworden war und vor allem erhebliche Auswirkungen auch auf die nationale Gesetzgebung in den europäischen Parlamenten hatte, wo man sich des gemeinsamen europäischen Erbes sehr bewußt geworden ist.

Wenn wir in diesem Bericht etwas über Ministerkonferenzen, Gespräche mit der Arbeitsgruppe der Ministerdelegierten und die Arbeit des CDCC aussagen, dann tun wir das — ich sage es noch einmal — als eine Bestandsaufnahme, in der wir, wie ich fast sagen möchte, als Parlamentarier kritische Begleiter sind und glauben, hier unseren Rat mitgeben zu können.

Hier muß ich mit einer kritischen Bemerkung ansetzen. Zu Beginn meines Berichts wird auf den letzten Bericht, auf denjenigen, den Kollege Aano erstattet hatte, und auf die Empfehlung 940 verwiesen, die wir in dieser Versammlung beschlossen haben, mit der wir eine gewisse Kritik geübt und bestimmte Vorschläge gemacht haben. Wir sind ja der Meinung, daß es notwendig ist, Prioritäten deutlicher zu setzen, und daß die Frage der Finanzierung und der finanziellen Ausstattung der Arbeit abgeklärt werden muß. Wir haben in der Empfehlung vor allem auch den Bereich der **Informationspolitik** angesprochen und gesagt, daß mehr Informationen durch uns und für unsere Arbeit draußen geleistet werden muß.

Hier darf ich aus einem Handbuch für Öffentlichkeitsarbeit aus den Vereinigten Staaten zitieren, die auf dem Feld der Öffentlichkeitsarbeit immer sehr progressiv waren. In dem Handbuch steht: Es genügt nicht, Gutes zu tun. Dann wird der Ratsschlag gegeben: Tue Gutes, und rede darüber! Der Europarat tut viel Gutes, aber er redet zuwenig darüber. Ich glaube, auf diesem Gebiet müßten wir noch mehr tun. Wir dürfen nicht glauben, daß das Reden hier in der Versammlung ausreicht, um unser Wirken in der Öffentlichkeit draußen deutlich zu machen.

Wir haben das in der Empfehlung 940 schon gefordert. Aber wir haben bis heute vom Ministerkomitee leider noch keine Antwort auf die Empfehlung, die vom April 1982 stammt. Wir harren dieser Antwort mit großer Ehrfurcht, so möchte ich sagen, und in der Hoffnung, daß das eine oder andere vielleicht akzeptiert wird.

Lassen Sie mich zwei Schwerpunkte setzen, die nach meiner Ansicht von großer Bedeutung sind.

Ich glaube, die **Rolle der spezialisierten Ministerkonferenzen** ist nicht hoch genug einzuschätzen,

auch wenn ich anmerken muß, daß die Mitwirkung der Parlamentarier dabei sehr unterschiedlich ist. Ich habe im Zusammenhang mit dem Bericht des Kollegen Worrell schon erwähnt, daß sich die Sportministerkonferenz immer sehr kooperativ mit den Parlamentariern gezeigt hat, während das bei anderen spezialisierten Ministerkonferenzen nicht der Fall war. Wir Parlamentarier begehren das Gespräch mit den Ministern, — wenn ist es so ausdrücken darf. Es sollte eigentlich die Regel sein, daß bei all diesen Konferenzen ein Kolloquium, ein Gespräch zwischen Parlamentariern und Ministern stattfindet.

Ein Hauptproblem scheint mir aber zu sein, daß die **Koordination** zwischen den spezialisierten Ministerkonferenzen und dem Ministerkomitee des Europarats, also den Außenministern, nicht funktioniert. Hier sind Informationskanäle entweder einfach nicht vorhanden oder verstopft; sie müßten — wenn ich es so formulieren darf — freigelegt werden.

Ich habe Verständnis dafür, daß z. B. der deutsche Außenminister in aller Welt ständig präsent ist. Er erinnert mich fast an mittelalterliche Heilige, die zur selben Zeit an zwei Orten sein konnten. Das kann unser Außenminister zwar nicht, aber er erweckt diesen Eindruck. Wie soll ein so beschäftigter Mann wie dieser Außenminister — den anderen Außenministern wird es ähnlich gehen — als der Vertreter seines Landes im Europarat überhaupt in der Lage sein, die Koordination, die notwendig wäre, vorzunehmen, überhaupt den Überblick zu behalten? Die Minister beschäftigten sich in erster Linie mit juristischen Fragen. Sie beschäftigten sich mit Budgetfragen. Sie können nicht in Details der spezialisierten Ministerkonferenzen gehen. Hier, glaube ich, wäre eine große Chance, etwas zu verbessern.

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt unterstreichen, der mir von großer Wichtigkeit erscheint. Die Basis der Arbeit hier ist ja die europäische Kulturkonvention. Dieses Instrument ist von großer Wichtigkeit, von großer Bedeutung. Denn es ist sehr flexibel, es ist gegenüber anderen Ländern offen, es ist bereit, auch Nichtmitglieder des Europarates aufzunehmen, mitarbeiten zu lassen, was mir im Hinblick auf die Debatte zwischen Ost und West durchaus von Bedeutung erscheint. Ich möchte Sie ausdrücklich darauf verweisen, daß in dem Bericht die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die Konferenz in Budapest, die im nächsten Jahr stattfinden soll und die im Rahmen des CSCE veranstaltet wird, die entsprechende Wirkung schafft und uns Parlamentariern die Möglichkeit gibt, an einem solchen **kulturellen Ost-West-Dialog** teilzunehmen.

Die kulturelle Zusammenarbeit, die im Rahmen des CDCC geschieht, wird von uns immer wieder herausgestrichen. Es ist eine Besonderheit im Rahmen des Europarats, daß wir hier eine eigene Organisation haben, die einen eigenen Etat hat. Das ist etwas, was unique — so möchte ich es ausdrücken — ist, was andere Bereiche, mit denen wir uns beschäftigen, nicht haben. Das zeichnet den kulturellen Bereich aus.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas zur **Europäischen Gemeinschaft** sagen. Bei Diskussionen in unserem Ausschuß kommt es immer wieder vor, daß dieses Thema kontrovers diskutiert wird. Nun kann man zur Europäischen Gemeinschaft stehen, wie man will. Sie existiert nun einmal. Wir müssen leider feststellen — oder Gott sei Dank feststellen, je nachdem, wie man das betrachtet —, daß sich die Europäische Gemeinschaft viel stärker als in ihrer Gründungsphase heute auch mit kulturellen Problemen auseinandersetzt. Ich erinnere an die Konferenzen von Stuttgart und Fontainebleau, wo man sich in sehr intensiver Weise mit Fragen der Kultur beschäftigt hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang etwas unterstreichen, von dem ich glaube, daß es notwendig ist, in diesem Raum gesagt zu werden. Ich darf an den damaligen belgischen Außenminister Tindemans anknüpfen, der in meinem Bericht zitiert wird. Er hat mit Recht gesagt, daß das europäische **Forum für die europäische kulturelle Zusammenarbeit** der **Europarat** sein muß, nicht wegen der europäischen Konvention, sondern weil es ganz natürlich ist, daß das gemeinsame europäische Erbe nicht auf die 10 oder 12 Staaten der Europäischen Gemeinschaft begrenzt ist, sondern sich auf die 21 ausdehnt, die heute hier im Europarat versammelt sind. Darauf erstreckt sich doch das gemeinsame kulturelle Erbe, nicht etwa nur auf die 12. Deswegen hat Tindemans mit Recht gesagt, daß diese Fragen im Vordergrund stehen müssen und daß der Europarat das Gremium ist, das diese Fragen zu behandeln hat.

Welche Rolle kann die Europäische Gemeinschaft in diesem Zusammenhang spielen? Man könnte sie vielleicht so definieren: Die Europäische Gemeinschaft wird im Rahmen der europäischen kulturellen Konvention so behandelt, als sei sie ein Unterzeichnerstaat oder ein weiteres Mitgliedsland dieser gemeinsamen europäischen Konvention. Ich glaube, das wäre die vernünftigste Form der Behandlung, der Auseinandersetzung und der Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft.

Hier muß ich natürlich ein Problem anschnitten, das uns immer Sorgen macht. Das ist das **Problem der finanziellen Ausstattung**. Hier ist es so, daß der Reiche auf den Armen sieht. Der Reiche ist nicht derjenige, der mehr Länder umfaßt, sondern derjenige, der weniger Länder umfaßt, nämlich die Europäische Gemeinschaft. Wir haben immer wieder Schwierigkeiten. Ich erinnere nur an das **Europäische Musikjahr**. Davon sagte man, es sei eine gemeinsame Veranstaltung von Europarat und Europäischer Gemeinschaft. Aber der Beutel der Europäischen Gemeinschaft läßt sich für derartige Maßnahmen leichter öffnen als der Beutel des Europarats. Das ist im Grunde genommen nicht verständlich, liebe Kollegen, denn die gleichen Außenminister, die in der Europäischen Gemeinschaft im Ministerrat sitzen, sitzen auch im Europarat im Ministerkomitee. Da kommen zwar noch einige dazu. Aber wenn der Wille vorhanden wäre, im Bereich der finanziellen Ausstattung etwa auf dem Gebiet der Kultur hier beim Europarat mehr zu tun, könnte man gewisse Situationen, die für den Euro-

parat nicht beleidigend, aber doch demütigend sind, vermeiden: daß die einen kein Geld haben und die anderen immer mit dem vollen Beutel winken und dadurch glauben, attraktiver zu werden, auch auf dem Gebiet der Kultur.

Ich darf auf unsere Empfehlung hinweisen, die im einzelnen zu diesen Problemen Stellung nimmt, sowohl zur Kulturkonvention als vor allem auch zu den Beziehungen zum Ministerkomitee. Ich möchte darauf verweisen, daß wir noch eine zweite Resolution vorschlagen, die sich mit der Frage der **Medien** beschäftigt. Hier konnten wir erfreulich begrüßen, was die Kultusministerkonferenz in Berlin beschlossen hat. Wir dürfen darauf verweisen, daß diese Versammlung, begründet vom Kulturausschuß, sich sehr intensiv gerade mit der Frage der Medien, mit dem Mißbrauch der Medien, mit der Gewaltanwendung und ähnlichem beschäftigt hat. Ich darf Ihnen auch diesen zweiten Empfehlungsentwurf angelegentlich ans Herz legen.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Ich möchte allen drei Berichterstattern meine Hochachtung und Anerkennung für ihre ausgezeichneten Berichte aussprechen. Erlauben Sie mir, mich auf den Bericht der Politischen Kommission zu konzentrieren, den der Kollege Lied vorgelegt hat.

Als Vorbemerkung: Das, was mein Kollege Blenk soeben ausgeführt hat, möchte ich ganz nachhaltig unterstreichen. Dem Kollegen Lied möchte ich dafür danken, daß er auf die Gefahr einer **Kluft** hingewiesen hat, die sich zwischen der **Europäischen Gemeinschaft** und den **anderen Mitgliedstaaten des Europarates**, die dieser Gemeinschaft nicht angehören, auftun kann. Für mich persönlich war es eine wesentliche Motivation für mein Einverständnis, in diese Parlamentarische Versammlung gewählt zu werden, daß ich sah, daß meine unmittelbaren südlichen Nachbarn, die Schweiz und Österreich, immer stärker aus diesem Europa — schon im Reden und Denken meiner eigenen Landsleute — hinausgeraten waren und hinausgedrängt worden waren. Ich habe es mir als eine meiner Aufgaben hier in dieser Parlamentarischen Versammlung gesetzt, daran mitzuwirken, daß diese Kluft nicht breiter wird, sondern daß wir sie möglichst schließen können.

Wir christlichen Demokraten und unsere großen Vorbilder bei der Gründung Europas — Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer — haben dieses Europa, genau wie unsere liberalen, sozialistischen und konservativen Kollegen, auf die Prinzipien des Pluralismus, der Menschenrechte und der Demokratie gegründet. Wir müssen Europa an diesen Prinzipien weiter festbinden, wenn unser Weg der richtige bleiben soll.

Ich habe vom Pluralismus gesprochen. Was mein Kollege Blenk mit einem Wort als eine besonders bedrohliche Sache aufgegriffen hat, möchte ich mit einem weiteren Satz noch einmal ins Gedächtnis rufen. Die dramatische Entwicklung in **Malta**, auf die ich schon in der vergangenen Woche in einem

Beitrag hingewiesen habe, zeigt, daß Europa dann, wenn es kein pluralistisches Europa bleibt, wenn man nur in einem einzigen Lande anfängt, dem Pluralismus abzuschwören, auf den Einparteiensstaat hinzuarbeiten, Schulkämpfe durchzuführen, die freien Schulen zu beschneiden, auf einen falschen Weg gerät. Hier muß der Europarat außerordentlich wachsam bleiben.

Ich sprach vom **Europa der Menschenrechte**. Der Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Menschenrechtskonvention ist eine ungemein wichtige und eine ungemein dringliche Angelegenheit, denn das Gemeinschaftsrecht — wir Deutschen oder auch unsere Freunde in Italien und in Großbritannien spüren es doch jeden Tag — unterliegt nicht der Rechtsprechung der Menschenrechtskommission und des Europäischen Gerichtshofes hier in Straßburg. Der Rechtsschutz des Bürgers bei der Individualbeschwerde wird immer mehr durch eine Erweiterung der EG-Richtlinien, des EG-Rechts ausgehöhlt; diese Recht gewährt dem einzelnen Bürger diese Individualbeschwerde nicht. Dazu kommt für uns im Europarat natürlich die Beschleunigung und die Verbesserung des Durchsetzungsmechanismus bei der Verwirklichung dieser Menschenrechte. Es kann nicht so bleiben, daß die Menschen jahrelang auf ihr Recht — auch hier in Straßburg — warten müssen.

Ich sprach vom **Europa der Demokratie**. Ministerräte und Ministerkomitees sind Hohlräume der Demokratie. Sie sind von niemandem kontrolliert und nur noch höchst mittelbar demokratisch legitimiert. Deswegen ist es außerordentlich wichtig, daß wir den Ministerräten und in unserem Falle dem Ministerkomitee wieder eine Annäherung an diese demokratischen Grundlagen nahelegen. Das hat Konsequenzen. Ich nenne etwa die Forderung, die ich sehr unterstütze, nach der Begrenzung des Stimmrechts im Ministerkomitee; wenn — das hat der Kollege Steiner hier schon mehrfach gefordert — ein Land nicht auch in der Parlamentarischen Versammlung über eine demokratisch legitimierte Vertretung verfügt, so hat es nach meiner Auffassung auch keine Befugnis, mit vollem Stimmrecht im Ministerkomitee mitzuwirken. Ich hielte dies für einen Verstoß gegen die demokratischen Grundsätze. Gleiches gilt auch für die Beschränkung etwa des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat, das ja geradezu ein feudalistisches Überbleibsel aus einer Zeit zu sein scheint, als solche Räte Versammlungen monarchischer Entsandter gewesen sind. Wenn diese Ministerräte demokratische Gremien sein oder werden sollen, muß ein Stück mehr Mehrheitsprinzip Einzug halten. Unser Ministerkomitee sollte ernsthaft prüfen, ob nicht mehr Mehrheitsentscheidungen, wie auch Kollege Lied schon mit Recht gesagt hat, stattfinden könnten.

Meine Damen und Herren, dieses Europa als ein Europa der Demokratie muß auch ein **Europa der Bürger** sein. Zur Demokratie gehört es ja gerade, daß dem Bürger das Vorrecht gebührt, daß auf seine Interessen, auf seine Belange Rücksicht genommen wird.

Lassen Sie mich deswegen zum Schluß noch einen ganz konkreten Vorschlag machen. Was hat den Bürger Europas in den vergangenen Monaten am allermeisten an diesem Europa gestört? Das waren doch jene skandalösen Vorgänge an den **Grenzen Europas**, bei denen die Fernfahrer — das sind Bürger wie wir alle — stunden-, tage-, nächtelang unter unwürdigsten Bedingungen warten mußten, weil eine verkrustete und erstarrte Bürokratie nicht mehr in der Lage war, Verhältnisse zu schaffen, die den Menschen das Transportieren von Gütern erleichtern. Meine Damen und Herren, für den Personenverkehr haben wir in diesem Jahr durch das mutige Vorgehen von Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl große Fortschritte erreichen können. Diese Fortschritte haben sich auch auf andere Staaten des Europarats ausgedehnt. Im Bereich des Güterverkehrs stehen wir aber vor den gleichen Problemen wie zuvor. Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß sich der Europarat und auch unsere Parlamentarische Versammlung einmal der Frage annehmen, ob wir uns nicht mit der Beseitigung jener diskriminierenden und menschenunwürdigen Zollgrenzabfertigungsformalitäten beschäftigen müssen. Wir haben doch Zollämter in allen unseren Ländern. Alles kann im Hinterland geregelt werden, wenn man zu vernünftigen Vereinbarungen kommt. Dann brauchen jene armen Autofahrer nicht mehr stundenlang in der Kälte, im Nebel, unter Winterbedingungen und dergleichen mehr an der Grenze zu warten. Das wäre ein Beitrag, den die Menschen draußen im Lande spüren, den sie ganz konkret registrieren würden, auch am Benzinverbrauch. Meine Damen und Herren, dies ist ein Gebiet, dessen wir uns annehmen könnten. Werden wir konkret, wie es uns der Kollege Lied empfohlen hat. Treiben wir dort, wo es möglich ist, die Einigung Europas voran — in der Gemeinschaft mit der EG, aber auch auf der Basis unseres Europarates. Dann werden wir unseren Kindern ein besseres, ein freiheitlicheres, ein lebenswerteres Europa hinterlassen können. — Ich danke Ihnen.

Empfehlung 994 (1984)

betr. die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit

Die Versammlung

1. verweist auf ihre früheren Stellungnahmen zur Rolle des Europarates und zur Zukunft der europäischen Zusammenarbeit, insbesondere ihre Richtlinie 414 (1982) und die ihr beigefügten „Richtlinien“ und ihre Entschließung 805 (1983) über die europäische Zusammenarbeit in den 80er Jahren;
2. bekräftigt ihre Entschlossenheit, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel voll auszuschöpfen, um zur Wiederbelebung des demokratischen Europas beizutragen, und erkennt die Rolle der Europäischen Gemeinschaft in diesem Prozeß an;
3. ist ferner entschlossen, in „den unablässigen Bemühungen um die Erzielung einer verstärk-

- ten Komplementarität, Reziprozität, Kohäsion und Effizienz im Interesse des gesamten demokratischen Europas“ (Entschließung 805) ihre eigene Rolle zu spielen, indem sie sich insbesondere um engere Kontakte zum direkt gewählten Europäischen Parlament auf der Ebene der Präsidenten, Präsidien, politischen Gruppen, Ausschußvorsitzenden, Berichterstatter und Sekretariate bemüht;
4. begrüßt die Beschlüsse, die der Europäische Rat in Fontainebleau (25. bis 26. Juni 1984) gefaßt hat, so u. a. die Einsetzung von ad hoc-Ausschüssen in den Schlüsselbereichen: „Ein Europa der Bürger“ und „Institutionelle Angelegenheiten“; wobei der letztgenannte Ausschuß beauftragt wurde, Vorschläge zur Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit sowohl im Gemeinschaftsbereich als auch in anderen Bereichen zu erarbeiten;
 5. begrüßt ferner, daß in Fontainebleau der 1. Januar 1986 als Zeitpunkt für den Beitritt Portugals und Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften bestätigt wurde;
 6. bringt jedoch ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft der Zehn (oder Zwölf) und den anderen europäischen Demokratien, die sich nach den Bestimmungen der Satzung des Europarates ebenfalls zur Verwirklichung einer größeren europäischen Einheit verpflichtet haben, eine wachsende Kluft entstehen könnte, und verweist auf den hervorragenden Beitrag und das bisher nicht vollständig ausgeschöpfte Potential dieser Länder in Bereichen wie etwa dem Dialog Westeuropas mit Osteuropa, dem Nahen Osten und Lateinamerika und der Diskussion über die Weiterentwicklung demokratischer Einrichtungen;
 7. begrüßt die Tatsache, daß das Ministerkomitee in regelmäßigen Abständen politische Fragen im Zusammenhang mit den europäischen Ost-West-Beziehungen und dem Nord-Süd-Verhältnis erörtert;
 8. begrüßt die Dialogbereitschaft des Ministerkomitees, die vor kurzem in dem Meinungsaustausch zwischen seinem amtierenden Vorsitzenden und dem Politischen Ausschuß (Paris, 13. September 1984) und im Ständigen Ausschuß (Oslo, 28. Juni 1984), in den jeweiligen Gesprächen mit dem Vorsitzenden der Delegierten der Minister und dem Vorsitzenden und Sprecher der Arbeitsgruppen über die Verbesserung der Arbeitsmethoden bzw. die Rolle des Europarates im europäischen Integrationsprozeß zum Ausdruck kam, was insofern um so wertvoller war, als die Berichte der Arbeitsgruppen, die für die 75. Tagung des Ministerkomitees (Straßburg, 22. November 1984) ausgearbeitet werden, noch nicht ihre endgültige Form erhalten hatten;
 9. fordert alle Regierungen der Mitgliedstaaten und das Ministerkomitee auf, die Möglichkeit einer Beteiligung der osteuropäischen Länder an den intergouvernementalen Aktivitäten des Europarates, wie etwa in den Bereichen Kultur, Erziehung und Umwelt, zu erkunden;
 10. erkennt an, daß die ad hoc-Ausschüsse, deren Einsetzung in Fontainebleau beschlossen wurde, aus den Vertretern der Staats- und Regierungschefs der ZEHN bestehen, bringt jedoch die Überzeugung zum Ausdruck, daß diese bestrebt sein werden, die größere Dimension des Europas der 21 Demokratien, zu dem all ihre Länder gehören, nicht außer acht zu lassen;
 11. empfiehlt dem Ministerkomitee, anlässlich seiner 75. Tagung mit Blick auf all seine weiteren Entscheidungen folgende Aspekte in Betracht zu ziehen:
 - A. Zum Thema „Komplementarität mit der Europäischen Gemeinschaft“
 - i. Jedes Projekt eines „Europas der Bürger“ müßte die Notwendigkeit einer erweiterten europäischen Zusammenarbeit, die alle europäischen Demokratien umfaßt, zum Ausgangspunkt nehmen und die vom Europarat seit seiner Gründung im Jahre 1949 geleistete Arbeit berücksichtigen;
 - ii. die jüngsten Bekräftigungen der Komplementarität und der Absicht, jedes Überschneiden der Arbeitsprogramme der verschiedenen europäischen Institutionen zu vermeiden, sind zwar begrüßenswert, müssen jedoch durch ständige Bemühungen um eine Synchronisierung der Aktivitäten unterstützt werden, die rechtzeitig, d. h. in der Planungsphase zu unternehmen sind;
 - iii. solange die wünschenswerte Schaffung von eher pragmatischen (statt formalen und institutionalisierten) Verbindungsmechanismen für diesen Zweck noch aussteht, muß der Generalsekretär des Europarates ermutigt und mit allen erforderlichen Vollmachten ausgestattet werden, um in Brüssel im Interesse der Erzielung echt komplementärer Arbeitsprogramme zu verhandeln;
 - iv. würden neue Symbole der europäischen Identität, wie etwa eine Flagge oder eine Hymne zusätzlich zu denjenigen geschaffen, die 1955 bzw. 1972 von den Mitgliedstaaten des Europarates — unabhängig von einer eventuellen Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft — ausgewählt worden sind, so riskierte man ernsthaft, zu einer noch stärkeren Verwirrung der europäischen Bürger beizutragen; das Ministerkomitee sollte daher bestätigen, daß die Flagge und die Hymne des Europarates den Gemeinschaften zur Verfügung gestellt werden können.
 - v. Das Ministerkomitee sollte sich an die zuständigen Behörden der Gemeinschaft wenden, um sicherzustellen, daß entsprechende Vorkehrungen für die Herstellung einer Verbindung zwischen den in Absatz 4 oben erwähnten Ausschüssen und dem Europarat

— seinem Ministerkomitee und seiner Parlamentarischen Versammlung — getroffen werden;

B. Zum Thema „Institutionelle Entwicklungen“

- i. Wenn der Europarat mit seinen flexiblen Strukturen ganz offensichtlich in einem Europa „der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und der variablen Geometrie“ eine wesentliche Rolle zu spielen hat, sollten neue institutionelle Bestimmungen nicht die Gefahr bergen, den spezifischen Charakter der Europäischen Gemeinschaft zu gefährden oder zu schwächen. Diese muß den beitragswilligen Ländern — Spanien und Portugal — wie auch allen anderen Ländern weiterhin eine Perspektive der echten Solidarität bieten, wie sie der Begriff „Gemeinschaft“ impliziert;
 - ii. mit Blick auf die dem in Fontainebleau eingesetzten ad hoc-Ausschuß übertragene Aufgabe, Vorschläge für die Verbesserung des Ablaufs der europäischen Zusammenarbeit zu unterbreiten, sollten angemessene Verbindungen zu der Kommission bedeutender Staatsmänner (Zusammensetzung und Aufgabenstellung sind im Anhang zu dieser Empfehlung wiedergegeben) hergestellt werden, deren Einsetzung entsprechend der Entschließung 805 (1983), die sich mit einer erweiterten europäischen Zusammenarbeit befaßt, erfolgen wird; die Versammlung beabsichtigt, ihre Überlegungen zur Zukunft der europäischen Integration fortzusetzen, denn der Europarat kann sich in dieser Frage nicht auf eine Zuschauerrolle beschränken;
 - iii. damit das intergouvernementale Organ des Europarates seine Möglichkeiten zur Lösung der Probleme seiner Mitgliedstaaten voll ausschöpfen kann, sollte das Ministerkomitee die „Einstimmigkeitsregelung“ überprüfen, denn sie behindert seine Entscheidungsbildung in einigen wichtigen Bereichen;
 - iv. sollte die Westeuropäische Union nach der Ende Oktober 1984 in Rom stattfindenden Ministertagung wichtige neue Funktionen übernehmen, so sollte das Ministerkomitee insbesondere die durch die Satzungstexte geschaffene Situation erörtern, um eine größere Effizienz der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Abstimmung mit den WEU-Organen sicherzustellen;
12. empfiehlt dem Ministerkomitee, einem Meinungsaustausch mit der Versammlung über die Verwirklichung dieser Vorschläge, vor allem Absatz 11 B (ii), während des für den 21. November 1984 vorgesehenen Kolloquiums zuzustimmen.

Anhang

**Kommission bedeutender Staatsmänner —
Mitgliedschaft und Aufgabenstellung**

1. Gemäß Entschließung 805 (1983) der Versammlung betr. die europäische Zusammenarbeit in den 80er Jahren (Allgemeine Politik des Europarates) wird eine Kommission bedeutender Staatsmänner eingesetzt werden, deren Aufgabe es sein wird, die Perspektiven der europäischen Zusammenarbeit über die derzeitige Dekade hinaus zu formulieren.
2. Der Kommission werden Persönlichkeiten aus Mitgliedsländern und Nichtmitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft angehören, die ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen werden. Sie soll einen Beitrag zu den derzeitigen Diskussionen und Überlegungen über die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit leisten.
3. Nach ausführlichen Beratungen unter den Mitgliedern des Politischen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung und unter Berücksichtigung der in der Entschließung 805 aufgeführten Kriterien wird sich die Kommission wie folgt zusammensetzen:

Emilio COLOMBO (Italien), Vorsitzender
ehemaliger Außenminister (Christdemokrat);

José-Maria de AREILZA (Spanien)
ehemaliger Außenminister, ehemaliger Präsident der Parlamentarischen Versammlung (Unabhängiger Liberaler);

Pieter DANKERT (Niederlande)
Ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, ehemaliges Mitglied der Parlamentarischen Versammlung (Sozialist);

Maurice FAURE (Frankreich)
ehemaliger Minister, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments (Sozialistische Liste),
Mouvement des radicaux de gauche;

Knut FRYDENLUND (Norwegen)
ehemaliger Außenminister, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung (Sozialist);

Kai-Uwe VON HASSEL (Bundesrepublik Deutschland)
ehemaliger Bundesminister, ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages und der Versammlung der WEU (Christdemokrat);

Alois MOCK (Österreich)
Vorsitzender der Internationalen Demokratischen Union (Christdemokrat);

Geoffrey RIPPON (Vereinigtes Königreich)
ehemaliger Minister für europäische Angelegenheiten (Konservativer).

4. Die Mitglieder der Kommission bedeutender Staatsmänner werden ihre Aufgabe eigenverantwortlich, unabhängig von ihren nationalen

Verpflichtungen, Interessen oder ihrer Zugehörigkeit zu internationalen Einrichtungen wahrnehmen.

Sie werden zur Aufgabe haben:

- Ansichten und Vorschläge zu unterbreiten, die zu einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen allen demokratischen Staaten Europas führen, damit eine Vergrößerung der Kluft zwischen diesen Staaten vermieden wird;
- fortschrittliche und realistische Anregungen in bezug auf die Hauptbereiche des Lebens der europäischen Staatsbürger zu geben, die zur Schaffung eines vollständig geeinten Europas beitragen könnten.

Die Kommission sollte ferner prüfen, in welchem Maße die bestehenden europäischen Institutionen den Realitäten und Forderungen des Europas von morgen angepaßt sind.

Die Kommission sollte langfristige Vorschläge sowie Projekte unterbreiten, die sich zur unmittelbaren und praktischen Durchführung zum Wohle des europäischen Bürgers eignen.

Bei ihrer Arbeit sollten die Kommissionsmitglieder nicht die Tatsache außer acht lassen, daß Europa nicht nur die westeuropäischen Demokratien umfaßt. Ihre Hauptaufgabe sollte jedoch darin bestehen, die Einheit der pluralistischen Demokratien Europas zu stärken und jede gegenläufige Tendenz abzuwehren.

5. Die Kommission wird ihr eigenes Arbeitsprogramm ausarbeiten und über ihre Arbeitsmethoden entscheiden. Die notwendige administrative Unterstützung erfolgt durch das Generalsekretariat des Europarates.

Die jeweiligen nationalen Parlamente könnten ersucht werden, die Kosten zu übernehmen, die für jeden bedeutenden Staatsmann in Zusammenhang mit den Arbeiten innerhalb der Kommission entstehen.

6. Die Kommission wird ferner über die Art und Weise der Vorlage von Berichten und Empfehlungen entscheiden und dabei u. a. das Arbeitsprogramm der ad hoc-Ausschüsse „Ein Europa der Bürger“ und „Institutionelle Angelegenheiten“ berücksichtigen, die im Juni 1984 in Fontainebleau vom Europäischen Rat eingesetzt worden sind. Die Kommission wird bei ihren Arbeiten in enger Verbindung mit den ad hoc-Ausschüssen der Europäischen Gemeinschaft sowie dem Politischen Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung des Europarates durch dessen Generalberichterstatter stehen. Der Generalberichterstatter sollte die Ausarbeitung eines Zwischenberichts spätestens für die Herbstsitzung 1985 vorsehen.
7. Die Kommission wird durch Konsensentscheidung des Gemischten Ausschusses in dessen Sitzung im November 1984 offiziell eingesetzt werden, so daß sie ihre Arbeit spätestens im Januar 1985 aufnehmen kann.

Empfehlung 995 (1984)

betr. die europäische kulturelle Zusammenarbeit in den Jahren 1982 bis 1984

Die Versammlung

1. hat den Bericht ihres Ausschusses für Kultur und Erziehung über die europäische kulturelle Zusammenarbeit in den Jahren 1982 bis 1984 zur Kenntnis genommen (Dok. 5288);
2. verweist auf ihre früheren Beschlußtexte zu diesem Thema und die in jüngster Zeit angenommene Empfehlung 940 (1983) über die europäische kulturelle Zusammenarbeit, die Entschließung 805 (1983) über die europäische Zusammenarbeit in den 80er Jahren sowie die Entschließung 807 (1983) über die europäische kulturelle Zusammenarbeit im Bereich der Erziehung, die Empfehlung 993 (1984) über die europäische Zusammenarbeit im Bereich des Sports und die Empfehlung 902 (1980) über die europäische Zusammenarbeit auf dem Jugendsektor;
3. ist darüber besorgt, daß das Ministerkomitee trotz seiner Zusicherungen, die es im Oktober 1979 in Beantwortung der Empfehlung 850 (1979) und im November 1981 anlässlich der 69. Tagung des Ministerkomitees gegeben hat, keine konstruktiven Schritte unternommen hat, um die Rolle des Europarates im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit zu stärken;

Zum Thema Europäische Kulturkonvention

4. bekräftigt ihre Auffassung, daß die Europäische Kulturkonvention die Hauptgrundlage für die europäische kulturelle Zusammenarbeit im weitesten Sinne einschließlich Erziehung und Bildung darstellt;
5. ist überzeugt, daß die kulturelle Zusammenarbeit auf der Grundlage der Europäischen Kulturkonvention so offen und flexibel bleiben muß, wie sie derzeit ist, um Weiterentwicklung und Verbesserungen zu ermöglichen, und ist ferner überzeugt, daß dieser Zusammenarbeit keine endgültige Struktur auferlegt werden sollte;
6. begrüßt den von den europäischen Kultusministern in Berlin formulierten Vorschlag, die Möglichkeiten einer Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an der Konvention zu prüfen, und empfiehlt dem Ministerkomitee, die Möglichkeit zu erwägen, der Europäischen Gemeinschaft einen Status zu gewähren, der dem der derzeitigen Mitglieder der Konvention ähnlich ist;
7. empfiehlt dem Ministerkomitee, darüber hinaus zu erwägen, auch andere Länder zur Mitwirkung in der europäischen kulturellen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Konvention aufzufordern;

Zum Thema europäische Erklärung über kulturelle Ziele

8. begrüßt die Europäische Erklärung über kulturelle Ziele, die von den Kultusministern in Berlin angenommen wurde, als eine Erklärung kultureller Ziele, der in allen Bereichen staatlicher Politik Rechnung getragen werden kann und die somit dazu beiträgt, die Bedeutung kultureller Werte stärker ins Bewußtsein zu rücken;
9. unterstützt die Übermittlung der Erklärung an die nationalen Parlamente, an das Europäische Parlament und an andere Gremien wie den Nordischen Rat und die Versammlung der Benelux-Staaten;
10. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Veröffentlichung und Verbreitung des Textes (einschließlich des Memorandums) zu erwägen, in Anbetracht der Tatsache, daß die Publikation laufender Arbeiten des Europarates Vorrang hat;

Zum Thema Fachminister und ihre Beziehungen zum Ministerkomitee

11. erinnert an ihre Unterstützung der Rolle der Ständigen Konferenz der europäischen Bildungsminister als übergreifendes Gremium für die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich (Entschließung 807, Absatz 14);
12. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Möglichkeit zu erwägen, alle Ministerkonferenzen im Kulturbereich aufzufordern:
 - a) alle Staaten, die der Europäischen Kulturkonvention angehören, einzubeziehen;
 - b) als übergreifende Gremien für alle europäischen Aktivitäten in jedem spezifischen Bereich zu fungieren;
 - c) eine Koordinierung zwischen den einzelnen Fachkonferenzen sicherzustellen;
 - d) die Aktivitäten der Organisationen, die im Kulturbereich tätig sind, aufmerksamer zu verfolgen, insbesondere durch eine auf nationaler Ebene durchzuführende verstärkte Abstimmung zwischen den Vertretern der Fachministerien und der Außenministerien in diesen Organisationen;
13. empfiehlt, daß zu diesem Zweck das Ministerkomitee selbst
 - a) sich in den Fachministerien um vollständigere und spezifischere Orientierungshilfen in Fragen des kulturellen Bereichs bemüht;
 - b) die Möglichkeit ins Auge faßt, Vertreter aller Vertragsparteien der Europäischen Kulturkonvention zu den Diskussionen über Fragen in diesem Bereich, insbesondere auf der Ebene der Ministerstellvertreter einzuladen;

Zum Thema Mittelfristiger Plan

14. ist überzeugt, daß die Ausarbeitung des nächsten Mittelfristigen Plans des Europarates für 1987 bis 1992 eine Gelegenheit zur eingehenden Prüfung der Strukturen und Prioritäten der intergouvernementalen Tätigkeiten des Europarates im Kulturbereich bietet;
15. empfiehlt dem Ministerkomitee, den Kulturbereich in folgende Gebiete zu unterteilen:
 - a) kulturelles Erbe (Kunstaussstellungen, Museen, Kunstgegenstände, Architektur, Archäologie),
 - b) Medien,
 - c) schulische Erziehung und Weiterbildung (einschließlich Musik- und Kunstunterricht),
 - d) Forschung und Wissenschaftskooperation,
 - e) kulturelle Entwicklung,
 - f) soziale Gruppen,
 - g) Sport;

Zum Thema größere Folgewirkungen der Tätigkeit des Europarates

16. empfiehlt dem Ministerkomitee, um die Folgewirkungen der Tätigkeit des Europarates im Kulturbereich zu vergrößern:
 - a) der Ausarbeitung und Verbreitung bedeutender Veröffentlichungen über aktuelle Arbeiten auf kulturellem Gebiet gegebenenfalls über kommerzielle Verlage, Priorität zu verleihen,
 - b) die erforderlichen Haushaltsmittel zur Aufrechterhaltung des Kommunikationsnetzes in den Mitgliedstaaten zu bewilligen,
 - c) dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitstagungen nicht nur in Straßburg, sondern öfter in den Mitgliedstaaten stattfinden;

Zum Thema Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft

17. ist entschlossen, soweit dies durchführbar ist, die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und anderen im Kultur- und Erziehungsbereich tätigen Gemeinschaftsorganen fortzusetzen;
18. stellt fest, daß die Europäische Gemeinschaft ihre Tätigkeit im Kulturbereich wesentlich verstärkt hat, und vermerkt insbesondere
 - a) die besondere Bedeutung, die der kulturellen Zusammenarbeit in den Erklärungen des Europäischen Rates von Stuttgart (1983) und Fontainebleau (1984) beigemessen wird;
 - b) die Einrichtung von Zusammenkünften der Erziehungs- und Kultusminister auf Gemeinschaftsebene;

- c) die Erhöhung der Haushaltsmittel für Maßnahmen der Gemeinschaft auf den Gebieten Erziehung und Kultur;
 - d) die Behandlung des gesamten Bereichs in den Texten, die das erste direkt gewählte Europäische Parlament angenommen hat;
19. erinnert an die in ihrer EntschlieÙung 805, Absatz 8, geäußerte Auffassung, daß „es im kulturellen Bereich und auf einigen anderen Gebieten der technischen Zusammenarbeit angebracht ist, zwischen der Rolle des Europarates, die in der Förderung einer engeren Zusammenarbeit besteht, und den Zielen anderer Gremien, die sich für die europäische Einigung oder eine politische Union einsetzen, zu unterscheiden“;
 20. stellt ferner fest, daß die zunehmende Disparität zwischen dem Europarat und der Europäischen Gemeinschaft in bezug auf die Ressourcen gemeinsame Unternehmungen auf paritätischer Grundlage immer mehr erschwert;
 21. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Europäische Gemeinschaft aufzufordern, an den Fachkonferenzen und den eigenen Beratungen über kulturelle Fragen teilzunehmen, wobei der Status der Europäischen Gemeinschaft dem der anderen Teilnehmerstaaten ähnlich sein sollte.
5. stellt fest, daß die im Rat der Europäischen Gemeinschaft tagenden Kultusminister in Luxemburg im Juni 1984 eine ähnliche Haltung in bezug auf die Notwendigkeit eines konzertierten europäischen Vorgehens im Medienbereich eingenommen haben;
 6. nimmt ferner die Vorschläge zur Kenntnis, die das Europäische Parlament in seiner EntschlieÙung über den Markt für Videokassetten, die Gewalt und Brutalität darstellen, unterbreitet hat;
 7. bedauert daher um so mehr die übervorsichtige Antwort des Ministerkomitees auf die Empfehlungen 963 und 964 in bezug auf die Medien;
 8. empfiehlt dem Ministerkomitee, diese Antwort angesichts der in Berlin und Luxemburg vertretenen Positionen und auf der Grundlage einer besseren Koordination der Politiken der beiden Lenkungsausschüsse für Massenmedien (CDMM) und für kulturelle Zusammenarbeit (CDCC) zu überprüfen;
 9. unterstützt die von den Ministern in Berlin erhobene Forderung nach einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten des Europarates und betont insbesondere die Notwendigkeit von Maßnahmen in bezug auf
 - a) die Herstellung und Verbreitung europäischer Programme;
 - b) das Urheberrecht und andere die Medien betreffende Rechtsfragen;
 - c) die Qualität des Programminhalts und Maßnahmen zur gesetzlichen Regelung der Verbreitung von Videokassetten, die Gewalt und Brutalität darstellen und einen schädlichen Einfluß auf Kinder und Erwachsene haben können.

Empfehlung 996 (1984)

**betr. die Tätigkeit des Europarates
in bezug auf die Medien**

Die Versammlung

1. hat die von den europäischen Ministern für kulturelle Angelegenheiten in Berlin 1984 angenommenen EntschlieÙungen über Kultur und Kommunikationstechnologie sowie über die Verbreitung von Gewalt und Brutalität darstellen den Videokassetten zur Kenntnis genommen;
2. teilt die Ansicht der Minister, daß „die technologische Innovation mit all ihren Möglichkeiten und Gefahren zu grundlegenden Veränderungen in den Kommunikationssystemen führt und die Kommunikation zu einem wichtigen Träger der weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und des verbesserten gegenseitigen Verständnisses werden lassen“;
3. ist sich ferner bewußt, daß „es in einer Zeit, in der die Grenzen geöffnet und die Produktionssysteme als Folge der Einführung neuer Technologien reorganisiert werden, notwendig ist, lokale, regionale und nationale kulturelle Identitäten zu erhalten und zu entwickeln“;
4. erinnert ferner an ihre Empfehlung 963 (1983) über kulturelle und erzieherische Möglichkeiten zur Verringerung von Gewalt und die Empfehlung 964 (1983) über eine europäische Auszeichnung für Gewaltlosigkeit und begrüßt, daß sich die Minister in Berlin ebenfalls mit dem Thema Gewalt in den Medien beschäftigten;

Mittwoch, 3. Oktober 1984

Tagesordnungspunkt:

**Spanien, Portugal und die Europäische
Gemeinschaft: Landwirtschaftliche Aspekte
und Erweiterung**

(Drucksache 5260)

Berichterstatter: Abg. Dr. Müller

(Themen: Willkommene Gäste zu einer unwillkommenen Stunde — Die Lage Spaniens und Portugals — Schwierigkeiten und Möglichkeiten für den Beitritt: die Krise der gemeinsamen Agrarpolitik, wachsender Wettbewerb, Neuorientierung des Handels mit Konsequenzen für die Drittländerexporte, vergrößerter EG-Binnenmarkt)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen! Die Parlamentarische Ver-

sammlung des Europarates befaßt sich heute mit der Frage der Agraraspekte des **Beitritts Spaniens und Portugals**. Während wir, die Parlamentarier aus 21 Ländern, hier tagen, laufen gerade am heutigen Tage die Verhandlungen zwischen den beiden Beitrittsländern und der Europäischen Gemeinschaft weiter. Damit wird deutlich gemacht, welche Bedeutung diese Frage hat. Das geht nicht zuletzt auch daraus hervor, daß Sie, sehr verehrter Herr Präsident, und auch unser Generalsekretär dieser Debatte beiwohnen.

Wir müssen leider feststellen, daß die ursprünglichen Pläne, die Verhandlungen zwischen Spanien und Portugal und der Europäischen Gemeinschaft über den Beitritt zum 30. September abzuschließen, nicht eingehalten worden sind. Wir müssen weiter mit Bedauern feststellen, daß bei diesen Verhandlungen die eigentlichen Schlüsselfragen im Zusammenhang gerade mit der Agrarpolitik bis heute nicht gelöst sind. Ich betonte gerade, daß heute wieder verhandelt wird.

Wir erkennen daran, daß das Problem nicht ganz einfach ist. Wir sehen, daß die Kompliziertheit der Frage vor allem dadurch deutlich wird, daß sich die EG selbst Probleme geschaffen hat, die im Grunde genommen überhaupt nichts mit dem Beitritt zu tun haben. Das heißt, daß die Europäische Gemeinschaft als solche erst einmal ihre Schwierigkeiten im gemeinsamen Agrarmarkt lösen muß, wenn es sinnvoll sein soll, die Verhandlungen mit Spanien und Portugal abzuschließen. In all den Bereichen, wo es im Besitzstand keine Änderung gegenüber der EG gibt, sind die Verhandlungen natürlich abgeschlossen. Die Bereiche Verkehr, Regionalpolitik, Kapitalbewegungen, Harmonisierung der Rechtsvorschriften, Umwelt- und Verbraucherschutz, Forschung, Energie, Niederlassungsrecht konnte man abhaken. Die großen Probleme der Agrarpolitik sind aber nicht gelöst. Ich betone noch einmal: Das hängt nicht in erster Linie mit den Problemen Spaniens und Portugals, sondern damit zusammen, daß der **EG-Agrarmarkt** als solcher in einer **Krise** steckt und diese Krise bewältigt werden muß.

Ich halte es auch für richtig, sehr verehrte Kollegen, daß mit den Verhandlungen mit Spanien und Portugal eine Bereinigung der Probleme des EG-Agrarmarktes Hand in Hand geht. Es ist besser, konzentriert vielleicht etwas länger zu verhandeln, als Kompromisse, eventuell sogar faule Kompromisse zu schließen, die dann später neue Probleme aufwerfen. Wir haben es sowohl bei den Beitrittsverhandlungen mit Irland, Dänemark und Großbritannien im Jahre 1973 als auch bei den Beitrittsverhandlungen mit Griechenland im Jahre 1981 erlebt, daß man damals nicht alle Probleme gelöst hat. Bei dem Beitritt Großbritanniens war z. B. die Frage der Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft schon angesprochen worden. Die Frage einer fairen Behandlung Großbritanniens stand damals schon zur Debatte. Man kam aber nicht zu einer Lösung. Wir schleppen das Problem, wie wir alle wissen, seitdem mit uns mit.

Wie schwierig die Probleme der Agrarpolitik sind, kann ich aus eigener leidvoller Erfahrung sagen,

denn ich vertrete einen Wahlkreis im südlichen Bayern, in dem die Probleme des **europäischen Milchmarktes** heute erhebliche Auswirkungen gerade auf die kleinen Bauern haben. Ich weiß als Politiker und Parlamentarier, welche Schwierigkeiten das macht. Ich erwähne dies deswegen im Zusammenhang mit diesem Bericht, weil wir es in den Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal vor allem in zwei Bereichen mit Problemen zu tun haben, die gelöst werden müssen. Diese Probleme bestehen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft jetzt schon. Sie werden aber nach dem Beitritt vor allem Spaniens noch zusätzlich verschärft. Ich meine den **Olivölmarkt** und den **Weinmarkt**.

Ich will Ihnen hierzu nur ein paar Zahlen nennen. Der Verbrauch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft an Wein betrug 1975 150 Millionen Hektoliter. Dem stand eine Produktion von 154 Millionen Hektoliter gegenüber. Das heißt, die Europäische Gemeinschaft war ein Nettoimporteur von Wein. Es wurde mehr verbraucht als erzeugt. Im letzten Jahr sah es so aus: Die Produktion ist auf 165 Millionen Hektoliter angestiegen, während der Verbrauch auf 135 Millionen Hektoliter zurückgegangen ist. Das heißt, es wird nicht mehr soviel Wein getrunken, und die Europäische Gemeinschaft produziert jetzt schon mehr Wein, als sie selbst verbraucht. Wir wissen, daß das ein Problembereich ist, über den in den Verhandlungen gründlich beraten werden muß, um nicht ähnliche Schwierigkeiten, wie wir sie heute auf dem Milchmarkt haben, in ein paar Jahren auf dem Sektor des Weins zu haben.

Schon jetzt braucht die Europäische Gemeinschaft im Bereich der Weinmarktordnung im Jahr 1984, wie man schätzt, 1 Mrd. ECU an Haushaltsmitteln, obwohl nur 500 Millionen ECU eingeplant sind.

Ähnliche Probleme können beim Olivenöl auftreten, wo die Produktion heute 500 000 t in Italien und 250 000 t in Griechenland beträgt. Dazu kommen nach der Aufnahme Spaniens und Portugals 450 000 t in Spanien und 45 000 t in Portugal. Es ist völlig klar, daß auch hier eine vernünftige Ordnung geschaffen werden muß.

Ebenfalls tauchen im Bereich der Produktion von **Obst und Gemüse** ähnliche Probleme auf; aber dort gibt es keine Marktordnungen. Allein Spanien erbringt 25% der Obstproduktion der Europäischen Gemeinschaft. Das zeigt, um welche Größenordnungen es hier geht.

Ich möchte nur auf die landwirtschaftlichen Aspekte hinweisen, aber in Klammern anmerken, daß es durchaus auch im industriellen Bereich Probleme gibt, etwa bei der Stahlindustrie. Spanien bemüht sich, wie wir wissen, zur Zeit unter großen internen Schwierigkeiten, die Frage der Überproduktion im Stahlbereich zu lösen, wie es auch in anderen EG-Ländern der Fall ist.

Die Krise des europäischen Agrarmarktes jetzt im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit Spanien und Portugal zu lösen scheint mir entscheidend zu sein, vor allem wenn man bedenkt, daß zwei Drittel des Volumens des gemeinsamen euro-

päischen Haushalts für den Agrarmarkt aufgewendet werden. Wir brauchen gerade im Hinblick auf den Beitritt Spaniens und Portugals mehr Mittel im europäischen Haushalt für Bereiche der Strukturpolitik und der Sozialpolitik, um den Lebensstandard innerhalb der zwölf Mitgliedsländer anzugleichen. Wir wissen alle, daß hier ein Gefälle besteht und größer wird, weil ein Beitrittskandidat, nämlich Portugal, einen im Vergleich zu den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft besonders niedrigen Lebensstandard hat.

Die Minister bzw. die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben beschlossen, die EG-Mittel zu erhöhen, nämlich den **Mehrwertsteueranteil** von 1 auf 1,4% anzuheben, um Mittel gerade im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen zu haben und auch Mittel für die Bereiche, die ich vorhin erwähnt habe: Strukturpolitik, Sozialfonds, Regionalfonds usw. Aber sie haben zugleich beschlossen, daß dies nur dann in Kraft treten soll — das vertreten einige Mitgliedsländer sehr hart —, wenn der Agrarmarkt geordnet ist.

Außer zur Agrarpolitik, liebe Kollegen, wäre auch einiges zum Bereich der **Fischerei** zu sagen. Die Fischerei spielt in Spanien eine außerordentlich große Rolle. Spanien hat die drittgrößte Fischereiflotte der Welt, hat den größten Fischverbrauch pro Kopf, bezogen auf die erweiterte EG, also auf die Zwölf. Allein das zeigt die Bedeutung der Verhandlungen auf dem Gebiet der Lösung der Fischereifragen.

Nun glaube ich nicht, daß es angeht, was sich bei den Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft bisher gezeigt hat, nämlich Spanien für eine Übergangszeit von acht oder zehn Jahren aus der gemeinsamen europäischen Fischereipolitik auszuschließen. Ich glaube, man muß hier von Anfang an eine vernünftige Lösung finden, indem man Spanien in die Kompromisse, die man innerhalb der Europäischen Gemeinschaft der Zehn durch die Quotenaufteilung gefunden hat, rechtzeitig einbezieht.

Wir dürfen nicht — das möchte ich ausdrücklich betonen — zu einer Europäischen Gemeinschaft von Staaten zweier Klassen kommen: die alten Zehn und die neuen Zwei, welche hinzukommen und dann eine lange Übergangsfrist mit Bedingungen eingeräumt bekommen, die für sie nicht sehr erfreulich sind. Vielmehr müssen wir danach trachten, daß die Verhandlungen rechtzeitig zu klaren Konzepten führen, die der erweiterten Gemeinschaft der Zwölf dienen.

Da meine Redezeit abläuft, lassen Sie mich nur noch zwei wichtige Anmerkungen machen.

Wir müssen bei diesen Verhandlungen auch berücksichtigen, daß es Interessen außerhalb der Europäischen Gemeinschaft gibt. Die **Maghreb-Länder** und **Israel** sind ja durch bestimmte Verträge mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden und sind bezüglich ihrer Produkte zum Teil Konkurrenten zu Spanien und Portugal. Die Europäische Gemeinschaft und die Europäer können kein Interesse

daran haben, daß in Nordafrika etwas entsteht, was unter sozialen Gesichtspunkten von uns nicht verantwortet werden kann. Daraus, daß wir am Montag über die Nord-Süd-Fragen diskutiert haben, ergibt sich, daß wir auch hier eine gewisse Verantwortung tragen.

Lassen Sie mich zum Schluß den entscheidenden Punkt anführen. Ich persönlich bin der Meinung, daß all diese Fragen, die bei den Verhandlungen in der Agrarpolitik eine Rolle spielen, in hartem Ringen sicher gelöst werden können, daß es bei diesen Verhandlungen Kompromisse geben und der eine und der andere nachgeben muß. Aber man kann sich auf einen vernünftigen Kompromiß einigen.

Letztlich geht es jedoch nicht etwa um die Quote von Sardinien oder um die Qualität von Weinen oder um die Zuckering des Weins oder um den Export von Tomatenmark. Die Europäische Gemeinschaft, unser gemeinsames Europa ist mehr als Tomatenmark und Sardinien. Unser gemeinsames Europa ist eine Idee. Aus der Idee des gemeinsamen Europas gehören Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft.

Deswegen trete ich persönlich und tritt auch unser Ausschuß — wir haben das bei unseren Gesprächen in Spanien und in unserer Sitzung in Almaria auch mit den Verantwortlichen in Spanien erörtert — mit Entschiedenheit dafür ein, daß Spanien und Portugal Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden. Sie haben immer zu Europa gehört. Sie haben Europa gerade im Mittelalter viel gegeben. Der Geist der Antike ist damals über Spanien wieder nach Europa gekommen. Die Manuskripte sind dort übersetzt worden und haben das europäische Geistesleben beeinflusst.

Spanien und Portugal gehören zu Europa. Deswegen sagen wir ja zu ihrem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.

Dr. Müller (CDU/CSU): Ich darf gleich auf die Ausführungen des Kollegen Woodall eingehen. Er hat heute vormittag eine Geschichte von einem Mann erzählt, der 97 Jahre alt war und dieses Alter erreicht hat, obwohl er nicht geraucht und nicht getrunken hat. In meiner Rede zum Sportbericht habe ich auf folgende Geschichte wohlweislich nicht Bezug genommen.

Die Geschichte erinnert auch an ein früheres Mitglied unserer Versammlung, den bekannten Europäer und englischen Premierminister Winston Churchill. Er ist einmal in einem Interview von einem Journalisten gefragt worden, wie er es geschafft habe, daß er so alt und so tatkräftig sei; denn es sei ja bekannt, daß er durchaus den Brandy liebe und starke Zigarren rauche. Seine Antwort auf die Frage des Reporters war damals: „No sports.“ Also: kein Sport.

Soviel zu dem Humor, den Kollege Woodall heute in der Debatte gebracht hat.

Ich muß jetzt ohne Humor fortfahren. Kollege Woodall hat kritisiert, daß in meinem Bericht das **Europäische Musikjahr** nur kurz erwähnt sei. Wenn er den Bericht durchgelesen hat, hat er aber gemerkt, daß alles nur kurz erwähnt ist, selbstverständlich auch das Europäische Musikjahr. Das ist keine Mißachtung der Musik und des Musikjahres. Vielmehr bot sich diese kurze Art des Berichtens ganz einfach an wegen der Komplexität der vielen Vorgänge, die zu berichten waren. Er mag die Wertschätzung des Europäischen Musikjahres durch den Kulturausschuß schon daran erkennen, daß wir dafür einen eigenen Unterausschuß haben, der sich ständig damit beschäftigt.

Ich bin dankbar, daß Kollege Aano — ich glaube, er war es — an den McNamara-Report erinnert hat, der sich mit der Frage der europäischen Zusammenarbeit beschäftigt hat. Ich darf auch den anderen Kollegen, soweit sie sich mit dem Kulturbericht beschäftigt haben, herzlich für ihre Beiträge danken.

Auch die Rolle des Generalsekretärs ist angesprochen worden; ich glaube, auch das hat Kollege Aano getan. Da wir den neuen amtierenden **Generalsekretär** unter uns haben, spreche ich die große Hoffnung und Bitte aus, daß er sich auch die kulturelle Zusammenarbeit in Europa besonders ans Herz legen läßt. Die beiden letzten Generalsekretäre, sowohl Herr Karasek als auch sein Vorgänger Herr Kahn-Ackermann, waren jeweils vor diesem Amt Vorsitzende der Kulturkommission dieses Hauses, was unser gegenwärtiger Generalsekretär nicht war. Aber das bedeutet natürlich nicht, daß er sich deswegen nicht genauso der Kulturprobleme annehmen wird.

Lassen Sie mich dann zu meinem anderen Bericht kommen, sozusagen von der Kultur zur Agrikultur. Ich will nämlich etwas zum Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft sagen. Weitaus die meisten Beiträge unserer heutigen Diskussion haben sich mit diesem Problemkreis befaßt. Ich bin sehr dankbar dafür, daß das Echo auf meine Vorschläge sehr positiv war.

Ich möchte nur ein paar ganz kurze Anmerkungen und Ergänzungen machen, die mir wichtig erscheinen.

Hier hat ein Beobachter aus Israel gesprochen. Er wird zur Kenntnis genommen haben, daß ich in meinem Bericht auf die Probleme der Maghreb-Staaten und Israels bereits hingewiesen habe und sie von der Europäischen Gemeinschaft sicher zu berücksichtigen sind.

Was die Bedenken, die ein portugiesischer Kollege zur Struktur der portugiesischen Landwirtschaft in die Debatte eingeworfen hat, betrifft, so werden sie auch in meinem Bericht ausgeführt und sind mir durchaus bewußt. Ich glaube, man kann hier Spanien mit **Portugal** nicht vergleichen. Es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, gerade in Portugal die Landwirtschaft zu modernisieren. Hier sind Vorschläge im Sinne einer Einrichtung von Erzeugergemeinschaften, Maschinenringen und ähnli-

chem zu machen, die gerade den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben helfen können.

Hier ist natürlich auch die Europäische Gemeinschaft gefordert, die über den **Europäischen Regionalfonds** entsprechende finanzielle Unterstützungen für derartiges gewähren kann. Ich darf wieder auf Grund meiner eigenen Erfahrung aus meinem eigenen Wahlkreis, der in einer Grenzregion der Europäischen Gemeinschaft liegt, sagen: Die Hilfe, die die Europäische Gemeinschaft über den Regionalfonds — in meinem Bereich z. B. für die Modernisierung der Konservenindustrie — geleistet hat, war sehr, sehr wirkungsvoll. Ich glaube, daß die Europäische Gemeinschaft gerade im Hinblick auf Portugal, aber auch auf Spanien über den Regionalfonds erhebliches leisten können.

Ich war auch erfreut und überrascht darüber, daß Kollege Pollidoro, der noch immerhin ein italienischer Kommunist ist, ein so deutliches Plädoyer für die **Marktwirtschaft** gehalten hat. Er hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß die Überproduktion, wenn die Preise oberhalb des Marktniveaus angesetzt werden, geradezu herausgefordert wird. So ist es wirklich, und ich danke Ihnen, Kollege Pollidoro, für diese Feststellung. Ich möchte sie nur unterstreichen. Ich glaube, daß muß in der Gemeinschaft noch etwas mehr bedacht werden. Weil es noch nicht in dem erforderlichen Maße bedacht wird, haben wir im gemeinsamen Agrarmarkt ja Probleme.

Dankbar bin ich auch für die ergänzenden Bemerkungen, die zur **Forstproduktion in Portugal** gemacht wurden. Anfang Juli dieses Jahres konnte ich mich in Portugal auf dem Weg von Lissabon nach Coimbra wo ich die Ehre hatte, eine Europafahne zu verleihen, sowohl von dieser Forstproduktion überzeugen als auch die Probleme der portugiesischen Landwirtschaft, die dort in kleinen Enklaven unter besonderen Bedingungen arbeitet, erkennen.

Lassen Sie mich zu dem Thema der Überschußproduktion eine kleine Anregung in die Debatte einbringen. Wie Sie wissen, will mein Land, die Bundesrepublik, möglichst bald bleifreies Benzin und Autos mit Katalysatoren einführen. Nun hat eine Untersuchung ergeben, daß die Herstellung bleifreien Benzins in kurzer Zeit gar nicht so einfach ist, weil entsprechende Zusatzstoffe, die notwendig sind, z. B. Äthanol und Äther, von den Raffinerien nicht in dem entsprechenden Umfang produziert werden können. Wir wissen aber, daß das im Agrarbereich möglich ist. Brasilien ist ein berühmtes Beispiel dafür. Vielleicht werden in der Debatte über die Reform der europäischen Agrarwirtschaft auch in dieser Richtung Überlegungen angestellt — wenn wir schon einen so großen Überschuß beim Wein und Überschüsse auch in anderen Bereichen haben —, wie man die **industrielle Verwertung von Überschußprodukten** hier einbeziehen kann. Wenn das sogar noch mit dem Umweltschutz verbunden werden kann, wäre das ein besonders erfreuliches Ergebnis.

Meine sehr verehrten Kollegen, ich fasse zusammen. Heute vormittag hat sich in der Debatte ge-

zeigt, daß bei uns, die wir ja die alten, die älteren Europäer seit 1949 sind, der Geist des gemeinsamen Europa nach wie vor vorhanden ist und daß wir aus diesem Geist heraus, für den uns Kollege Edwards, einer unserer ältesten Kollegen, heute in seinem letzten Debattenbeitrag ja ein recht feuriges Beispiel gegeben hat, alle zu der Überzeugung gebracht werden müssen, daß Spanien und Portugal nicht aus Gründen der Agrarpolitik, nicht aus Gründen der Industriepolitik und nicht aus Gründen der Verteidigungspolitik, sondern aus dem einzigen und einfachen Grund, daß sie ein Bestandteil des Kernlandes Europa sind, zur Europäischen Gemeinschaft gehören.

Ich bitte Sie alle, den Antrag, die Empfehlung, hernach durch Ihre Stimme kräftig mit zu unterstützen.

Dr. Freiherr Spies von Bülesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist schon etwas, wenn in einer Versammlung wie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Kollegen und Kolleginnen aller Länder aufstehen und für den Beitritt von Portugal und Spanien zur Europäischen Gemeinschaft eintreten und wenn man in der Debatte von gestern und heute keine Stimme gehört hat, die sich dagegen ausspricht, und wenn man feststellen muß, daß sich gewisse Zwischentöne von einzelnen Ländern eigentlich nur auf das Wann und auf das Wie, aber nicht auf das Ob beziehen. Ich glaube, wir können erfreut sein, daß das so ist. Das sollte einmal festgestellt werden.

Die Landwirtschaft steht bei den Problemen der Europäischen Gemeinschaft leider immer im Vordergrund. Eigentlich war diese Debatte gestern und heute ein Beispiel dafür. Denn die meisten Kollegen, die sich zu dieser bedeutsamen Frage zu Wort gemeldet haben, haben zum Problemkreis Landwirtschaft gesprochen, natürlich durchaus in dem Bewußtsein, daß sehr vielen Ländern erhebliche Opfer abverlangt werden, seien es Opfer im Markt, seien es Opfer in den Finanzen, um diesen Beitritt zu ermöglichen. Die Landwirte schätzen es gar nicht so sehr, daß sie in Fragen des vereinigten Europa immer im Mittelpunkt stehen.

Man muß sich fragen, warum das so ist. Ist das etwa deswegen so, weil die Landwirtschaft eine besonders gute Lobby hätte? Steht sie deswegen so im Vordergrund, und das auch noch in allen Ländern gleichzeitig? Ist es ein großer Bevölkerungsanteil, oder ist es ein besonders großer Anteil am Sozialprodukt? Die Antworten auf diese Fragen sind uns klar: Nein, das ist es beides nicht.

Aber es gibt kein Land in Europa, in dem nicht die **Landwirtschaft als ein Strukturelement** eine ganz besondere Rolle spielt. Jeder Staat hat Schwierigkeiten mit seiner Landwirtschaft, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: weil dort unter sehr unterschiedlichen Produktionsverhältnissen jeweils innerhalb des einzelnen Landes Broterwerb im eigentlichen Sinne betrieben wird. Da gibt es ganz große Betriebe mit besten Böden unter besten klimatischen Bedingungen. Sie bekommen inner-

halb des nationalen Marktes den gleichen Preis wie der kleine Landwirt mit einem oder zwei Hektar oder wie der mit drei oder mit fünf Hektar in einer von der Natur oder vom Klima benachteiligten Gegend.

Dieses Problem haben wir alle national. Wieviel schwerer ist es zu lösen, je größer dieses Europa wird! Deswegen brauchen wir uns gar keine Vorwürfe und auch gar keine Gedanken darüber zu machen, daß bei jedem Beitritt eines weiteren Landes zur EG die Landwirtschaft so im Vordergrund steht. Denn die Probleme, die national schon so schwer lösbar waren, sind europaweit noch viel schwerer zu lösen.

Ich möchte hier als Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft etwas sagen. Es ist bezeichnend für diese Debatte, daß die Mehrzahl derer, die zu dieser Frage gesprochen haben, Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses sind. Wir haben im Ausschuß in mehreren Sitzungen viele Fragen engagiert diskutiert und uns auch gegenseitig überzeugen können. Ich möchte das hier einmal sehr dankbar anmerken. Gegensätze, die wir im Landwirtschaftsausschuß in der sachlichen Betrachtung der Probleme hatten, habe ich hier in der Debatte nicht mehr wiedergefunden. Sie sind zurückgestellt worden — der Ausschuß tagt in Camera —, weil natürlich alle, gleich welcher Nation, von dem Wunsch erfüllt sind, den **Beitritt von Portugal und Spanien** zu verwirklichen.

Wir müssen uns auch fragen: Was wäre das eigentlich für ein Europa, welches einem Land, das beizutreten wünscht, das es politisch kann und wirtschaftlich wünscht, dessen Volksmeinung dafür ist, sagt: Bleibt draußen, weil wir das nicht bezahlen können, weil die gegenseitigen Schwierigkeiten zu groß sind. Das wäre kein Europa.

Natürlich weiß jeder von uns, wie schnell **Überschüsse landwirtschaftlicher Produktion** entstehen, wie schwierig sie zu finanzieren sind und — was wir jetzt im Bereich der Milch erleben — wie politisch schwierig sie zu beseitigen sind. Wir erleben in den Ländern der EG abseits von finanziellen Fragen gerade, wie schwer es ist, einem Landwirt, der mit zwölf Kühen gerade seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, sagen zu müssen: Du darfst nicht mehr zwölf Kühe halten, obwohl du fünfzehn halten möchtest, sondern nur noch elf, weil deine Quote um 6 % oder was auch immer gekürzt wird. Ein großer Politiker — ich glaube, es war Winston Churchill — hat einmal gesagt: In der Politik ist das Geld immer das Billigste. Was er damit meinte, ist klar. Er hat aber damals sicher nicht an die EG gedacht, sondern hat die Frage von Krieg und Frieden gemeint. Er hat gemeint, Geld sei das Billigste zur Lösung internationaler Probleme. Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit in der EG eine Menge von Fragen im Sinne von Churchill gelöst — „Geld ist das Billigste“ —, aber wir sind auch an unsere Grenzen gestoßen. Ich erinnere an die Überschüsse.

Deshalb meinen wir — ich glaube, das ist die Mehrheitsmeinung des Ausschusses —, daß wir bei ge-

wissen Produkten an gewissen **Garantieschwellen** nicht vorbeikommen, weil andere Lösungen nicht zu finanzieren sind. Wir dürfen in Europa auch keinem Landwirt das zumuten, was im Bereich der Milch geschehen ist. Wir dürfen dem einzelnen Landwirt nicht eine rosige Zukunft aufzeigen, ihn zu Investitionen veranlassen, diese Investitionen sogar noch bezuschussen, ihm dann aber, wenn er die Investitionen getätigt hat, sagen: Zurück, marsch, marsch, wir können das nicht mehr finanzieren! — Ich glaube, so etwas sollte den Olivenbauern und den Weinbauern in dem vergrößerten Europa jedenfalls nicht passieren. Das ist ein Grund, weshalb wir bei gewissen Produkten eben gewisse Produktions- und Garantiegrenzen setzen müssen.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gäbe zu dieser Frage, die diese Debatte bestimmt hat und die uns alle bewegt, gerade aus landwirtschaftlicher Sicht sicherlich noch sehr viel zu sagen. Ich möchte Ihnen am Schluß noch zwei Aspekte vor Augen führen. Der erste: Wir müssen uns darüber klar sein, daß Fragen, die wir jetzt nicht lösen, in der Zukunft sehr viel schwerer zu lösen sein werden. Wir haben dann nämlich schon sehr viel mehr Überschüsse. Wir werden uns später noch sehr viel weiter auseinanderentwickelt haben.

Wenn wir also wollen, daß Spanien und Portugal zu Europa kommen, so ist ein Beitritt dieser Länder jetzt billiger und für alle mit weniger Opfern verbunden als später. Ich glaube, das ist ein Gesichtspunkt, der berücksichtigt werden muß und den man besonders hervorheben muß.

Es ist in dieser Debatte schon gesagt worden, daß in Spanien und in Portugal Wurzeln europäischer Geschichte liegen. Wir stimmen, wie ich glaube, alle darin überein, daß diese wesentliche Wurzeln europäischer Geschichte sind. Diese Wurzeln sind auch heute noch da. Sie sind Wurzeln europäischer Kraft. Wir müssen diese Wurzeln nutzen. Sie müssen gewissermaßen an den großen, von uns allen erstrebten Baum, der Europa heißt, angeschlossen werden. Für diesen Baum müssen wir alle etwas tun. Wir müssen Opfer für ihn bringen und ihm alle mögliche Kraft zuführen. Die erwähnten Wurzeln müssen, wie gesagt, gewissermaßen an diesen Baum angeschlossen werden, und zwar mit dem Ziel, daß dieser Baum Früchte in gleicher Größe für alle Bürger Europas bringt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, dieses Ziel haben wir vor Augen. Für dieses Ziel arbeiten wir. Ich hoffe, daß diese Debatte ein Schritt auf diesem Wege war. — Vielen Dank.

Entschließung 833 (1984)

betr. Spanien, Portugal und die Europäische Gemeinschaft — agrarpolitische Aspekte der Erweiterung

Die Versammlung

1. erwägt die Beitrittsgesuche Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft und die

Schwierigkeiten der derzeit laufenden Beitrittsverhandlungen;

2. ist sich der Bindungen dieser Länder an das übrige Europa sowie der wirtschaftlichen, kulturellen und vor allem politischen Bedeutung ihrer raschen Integration in die Europäische Gemeinschaft bewußt;
3. erkennt an, daß ihr Beitritt vorübergehend finanzielle, kommerzielle und andere Probleme zur Folge haben kann, vertritt aber die Auffassung, daß die Vorteile, die sich für alle Parteien ergeben, die Nachteile bei weitem überwiegen;
4. unterstreicht, daß die Landwirte, die in der Fischerei Beschäftigten und die Verbraucher in Spanien und Portugal in einer erweiterten Gemeinschaft ebenfalls Schwierigkeiten gegenüberstehen werden, die durch den erhöhten Wettbewerb — z. B. auf dem Milch-, Fleisch- und Fischereisektor — und durch eine Umgestaltung des Handelssystems bedingt sind;
5. vertritt die Ansicht, daß eine Erhöhung der spanischen Weinproduktion aufgrund nationaler Beschränkungen, wie sie z. B. hinsichtlich der Anbauflächen bestehen, kaum in Frage kommen dürfte und daß der Wassermangel der zukünftigen Agrarproduktion Grenzen setzen wird;
6. befürchtet, daß die zahlreichen Ausnahmeregelungen, die bisher in den Verhandlungen vorgeschlagen worden sind — wie etwa „Übergangszeiten“ für „neuralgische Bereiche“ —, die Gefahr einer „nicht gemeinschaftlichen Agrarpolitik“, einer Abkehr vom Freihandel und einer Schwächung der gesamten europäischen Struktur bergen könnten;
7. fordert alle betroffenen Parteien dringend auf, die Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft möglichst bald abzuschließen und sicherzustellen, daß Abweichungen von den allgemeinen Prinzipien in der Anzahl begrenzt, möglichst unkompliziert und kurzfristig sind.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Generalsekretärs
Marcelino Oreja Aguirre**

(Themen: Förderung der Demokratie und der Menschenrechte unter Berücksichtigung sozialer, politischer und kultureller Entwicklungen in Europa als Beweis der Glaubwürdigkeit des Europarates — Gefahren aus der Wirtschaftskrise in Europa einschließlich des Problems der Arbeitslosigkeit — Die Herausforderung des technologischen Wandels — Der Kampf gegen Terrorismus und Gewalt — Die Aktivierung der Beziehungen zwischen Europarat und Europäischer Gemeinschaft.)

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 5272)

Berichterstatter: Roland Dumas, französischer Minister für Europäische Angelegenheiten

(Themen: Ankündigung der Ministerkonferenz über Menschenrechte im März 1985 in Wien — Annahme des 7. Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention mit einer Liste der bürgerlichen und politischen Rechte durch das Ministerkomitee — 7. Ministerkonferenz über Drogenabhängigkeit am 12./13. September 1984 in Paris auf Initiative der „Pompidou-Gruppe“ — Beschlüsse der Konferenz der europäischen Forschungsminister am 17. September 1984 — Politischer Dialog mit dem Ministerkomitee — Europäische Sozialcharta, Wanderarbeitnehmer, Verbraucherschutz — Beziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft.)

Donnerstag, 4. Oktober 1984

Tagesordnungspunkt:

Regionalplanung und Umweltschutz in den europäischen Küstenregionen

(Drucksache 5280)

Berichterstatter: Abg. Pajares

(Themen: Bevölkerungsentwicklung in den Küstenregionen und ihre wirtschaftlichen Folgen — Tourismus, Industrie, Seehandel und Gütertransport als Faktoren mit Rückwirkungen auf den Küstenumweltschutz — Probleme des Schutzes der natürlichen Umwelt.)

Tagesordnungspunkt:

Umwelt und Arbeitslosigkeit

(Drucksache 5257)

Berichterstatter: Abg. Stoffelen

(Themen: Auswirkungen der Umweltpolitiken auf die Beschäftigungslage — Die Auffassung der Jugendorganisationen — Die Rolle der lokalen und regionalen Behörden — Schlußfolgerungen des Kolloquiums „Umwelt und Beschäftigung“ vom 1. bis 3. März 1984 in Barcelona.)

Lemmerich (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen! Zwei große Themen: der Umweltschutz und die Schaffung von Arbeit. Bei all den Diskussionen wird manchmal die Frage gestellt, ob das nicht zwei Themen sind, die gegeneinander gerichtet sind. Die Erhaltung unseres natürlichen Lebensraums ist eine große und wichtige Aufgabe unserer Tage. Wenn unsere Welt auch in Zukunft intakt bleiben soll, müssen wir mit unserer

Umwelt schonend umgehen, schonender als bisher. Wir haben natürlich im Laufe der Jahre Erfahrungen sammeln können, was schädlich ist und was weniger schädlich ist. Dabei geht es um die Gesundheit der Menschen, die Erhaltung der Natur, zu der der Wald, der Boden, unsere Flüsse, unsere Seen, unsere Meere und die Luft gehören, aber auch unsere Kunstdenkmäler, unsere Dome und Kathedralen — ein Beispiel ist sicher das Münster der Stadt, in der wir tagen —, die durch aggressive Abgase schwersten Beschädigungen ausgesetzt sind, deren Wiederherstellung riesige Geldmengen verschlingt.

Nun wollen alle Menschen besser leben. Die Güter sollen möglichst billig sein, auch, um im Wettbewerb bestehen zu können. Das kann aber nicht bedeuten, leichtfertig mit der Welt und ihren Ressourcen umzugehen und unseren Lebensraum unheilbar zu schädigen.

So stellt sich die Frage: **Umweltschutz oder Lebensstandard und Ökonomie?** Es stellt sich aber auch die Frage: Ist dies wirklich ein Gegensatz? Es kann einer sein, aber es muß keiner sein.

Unser Lebensraum muß intakt bleiben für die künftigen Generationen. Das ist natürlich nicht umsonst zu haben. Das kostet etwas. Der Zukunft wegen müssen wir diese Kosten tragen. In den meisten Fällen ist dies aber viel wirtschaftlicher, anstatt später Schäden mit hohen Kosten zu beseitigen. Die Mittel für den Umweltschutz rentieren sich so auch ökonomisch.

So schafft der Schutz unseres Lebensraums — oder der Umwelt, wie heute oft gesagt wird — sinnvolle Beschäftigungen.

Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür, das aber in Europa noch recht kontrovers ist, ist für mich die **Reinigung von Autoabgasen**. Diese Abgase können beträchtliche Schädigungen hervorrufen. Durch die Entwicklung in der Automobilindustrie sind sie zum Teil schon jetzt bei bestimmten Autotypen gesenkt worden.

Die verstärkte Abgasreinigung will mein Land, die Bundesrepublik Deutschland, einführen. Wir hoffen, daß dies auch in den anderen Ländern Europas möglichst schnell Schule machen wird.

Viele Menschen haben erkannt, daß man für die Umwelt auch handeln muß und daß Reden allein nicht genügt. Sie sind sogar bereit, dafür zu zahlen. Sie sind bereit, abgasgereinigte Autos zu kaufen, auch wenn sie etwas teurer sein sollten, wenn es sie gäbe und wenn das dazu passende Benzin vorhanden wäre. Auch dies schafft Beschäftigung.

Auf einem der größten Märkte der Welt, dem der Vereinigten Staaten von Amerika, sind nur noch abgasgereinigte Autos zugelassen. Die Abgaswerte, die für Autos dort festgelegt wurden, sollen nun auch in Deutschland eingeführt werden. Wenn alle europäischen Automobilhersteller ihre Modelle mit Abgasreinigungsanlagen ausstatten, verbessern sie ihre Marktposition in den Vereinigten Staaten entscheidend, denn gerade kleinere Wagen haben dort

gute Chancen. Das bringt Arbeitsplätze. Wir sollten diesen großen Markt nicht nur den Japanern überlassen. Dann kann z. B. auch das italienische Unternehmen Fiat wieder auf dem amerikanischen Markt erscheinen, nachdem es sich wegen der dortigen Abgasregelungen von diesem Markt zurückgezogen hat.

Deswegen bitte ich alle Kollegen, sich in ihren Ländern dafür einzusetzen, daß die Regelungen in bezug auf eine stärkere Abgasentgiftung, wie sie in Amerika und in Japan getroffen worden sind, auch in ihren Ländern eingeführt werden, so wie es die Bundesrepublik und auch die Schweiz zu tun vorhaben. Wir tun damit etwas für den Schutz der Umwelt, und wir sorgen für sinnvolle Arbeit.

Zu dem ausgezeichneten Bericht möchte ich den Kollegen Stoffelen beglückwünschen. Ich werde der ausgewogenen Entschloßung zustimmen. — Danke schön.

Empfehlung 998 (1984)

betr. Umwelt und Beschäftigung

Die Versammlung,

1. hat die Schlußfolgerungen des vom Ausschuß für Raumordnung und Kommunalfragen organisierten Kolloquiums „Umwelt und Beschäftigung“ (Barcelona, 1. bis 3. März 1984) geprüft;
2. berücksichtigt die Schlußfolgerungen der Internationalen Konferenz über Umwelt und Wirtschaft, die die OECD vom 18. bis 21. Juni 1984 in Paris veranstaltete;
3. weist darauf hin, daß verschiedene Studien und die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, daß die positiven Auswirkungen einer Umweltpolitik, auf die Beschäftigung zumindest genauso groß und oft sogar größer als die negativen Auswirkungen sind und daß die derzeitige Wirtschaftskrise mit ihren negativen Folgen für die Beschäftigung nicht als Vorwand dafür dienen darf, keine strengen Umweltpolitiken zu ergreifen;
4. ist sich bewußt, daß unser architektonisches Erbe und die natürliche Umwelt in Europa schwere Schäden erlitten haben und erkennt die Notwendigkeit für eine geeignete Politik zur Verbesserung der Lebensqualität sowie zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen, um das Überleben unserer Nachkommen zu sichern;
5. ist sich bewußt, daß eine auf die Natur und die Umwelt ausgerichtete Erziehungspolitik erforderlich ist;
6. ist überzeugt, daß sorgfältig geplante Umweltpolitiken und -projekte zur Erhaltung der Arbeitsplätze und zum Aufbau einer Umweltindustrie beitragen können, durch die in Zukunft Arbeitsplätze geschaffen werden;
7. ist überzeugt, daß eine erfolgreiche Umweltindustrie auch zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Stabilität anderer Industrien und damit der Volkswirtschaft beiträgt;
8. erklärt, daß sie eine neue Wirtschaftsstrategie unterstützt, die es ermöglicht, Umweltschäden zu beseitigen und die Erneuerung der vorhandenen Ressourcen sicherzustellen;
9. unterstützt die Schlußfolgerung der OECD-Konferenz, derzufolge die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums sich zwar vorteilhaft auswirken, aber auch zu einer Vermehrung der konventionellen Schadstoffe führen und damit die Umwelt stärker belasten und die Kosten zur Beseitigung von Umweltschäden steigern wird, wenn nicht die Umweltschutzmaßnahmen verstärkt werden, und derzufolge der Wirtschaftsaufschwung auch das Entstehen neuer und vielschichtiger Probleme der Umweltverschmutzung in Verbindung mit neuen technologischen Entwicklungen beschleunigen wird;
10. macht auf die Bedeutung der Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Gebiet der Restaurierung und Erhaltung historischer Stätten und Denkmäler, der Wohnungsrenovierung, des Wohnungsbaus und der allgemeinen Verbesserung des Wohnungswesens aufmerksam;
11. stellt fest, daß ein Hauptanliegen der Umweltpolitiken die Verwirklichung erklärter umweltpolitischer Ziele mit den für die Gesellschaft geringsten Kosten ist, und daß zur Minderung der Lasten, die Umweltvorschriften dem privaten Sektor auferlegen, und zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Beschäftigung noch kostengünstigere Lösungen gefunden werden sollten;
12. vertritt die Auffassung, daß sich der Mangel an wirklicher Konzertierung der nationalen Umweltpolitiken in Europa negativ auf die Umwelt und die Beschäftigung in unseren Ländern auswirkt;
13. ist überzeugt, daß die Umweltpolitiken positive Auswirkungen auf die Beschäftigung haben, vorausgesetzt, die erforderlichen Investitionen sind Gegenstand einer sorgfältigen Planung, die die Notwendigkeit der Rentabilität, die Auswirkungen dieser Investitionen auf die Steuern und Sozialabgaben der Unternehmen und das Erfordernis, international konkurrenzfähig zu bleiben, berücksichtigt;
14. ist überzeugt, daß bei der Ausarbeitung von städtischen Umweltprojekten die Kosten entsprechend geschätzt, die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze angestrebt und langfristige und neue Lösungen bevorzugt werden sollten, und daß bei der Einbeziehung von umweltpolitischen Maßnahmen in die kurzfristige Wirtschaftsplanung eine ausreichende Kontinuität vorgesehen werden muß, damit diese Maßnahmen optimalen Nutzen für die Beschäftigungslage bringen;
15. vertritt die Auffassung, daß eine bedeutsame, sich positiv auf die Beschäftigung auswirkende

Änderung der Umweltpolitiken darin bestünde, marktorientierte oder auf Anreizen beruhende Strategien mit gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien für Fälle, in denen eine freiwillige Beachtung der festgelegten Ziele nicht erwartet werden kann, zu verbinden;

16. betont die Notwendigkeit der regionalen, nationalen und internationalen Koordinierung der Umweltpolitiken und bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die Regierungen ihr Möglichstes tun, um die Tätigkeit der Kommunal- und Regionalbehörden auf diesem Gebiet zu erleichtern, indem sie ihnen die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen;

17. empfiehlt dem Ministerkomitee:

- a) eine Entschlieung oder ein anderes geeignetes, an die Regierungen der Mitgliedstaaten gerichtetes Instrument anzunehmen, das konkrete Maßnahmen enthält, um zu vermeiden, daß der internationale Wettbewerb durch die Unterschiede in den nationalen Umweltpolitiken außer Kraft gesetzt wird;
- b) den Organisationsausschu der 3. Europäischen Arbeitsministerkonferenz über die Schlußfolgerungen des Kolloquiums von Barcelona in Kenntnis zu setzen;
- c) folgende umweltpolitische Modelle und Maßnahmen im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu prüfen:
 - i. Verbesserung der Wasserverteilungs- und Klärsysteme, Deiche, Dämme;
 - ii. Schaffung einer größeren Anzahl von Naturparks und Grünflächen in Verbindung mit der Durchführung von Wiederaufforstungsprojekten und Programmen zur rationellen Forstbewirtschaftung;
 - iii. Rekultivierung von Brachland (in Industriegebieten) und Beseitigung illegaler Mülldeponien;
 - iv. Entwicklung „sauberer“ Technologien, d. h. Technologien, die eine geringere Luftverunreinigung verursachen und weniger natürliche Ressourcen verbrauchen;
 - v. Verbesserung der städtischen und ländlichen Umwelt durch die Verwendung von Ressourcen auf der Grundlage „sauberer Technologien“ und das Sammeln und die Wiederverwertung von Abfällen;
 - vi. Verbesserung der Qualität und Lebensdauer von Produkten durch die Förderung neuer Formen wirtschaftlichen Verhaltens: der Grundsatz „reparieren oder renovieren“ sollte an die Stelle der veralteten Devise „wegwerfen, vernichten und ersetzen“ treten, die eine Verschwendung von Energie, Rohstoffen und Arbeitskraft bedeutet, Luftverunreinigung verursacht und Abfälle erzeugt;

- vii. erheblich verstärkte Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen auf dem Gebiet sauberer und unerschöpflicher alternativer Energiequellen, wie Sonnen-, Wind-, geothermische und Gezeitenenergie;

- viii. rationale Energienutzung bei neuen Industrie-, Transport- und Städtebaupolitiken;

- ix. Förderung der europäischen Umweltindustrie; Forschung und Entwicklung sollten auf die Verbesserung der europäischen Position auf dem Gebiet sauberer Technologien und neuer Materialien abzielen (z. B. Verringerung der Emissionen von Stickstoffoxiden und anderen Schadstoffen, Materialien zur Lärmbekämpfung in Städten), wo sie einen beträchtlichen Rückstand aufzuholen haben;

- x. Förderung der Beseitigung der industriellen Umweltverschmutzung durch die Entwicklung neuer Technologien und die Vorbereitung einer industriellen Umwandlung, wobei jedoch sichergestellt werden muß, daß die Stilllegung alter Betriebe nicht zu einem Übermaß plötzlicher Entlassungen führt;

- d) die Möglichkeit der Einrichtung eines Europäischen Fonds zu prüfen, der die Mitgliedstaaten beim Ergreifen notwendiger Umweltschutzmaßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene in solchen Fällen unterstützt und ermutigt, in denen ohne diese Hilfe die Umwelt nicht geschützt würde;
- e) die Möglichkeiten weiterer Kontakte mit den osteuropäischen Ländern auf dem Gebiet der Umweltpolitik zu prüfen.

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeit des Wiedereingliederungsfonds des Europarates für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung

(Drucksache 5263)

Berichterstatter: Abg. Galley

(Themen: Historische Grundlagen, Mitgliedschaft, Zielsetzungen, Entscheidungsgremien, Arbeitsmethoden, Budgetfragen.)

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die rege Debatte über den vorzüglichen Bericht des Herrn Kollegen Galley und die Aktivitäten des Wiedereingliederungsfonds zeigt die Bedeutung, die das Hohe Haus dieser segensreichen Einrichtung beimißt. Mit bemerkenswertem Weitblick hat der Europarat eine Hilfsmöglichkeit ins Leben gerufen, mit der den in Not geratenen Menschen geholfen werden kann. Die Ausführungen von Herrn Claudius-Petit haben

dies sehr eindrucksvoll unterstrichen und stärken die Hoffnung auf eine weitere wirkungsvolle Arbeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist mir ein Bedürfnis, im Namen vieler ehemaliger Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland dem Fonds zu danken, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit erheblichen Leistungen zur familiären und beruflichen Eingliederung der Flüchtlinge beigetragen hat. Der Erfolg der damaligen Jahre spornte zu weiteren sozialen Initiativen an und dehnte die Aktionsprogramme über ganz Europa aus, was letztlich auch der Demokratie, der Wahrung der Menschenrechte und der europäischen Zusammenarbeit dient.

In der Bundesrepublik Deutschland leben heute etwa 90 % der 1,5 Mio. **türkischen Arbeitnehmer**, die zur Arbeit in das westliche Ausland gegangen sind. Sie sind in der gegenwärtigen Wirtschaftslage überproportional an der Arbeitslosigkeit beteiligt und geraten daher — wie viele andere ausländische Arbeitnehmer — leicht an den Rand des Existenzminimums. Mit Rückkehrhilfen werden sie veranlaßt, das Gastland zu verlassen.

Was erwartet sie aber in dem Heimatland, das sie nach langen Jahren wieder einmal sehen und das ihnen oft fremd geworden ist? In dieser Situation öffnet sich für den Fonds die Tür zu humanitären Hilfeleistungen und sozialer Vorsorge. Den Gastarbeitern kann geholfen werden, ordentliche Wohnbedingungen zu erlangen, damit sie nicht auf Elendsquartiere angewiesen sind oder in Slums einem armseligen Schicksal entgegengehen. Auch die Gründung handwerklicher Existenzen begrüße ich sehr, weil damit eine Zukunftssicherung für die Familie geschaffen wird.

Besonders aber halte ich die Fürsorge für die **Jugend** für notwendig. Sie braucht Ausbildungsplätze. Sie muß qualifizierter für höhere Tätigkeiten ausgebildet werden, damit sie nicht das Gefühl bekommt, unnütz zu sein, und nicht dazu angeregt wird, aus der Gesellschaft auszusteigen oder gar in der Kriminalität zu versinken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein großer Teil der Fondsmittel ist in die **Türkei** geflossen. Dies halte ich für sehr richtig, weil die türkischen Gastarbeiter vom Jahr 1986 an das vertraglich zugesicherte Recht besitzen, von der Freizügigkeit des Wohnsitzes Gebrauch zu machen. Sie können also in zwei Jahren zurückkehren. Ob sie dann im gegenwärtigen Gastland ein besseres Schicksal finden, ist unbestimmt. Daher unterstütze ich die Bemühungen des Fonds, lebenswerte Bedingungen im Heimatland zu treffen.

Aber nicht nur an die Menschen, an die Flüchtlinge, an die Rückkehrwilligen muß gedacht werden, sondern auch an die Naturkatastrophen, deren Auswirkungen mit Hilfe des Fonds überwunden werden können. Wo könnte die Solidarität der Menschen in Europa besser zum Ausdruck kommen als in der gegenseitigen Hilfe, in der gegenseitigen Unterstützung!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit einem gewissen Bedauern müssen wir heute feststellen, daß drei Mitgliedsstaaten des Europarats noch nicht Mitglied des Fonds sind. Ich appelliere an sie und bitte die Außenstehenden, den Schritt des Beitritts bald zu vollziehen, damit sie in die Hilfgemeinschaft eingegliedert werden können.

Demgegenüber ist es jedoch erfreulich, daß mit dem **Beitritt Jugoslawiens** zum Fonds zu rechnen ist. Ich befürworte diesen Schritt und hoffe für die Zukunft nicht nur auf Mit- und Zusammenarbeit, sondern auch auf die volle Mitgliedschaft.

Die Unterstützung der Menschen in Europa durch den Fonds wird in Zukunft nicht weniger notwendig sein als in der Vergangenheit. Neue Aufgaben müssen bewältigt und die Folgen von Naturkatastrophen auf vielen Schultern getragen werden. Wirtschaftliche Rezessionen und Rückschläge sollten nicht nur die Schwachen und Ärmsten treffen, sondern im Gegenteil gerade ihr Gefühl, Hilfe zu bekommen, stärken.

Bauen wir also weiterhin den Fonds zu einem wirkungsvollen und wirksamen Instrument der Hilfe und Solidarität aus! Mögen bei einer späteren Aufstellung eines neuen Berichts die heute noch nicht optimalen Bedingungen zur Zufriedenheit aller geschaffen sein, und möge eine stolze Erfolgsbilanz vorgelegt werden!

EntschlieÙung 829 (1984)

betr. die Antwort auf den 23. Tätigkeitsbericht des Intergouvernementalen Komitees für Wanderbewegungen (ICM)

Die Versammlung

1. hat den 23. Tätigkeitsbericht des Intergouvernementalen Komitees für Wanderbewegungen über die Zeit vom 1. Januar 1981 bis 31. Dezember 1983 sowie den Antwortbericht des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen (Dok. 5267) geprüft;
2. stellt mit Genugtuung fest, daß das ICM in diesem Zeitraum seine wichtige Tätigkeit bei der Unterstützung und dem Transport von Wanderarbeitnehmern und Flüchtlingen, die es in Zusammenarbeit mit den Regierungen, insbesondere der Entwicklungsländer, auf dem Gebiet der Wanderbewegungen und des Transfers von Arbeitskräften durchführt, ausgedehnt und entwickelt hat;
3. würdigt die Arbeit, die das ICM in den vergangenen drei Jahren zugunsten von rund 500 000 Flüchtlingen und Einwanderern geleistet hat, die von der Notwendigkeit, Arbeit zu finden, oder aus politischen Gründen dazu getrieben werden, sich in einem Land niederzulassen, das ihnen bessere Lebensbedingungen bietet;
4. stellt fest, daß das ICM im Jahre 1981 206 045 Personen, im Jahre 1982 147 247 Personen und im Jahre 1983 127 418 Personen unterstützte;

5. begrüßt die fortgesetzten Bemühungen des ICM zugunsten früherer Mitglieder der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ (zwischen dem Sommer 1982 und dem Ende des Jahres 1983 wurden rund 2 100 Personen unterstützt);
6. ist tief besorgt über die beträchtliche Zunahme der Anzahl verschleppter Personen und Flüchtlinge in Lateinamerika, die von 2 899 im Jahre 1981 auf 3 185 im Jahre 1982 und auf 5 730 im Jahre 1983 anstieg;
7. würdigt die Arbeit des ICM im Zusammenhang mit der Repatriierung argentinischer Emigranten, von denen 1 500 zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 1984 unterstützt wurden;
8. stellt fest, daß sich chilenische Staatsangehörige mit der Bitte um Rückführung in ihr Heimatland an das ICM wenden, das in den ersten sechs Monaten des Jahres 1984 400 Chilenen bei der Rückkehr in ihr Land behilflich war;
9. begrüßt, daß das ICM im Rahmen seiner Tätigkeiten bestimmte Sonder- und/oder Standardprogramme einführt oder erweitert, die ökonomische Auswirkungen haben, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Fachkräften und die Rückführung ausgewanderter Experten und Techniker aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer;
10. stellt mit Genugtuung fest, daß das ICM im Berichtszeitraum seine Zusammenarbeit mit anderen internationalen und nationalen Organisationen, die mit der Unterstützung von Wanderarbeitnehmern und Flüchtlingen befaßt sind, wie dem UN-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes verstärkt hat und begrüßt, daß das ICM seine vorzüglichen Verbindungen zum Europarat, den Europäischen Gemeinschaften, der OECD und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sowie zu einigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, insbesondere der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) aufrechterhalten hat;
11. ermutigt das ICM zur Fortführung
 - i. seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der Unterstützung und dem Transport von Wanderarbeitnehmern und Flüchtlingen;
 - ii. seiner Politik der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Transfers von Arbeitskräften mit Entwicklungsländern, die Mitglieder des ICM sind, sowie auch mit denjenigen, die dem ICM nicht angehören, jedoch seiner Unterstützung bedürfen und um Hilfe bitten;
 - iii. seines Programms zur Förderung der Rückkehr qualifizierter einheimischer Arbeitskräfte nach Afrika;
12. fordert die Mitgliedstaaten des Europarates, die Mitglieder des ICM sind¹⁾, dringend auf,
 - i. entsprechend der Forderung der Versammlung in ihrer Entschlieung 824 (1984) über die Rückkehr argentinischer Emigranten in ihr Heimatland das ICM dringend mit angemessenen finanziellen Beiträgen bei der Repatriierung argentinischer Bürger zu unterstützen;
 - ii. das ICM bei der Fortführung seines humanitären Hilfsprogramms für rückkehrwillige Chilenen zu unterstützen;
 - iii. dieser Organisation weiterhin ihre politische und finanzielle Unterstützung zu gewähren;
13. fordert die Mitgliedstaaten mit Beobachterstatus beim ICM²⁾ sowie diejenigen, die nicht Mitglieder des ICM sind³⁾, auf, ihren Beitritt zu dieser Organisation zu erwägen;
14. verpflichtet sich, die Arbeit des Intergouvernementalen Komitees für Wanderbewegungen über die nationalen Parlamente und durch entsprechendes Vorgehen bei den Regierungen zu unterstützen.

1) Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Schweiz.

2) Spanien, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Schweden, Türkei.

3) Irland, Island, Liechtenstein, Malta.

